

DISS Journal

- ▶ DISScourse
- ▶ DISSagree
- ▶ DISSorder

#42
Nov 2021



DISS-Kolloquium

Ökotechnokratie ›SMARTE ÖKOLOGIE‹
Der Reset der Großen Transformation

Ein- und Ausschließungsmuster
in der Bevölkerung

IMPRESSUM

DISS-Journal
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-
und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15, 47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249
Fax: 0203/287881
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

REDAKTION

Helmut Kellershohn
Jobst Paul
Wolfgang Kastrup
Benno Nothardt
Guido Arnold

LAYOUT

Guido Arnold

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder des
DISS-Förderkreises

INHALT

- 3** Ökotechnokratie
- 10** Der Reset der Großen Transformation
- 16** Ein- und Ausschlussmuster in der Bevölkerung
- 19** Etwas mehr Diversität im Bundestag
- 21** Stolpersteine für schwule Männer
- 22** Gleichstellung oder Ökonomie
- 23** Tragische Einzelfälle?
- 25** Moria. System. Zeugen.
- 26** Von „America First“ zu „America Second?“
- 30** Arbeiter*innen und ihre Sympathien für die radikale Rechte
- 35** „Mythos Mitte“ und die Klassenfrage
- 37** Die politische Theorie des Neoliberalismus
- 39** Liberale Traditionen und Faschismus
- 40** Philosophische Aufarbeitung: Ethik und Ethiken im Nationalsozialismus
- 43** Neues aus dem Institut
- 44** DISS-Kolloquium am 11. Dezember 2021
- 46** Bisherige DISS-Journal Sonderausgaben

VORWORT

Der 9. November ist sicherlich ein schwieriger Tag der Erinnerung an die deutsche Geschichte. Anton Maegerle schreibt in einem aktuellen Beitrag für den DISS-kursiv-Blog <http://www.disskursiv.de>, der 9. November markiere „den Beginn der ersten deutschen Republik [1918], den Versuch eines rechtsextremen Umsturzes [1923], das Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung [1938] und den Fall der Berliner Mauer [1989]“. Und: „Weitgehend in Vergessenheit ist geraten, dass – auch an einem 9. November – ein Vorkämpfer der Demokratie ermordet wurde: Robert Blum.“ Es wäre absolut unangemessen, diese Erinnerungsdaten miteinander zu verrechnen, eine Art Plus-Minus-Rechnung aufzumachen. Etwas anderes gilt: Die Verhinderung (1848) bzw. die Zerstörung der Weimarer Demokratie waren die Voraussetzung für die Etablierung einer halbabsolutistischen Monarchie in der zweiten Hälfte des 19. und das Vernichtungswerk des Faschismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. 1918 und 1989 wiederum stehen für eine andere Problemstellung: Während Philipp Scheidemann am 9. November 1918 die „deutsche Republik“ ausrief, proklamierte Karl Liebknecht etwas später am selben Tag

die „freie sozialistische Republik“ – freilich ohne nachhaltige Wirkung. Die hier offenbar werdenden Gegensätze in der Arbeiterbewegung, von denen der Faschismus profitierte, verhinderten einen historischen Kompromiss zwischen Demokratie und Sozialismus, den auch unter anderen Vorzeichen die DDR nicht zu realisieren vermochte. Der 9. November 1989 war die ‚logische‘ Konsequenz.

Die Erinnerung an den 9. November als dem ‚Schicksalstag‘ der deutschen Geschichte wird immer verbunden sein mit der Frage nach der Zukunft der Nation. Wird sie aufgehen in den „Vereinigten Staaten von Europa“, die von Ernest Renan in seiner berühmten Rede über das Prinzip „Nation“ als „wahrscheinlich“ prognostiziert wurden? Wird es möglich sein, die Verbindung von Demokratie und Sozialismus unter den Bedingungen der „Klima-Krise“ auf die Tagesordnung der politischen Agenda zu setzen? Andeutungsweise, aber mit Optimismus hat die jüngste Abgeordnete im Bundestag, die 23-jährige Emilia Fester von den Grünen, auf der offiziellen Gedenkveranstaltung im Schloss Bellevue diese Problemstellung angesprochen. „Sie betonte in ihrer Ansprache, die derzeitigen Probleme wie die Klimakrise und die ungleiche Verteilung von Reichtum seien lösbar. Ein ‚Weiter-So‘ gehe aber nicht. Auch daran erinnere der 9. November 1918.“ (<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/steinmeier-9november-101.html>)

Das vorliegende Heft des DISS-Journals ist kein Gedenkheft zum 9. November. Gleichwohl ist dieser Tag, um es mit dem Bundespräsidenten zu formulieren, auch für uns „ein Tag zum Nachdenken über unser Land“. Es kommt aber darauf an, über welche Fragen und wie nachgedacht werden muss. Über Beiträge aus dem Kreis der Leserschaft des DISS-Journals würden wir uns freuen.

Helmut Kellershohn

Ökotechnokratie

›SMARTE ÖKOLOGIE‹

Von Guido Arnold



So wie es (geplant) ist, kann es nicht bleiben. Die weltweit ergriffenen und angestrebten Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels reichen schlicht nicht aus. Die Energiewende verläuft nach Einschätzung der Internationalen Energieagentur (IEA) weltweit viel zu langsam. Mit den derzeitigen Plänen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen gelänge der Weltgemeinschaft bis zum Jahr 2050 gerade einmal eine Verringerung von 40 Prozent (statt der im Pariser Abkommen von 2015 geplanten 100%). Dies würde den globalen Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts im günstigen Szenario auf 2,1 Grad begrenzen. Im ungünstigen Fall berechnen die Wissenschaftler*innen eine Erwärmung um 2,6 Grad im Vergleich zu vorindustrieller Zeit, mit womöglich katastrophalen Folgen.¹ Um das eigentlich angestrebte 1,5-Grad-Ziel noch halten zu können, müsste die Welt die jährlichen Treibhausgas-Emissionen in den nächsten acht Jahren halbieren.

Noch nie seit Beginn der Industrialisierung wurde so viel Kohlendioxid in der Atmosphäre nachgewiesen wie im vergangenen Jahr. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr sei sogar noch höher ausgefallen als die durchschnitt-

liche Zunahme in den vergangenen zehn Jahren, so die Weltorganisation für Meteorologie.² Die Verlangsamung der Wirtschaftsaktivitäten durch die Corona-Pandemie war nur ein kurzzeitiger Effekt und ist längst durch einen deutlichen Wiederanstieg der Treibhausgasemission in der Atmosphäre kompensiert.

Der Klimawandel ist übrigens eine Begriffsfindung der US-Republikaner*innen - dazu gedacht, den menschlichen Einfluss auf die Erderwärmung zu verharmlosen. Diese Tradition scheint sich fortzusetzen angesichts der aktuell zahlreichen Versuche mehrerer Öl und Kohle fördernder Staaten, auf weniger dramatische Darstellungen im neuen UN-Klimareport IPPC hinzuwirken.³ Viele Länder schieben den dringend notwendigen, konsequenten Klimaschutz so weit wie möglich in die Zukunft und arbeiten stattdessen an positiver Klima-PR. Wirtschaftsförderung und Klimapolitik divergieren aktuell so stark wie nie zuvor. Weltweit werden jedes Jahr Subventionen für Kohle, Öl und Gas in Höhe von 5,9 Billionen US-Dollar (6,8 Prozent der jährlichen weltweiten Wirtschaftsleistung) an Unternehmen sowie Konsument*innen

gezahlt. Die Subventionen für fossile Energieträger in Deutschland sind laut IWF mit 70 Milliarden Euro pro Jahr (1,9 Prozent der Wirtschaftsleistung) noch immer sehr hoch.⁴ Der weltweit steigende Energiehunger in Wirtschaft und Gesellschaft und seine Sättigung mit fossiler Energieerzeugung gelten als Hauptursache für steigende CO₂-Emissionen.

Und noch ein bemerkenswerter Fakt, der zeigt, wie wenig verstehend und wie ordnungspolitisch beschränkt die Sicht vieler Regierungen auf die Klimakrise ist: Die Staaten, die am meisten Treibhausgase ausstoßen, bereiten sich am intensivsten darauf vor, künftige Fluchtbewegungen abzuwehren. Im Verhältnis zu den dort getätigten Investitionen wird der Klimaschutz geradezu vernachlässigt. Eine Studie des Transnational Institute (TNI) in Amsterdam zeigt, dass sieben der größten Treibhausgas-Emittenten der Welt heute im Schnitt 2,3-mal so viel für die Aufrüstung der Grenzen ausgeben wie für Klimaschutz. Das stärkste Missverhältnis weist demnach Kanada auf, das heute jährlich 15-mal mehr für die Grenzaufrüstung als für den Klimaschutz ausgibt (1,5 Milliarden gegenüber rund 100

1 Jahresbericht der IEW, Oktober 2021: <https://www.iea.org/reports/world-energy-outlook-2021>

2 <https://public.wmo.int/en/resources/bulletin>

3 <https://www.bbc.com/news/science-environment-58982445>

4 <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2021/09/23/Still-Not-Getting-Energy-Prices-Right-A-Global-and-Country-Update-of-Fossil-Fuel-Subsidies-466004>



Millionen US-Dollar), gefolgt von Australien, (13,5-mal mehr; 2,7 Milliarden zu 200 Millionen US-Dollar) und den USA (11-mal mehr; 19,6 gegenüber 1,8 Milliarden US-Dollar).⁵

ZWEIFELHAFTE VERSPRECHEN

Technologiegläubigen verspricht die Industrie zukünftig neue Techniken zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Unter anderem soll eine Digitalisierung sämtlicher Lebensprozesse über Big-Data-Techniken und mithilfe Künstlicher Intelligenz (KI) neue Energie-Effizienzpotenziale entdecken, die zum zentralen Baustein für die Lösungen des Klimaproblems erklärt werden. Dabei hat gerade die Informationstechnik mit ihrer Rechen-, Speicher- und Netzhardware einen immensen Energiebedarf. Dessen Bereitstellung verbraucht schon jetzt ein Zehntel des weltweit erzeugten Stroms und ist damit für fast vier Prozent des weltweiten CO₂ Ausstoßes verantwortlich – nahezu doppelt so viel wie der weltweite Flugverkehr. Für den rasanten Anstieg dieses Ressourcenverbrauchs sind weniger die Milliarden Tablets, PCs und Smartphones verantwortlich, sondern vor allem die Cloud- und Streamingdienste sowie besonders rechenintensive KI-Anwendungen. Ein massiver Zuwachs dieses Stromverbrauchs ist zu erwarten, wenn zukünftig über das ‚Internet der Dinge‘ die 5G-vernetzte Kommunikation von Maschine zu Maschine (wie z.B. zwischen autonom fahrenden Autos) exponentiell ansteigt.

Die Digitalisierung vergrößert dabei nicht nur unseren energetischen sondern auch den materiellen Fußabdruck. Ein Smartphone von 150 Gramm erfordert einen Rohstoffeinsatz von 183 kg. Darunter seltene Erden, die unter ausbeuterischen und extrem umweltzerstörerischen Bedingungen gewonnen werden.

Die als zentrales Instrument zur Bekämpfung der Klimakrise ausgelobten digitalen Technologien verstärken unsere ökologischen Probleme. Das Grundmuster der herrschafts- und profitorientierten ›Technokratie-Falle‹ ist in allen der im Folgenden diskutierten technologischen Innovationen ähnlich:

Technologie-zentrierte Antworten befeuern das Technologie-induzierte Problem des wachsenden Energiehungers. Sie sind damit viel mehr Teil des Problems als dessen Lösung. Statt die Ursachen der Zerstörung des Planeten anzuerkennen und radikal anzugehen, werden ›fortschrittsblind‹ und ›solutionistisch‹ Technologien hochgehalten, die (vergeblich) versuchen, die Konsequenzen eines begrüntes Weiter-wie-bisher einzuhegen.

GEOENGINEERING

Besonders eindrücklich versinnbildlichen riesige CO₂-Staubsauger des Startups *Climeworks* der ETH Zürich das Dilemma der Technokratie: Die Anlage, die aussieht wie eine Wand von neben- und übereinander aufgereihten Raketentriebwerken, soll das CO₂-Problem ›lösen‹, indem sie das klimaschädliche Gas aus der Luft filtert.⁶ Insbesondere China und Japan machen sich für diese Technologie stark, durch die der Ausstoß von CO₂ gebunden, statt zukünftig verhindert werden soll. Damit verbunden ist jedoch ein beträchtliches Energieproblem: Denn um auch nur ein Prozent des jährlichen, weltweiten CO₂-Ausstoßes aus der Luft zu filtern, bräuchte es 250.000 dieser Pilotanlagen. Deren Betrieb fräße so viel Strom wie alle bundesdeutschen Haushalte zusammen. Je Tonne ausgefiltertes CO₂ verursacht die Anlage neue 300 Kilogramm CO₂-Äquivalente⁷.

Viele erinnern sich vermutlich an die Olympischen Sommerspiele in China 2008. Um Sport bei sonnigem Wetter

zu garantieren, sollten Wolken rund um Peking mit Silberjodid beschossen und so zum vorzeitigen Abregnen stimuliert werden. Auch ohne Olympiade sind in China mehrere Tausend Artilleriekannonen und Raketenwerfer zur Regenzeugung im Einsatz – ein jährlich 100 Millionen Dollar teures Programm zur technokratischen Wetterbeeinflussung. Die Technik des ›Wolkenimpfens‹ ist bereits Jahrzehnte alt. In der Regel soll damit Regen in Gegenden erzeugt werden, wo Wasser dringend benötigt wird. Das klingt fast ökologisch – bei umstrittenem Erfolg und unerforschten Nebenwirkungen. Obwohl sich insbesondere größere Wolken nicht beeinflussen lassen, suggeriert das militärisch-meteorologische Programm Kontrolle über ein Phänomen, welches symbolhaft für schicksalhafte Unkontrolliertheit steht.

Eine vergleichbare Vision steckt hinter dem sogenannten ›Solar-Geoengineering‹⁸ zur technologischen Bekämpfung der Erderwärmung. Statt Wolken aufzulösen wird hier umgekehrt versucht, eine Art künstlichen Sonnenschutz für die Atmosphäre zu installieren. Wie bei einem Vulkanausbruch sollen Schwefelteilchen (nun per Flugzeug) in die Stratosphäre gebracht werden. Die Partikel reflektieren einen Teil des einfallenden Sonnenlichts zurück in den Weltraum und dadurch kommt weniger Wärmestrahlung am Erdboden an. An dieser Art der Kühlung mit weitgehend unbekanntem Einfluss auf Menschen, Pflanzen- und Tierwelt arbeitet man nicht nur in China. Auf ein gravierendes Problem der Methode weisen Simulationen schon jetzt hin: Im globalen Mittel würde es weniger Niederschlag geben. Es könnte zu größeren Dürren kommen oder bestehende Dürren verstärken.

5 <https://taz.de/Gefluechtete-und-Klimaschutz/!5806297/>

6 Siehe dazu das Cover dieser Ausgabe #42 des DISS-Journals.

7 <https://www.heise.de/news/1000-Kilogramm-CO2-aus-der-Luft-zu-filtern-erzeugt-300-Kilogramm-neues-CO2-6237224.html>

8 <https://www.mpg.de/13365577/niemeier-klimawandel-geoengineering>

DIGITALER ENERGIEHUNGER LÄSST SICH NICHT WEGVIRTUALISIEREN*

Die Virtualisierung von digitalen Anwendungen in der *cloud* macht ihren ökologischen Fußabdruck zwar für die Nutzer*in unsichtbar, dennoch ist dieser ganz real, hoch und weiter steigend. Serverfarmen so groß wie 100 Fußballfelder verbrauchen für den Rechnerbetrieb und deren Kühlung mehr Strom als eine Stadt mit mehreren Hunderttausend Einwohner*innen. Der wichtigste Energieträger für diesen beträchtlichen Stromhunger ist immer noch die Kohle.⁹ Das einstündige Videostreaming über *youtube* verbraucht über die involvierte Server- und Netzinfrastruktur so viel Strom, wie die halbstündige Nutzung der Heizplatte eines E-Herds. Mit *Zoom*, *Tiktok* und zukünftig *Facebooks Metaverse* werden die ausgetauschten Inhalte immer voluminöser und deren Übertragung trotz energiesparender Rechnerarchitekturen immer energieintensiver.

»Wenn wir uns überlegen, dass der weltweite Datenverkehr jedes Jahr um 25 Prozent ansteigt, dann müssen wir ganz offensichtlich dringend darüber nachdenken, welche Inhalte wir über die Netzwerke schicken«, sagt Zeynep Kahraman-Clause (Projekt-Managerin der französischen Umweltorganisation *The Shift Project*¹⁰). Die Digitalisierung wirkt als »Brandbeschleuniger von Wachstumsmustern, die planetarische Leitplanken durchbrechen«¹¹.

Der sogenannte *Rebound-Effekt* ist das eigentliche Problem: Die steigende Energieeffizienz neuer digitaler Technologien führt eben nicht dazu, dass weniger Strom verbraucht wird. Ganz im Gegenteil: Die Möglichkeiten werden

immer komplett ausgereizt; der Gesamtstromverbrauch steigt über mehr Endgeräte, mehr Vernetzung, mehr Datenvolumen an. Der Rebound-Effekt ist seit 150 Jahren bekannt: Dem britischen Ökonomen William Stanley Jevons war 1865 aufgefallen, dass die Dampfmaschine von James Watt zwar effizienter Kohle verbrannte als zuvor, aber damit die Industrialisierung erst richtig Fahrt aufnahm. Trotz der sparsameren Maschinen wurde so insgesamt deutlich mehr Energie verbraucht.

Zusätzlich sorgt bei einem Großteil der digitalen Hardware vor allem die Produktionsphase für eine schlechte Umweltbilanz. Knapp die Hälfte der Emissionen entsteht bei der Herstellung. Bei einem Smartphone ist die Energiebilanz besonders verheerend: Bei einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von nur zwei Jahren verbraucht die Herstellung des Geräts 90 Prozent des gesamten Energiebedarfs dieses Smartphones. Der (kurze) Betrieb macht lediglich 10 Prozent des Verbrauchs aus.

STROMHUNGRIGE KI SOLL DAS KLIMAPROBLEM LÖSEN

Bezogen auf den Energiebedarf der KI errechnete eine Studie der University of Massachusetts Amherst¹², dass der CO₂-Fußabdruck für das Training eines einzigen modernen »neuronalen Netzes« (einer derzeit besonders erfolgversprechenden Art »künstlich-intelligenter« Algorithmen) dem fünffachen CO₂-Fußabdruck des Lebenszyklus eines Kraftfahrzeugs inklusive seines Verbrauchs entspricht. Oder anders verglichen: Anstelle eines KI-Trainings kann man über 300mal von San Francisco nach New York und zurück fliegen.

Die Wissenschaftler*innen des MIT betrachteten dabei KI-Modelle aus der Verarbeitung natürlicher Sprache. Für eine einzelne Berechnung eines sogenannten *Deep-Learning*-Modells (einer populären Variante künstlicher neuronaler Netze) sind die Stromkosten vergleichsweise gering. Viel Energie verbraucht jedoch das Einstellen optimaler Parameter. Da es sich um ein hochdimensionales Optimierungsproblem mit vielen verschiedenen Parametern handelt und die Auswahl nicht direkt auf eine Verbesserung oder Verschlechterung schließen lässt, sondern das »neuronalen Netz« erst trainiert werden muss, ist es üblich, die Parameter zu erraten und verschiedene Konfigurationen durchzuprobieren, um die besten Ergebnisse zu erzielen. Der Spielraum der Parameter ist allerdings zu groß, um sämtliche Möglichkeiten durchzuprobieren.

Bislang sind diesbezügliche Annahmen, z.B. des Hasso-Plattner-Instituts, eine (saubere) »Clean IT«¹³ könnte im Bereich der KI-Anwendungen zu Energieeinsparungen um einen Faktor 20 führen, einen Beweis schuldig geblieben. Neben dem reinen Stromverbrauch ist für die ökologischen Folgen natürlich auch relevant, woher die Betreiber von Großrechenzentren, auf deren Hardware derartige KI-Anwendungen laufen, ihren Strom beziehen. Die MIT-Wissenschaftler*innen zitieren in diesem Zusammenhang einen Vergleich von Greenpeace. Demnach stammt in Googles Rechenzentren angeblich »immerhin die Hälfte« des Stroms aus »erneuerbaren«¹⁴ Energien, während Amazons Strommix trotz ökologischer Versprechen immer noch dem US-amerikanischen Durchschnitt entspricht – also größtenteils fossile Energieträger

9 Sébastien Broca, »Saurer Regen aus der Cloud«, *Le Monde Diplomatique* März 2020

10 https://theshiftproject.org/wp-content/uploads/2019/11/2019-11-07_Synthesis-Report_Exploring-Futures-to-Plan-Energy-Transition_The-Shift-Project.pdf

11 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung »Globale Umweltveränderung«, April 2019

12 Energy and Policy Considerations for Deep Learning in NLP, E. Strubell et al. College of Information and Computer Sciences University of Massachusetts Amherst, <https://arxiv.org/pdf/1906.02243.pdf>

13 Clean-IT, Towards Sustainable Digital Technologies, Hasso-Plattner-Institut https://hpi.de/fileadmin/user_upload/hpi/dokumente/flyer/clean-IT_-_Summary_Final_Draft_.pdf

14 <https://www.versobooks.com/blogs/3797-end-the-green-delusions-industrial-scale-renewable-energy-is-fossil-fuel>



mit sogar einem Drittel aus Kohlekraftwerken.

ELEKTROMOBILITÄT OHNE MOBILITÄTSWENDE

Keiner verkörpert derzeit die technologische *Disruption* bzw. den unbedingten Willen, den Transport von Personen, Waren und Daten radikal technologisch zu revolutionieren, besser als der *Tesla*-Chef Elon Musk. Er entwickelt neben Elektroautos mit *Starlink* ein Satelliten gestütztes Internet, welches nicht nur seine *Tesla*-Fahrzeuge vernetzen soll, sondern auch die letzten Winkel der Erde für den technologischen Zugriff erschließen soll. Er baut mit seinem Unternehmen *SpaceX* Raketen und will 2026 damit den Mars „erobern“. Diesen will er zukünftig ‚bevölkern‘ – ein elitärer Ausweichort für den Fall eines ökologischen Kollapses der Erde. Er entwickelt mit *Hyperloop* Hochgeschwindigkeitsautozüge in Vakuum-Röhren. Diese sind Teil des Mobilitätskonzeptes für die Verbindung seiner geplanten High-Tech-Städte namens *Starbase*. Er ist Stromanbieter (*Tesla Energy*) und will Sonnenstrom ernten (*SolarCity*). Zusätzlich will er ‚umweltfreundlichere‘ Bitcoins auf den Markt bringen und eine Gehirn-Computer-Schnittstelle (*Neuralink*) zur Steuerung von Prozessen per Gedankenkraft entwickeln.

Manche sehen in ihm die Reinkarnation eines Leonardo da Vinci, andere halten ihn für einen verhaltensauffälligen Egozentriker, der sehr viel Kapital und Ressourcen verbrennt für Dinge, die die Welt nicht braucht und deren Entwicklung das ökologische Problem verschärft, statt es zu lösen. Dabei versteht Elon Musk unter seinem Motto „Den Übergang der Welt zu nachhaltiger Energie beschleunigen“ eine rein ingenieurstechnische Machbarkeitsstudie – keine sozial-ökologisch geleitete Vision:

- Die durch Gesundheitsbehörden in Kalifornien angeordnete Werkschließung im Corona-Lockdown 2020 geißelte er als „Virus-Panik“, „dumm“ und „faschistisch“.
- Er baut Europas größte Batterie-zellenfabrik (ohne Genehmigung) mitten in ein Wasserschutzgebiet bei Berlin und diffamiert ökologische Bedenken als kleingeistige Verhinderungspolitik deutscher Bürokratie.
- Seine Zukunftsstadt ist weiterhin Auto-basiert und löst damit keines der zentralen Probleme urbanen Transports: Reduktion des Energieeinsatzes, Sicherheit der Verkehrsteilnehmer*innen und Platzmangel im Verkehrs- und Parkraum.

Ganz in Musks (fehlendem) Verständnis hat auch die deutsche Regierungskommission „Nationale Plattform Zukunft der Mobilität“¹⁵ (NPM) nach drei Jahren im Oktober 2021 ihren Abschlussbericht¹⁶ vorgelegt. Es sollte eine richtungsweisende Studie zu klimafreundlichem Verkehr werden, doch es ist ein Armutszeugnis an gedanklicher Beweglichkeit - ein Festhalten an nunmehr grün-gewaschenem (Nicht-)Bewährtem, mit dem die Klimaschutzziele nicht erreicht werden können. Einer der zentralen Meilensteine der Expert*innen-Plattform, die „Sicherstellung einer wettbewerbsfähigen Automobilindustrie“ kollidiert (nicht überraschend) mit einer echten Verkehrswende. Der Bericht setzt auf digitales Aufrüsten eines autofixierten Individualverkehrs. Alternativen zum eigenen Auto sind lediglich statistisches Beiwerk.

Das E-Auto ist noch immer ein ökologischer Alptraum. Der weiterhin zugelassene *Plugin-Hybrid* (Elektro- & Verbrennungsmotor) ist energetisch besonders unsinnig: er dient lediglich den Auto-Herstellern beim Verkauf einer Fahrzeugflotte mit übergewichtigen und hoch-motorisierten SUV. Zum einen lassen sich damit Milliarden an EU-Fördergeldern kassieren, zum anderen bewahren Hybrid-Autos die großen Hersteller vor Strafzahlungen wegen

Nichterreichens der europäischen Klimavorgaben, da sie mit den angeblichen Zero-Emissionsmodellen den CO₂ Ausstoß im Flottenmix nach unten drücken. Die meisten Plug-in-Hybride werden aktuell als Dienstwagen zugelassen. Sie werden aber selten – in der Vergangenheit nur zu 13 Prozent – elektrisch gefahren. Arbeitgeber*innen können die Anschaffungskosten und die Nutzung von Dienstwagen dennoch von der Steuer absetzen und sparen am Ende mehr Lohnkosten, als sie in den Dienstwagen investieren müssen. Nach Rechnung des Umweltbundesamtes beträgt die staatliche Subventionierung der Anschaffung und Nutzung der Dienstwagen jährlich mehr als 3,1 Milliarden Euro. Die Hälfte dieses Subventionsvolumens kommt den reichsten 20 Prozent der Bevölkerung zugute.

Aber auch reine Elektro-Fahrzeuge lösen keine Klimaprobleme: Der Bau eines Akkus für einen *Tesla* ist so umweltschädlich wie acht Jahre Betrieb eines Verbrennungsmotors. Und dieser Akku hat wegen der begrenzten Ladezyklen nach acht Jahren nur noch Schrottwert. Aus diesem Grund fällt auch die Öko-Bilanz für *E-Scooter* (Elektro-Tretroller) mit deren noch geringerer Akku-Haltbarkeit und ohne jeden verkehrspolitischen Nutzen besonders katastrophal aus. Die Fertigung von Elektro-Autos stößt zudem an Ressourcengrenzen, wenn es um die benötigten Rohstoffe für den Bau der Akkus geht. Deren Abbau in Chile (Lithium) und Zentralafrika (Kobalt) ist nicht nur extrem umweltunverträglich, sondern geht in weiten Teilen mit unververtretbarer Kinderarbeit einher. Der Bedarf an Lithium allein in der E-Mobilität wird bis 2030 auf das 40fache steigen. Daran ändert auch die als Alternative in der Entwicklung befindliche Feststoff-Batterie nichts – auch sie benötigt Lithium. Für Kobalt sieht die derzeitige Prognose sogar noch dramatischer aus.

15 <https://www.plattform-zukunft-mobilitaet.de/die-npm/>

16 <https://www.plattform-zukunft-mobilitaet.de/2download/mobilitaet-von-morgen-ganzheitlich-gestalten-ergebnisse-aus-drei-jahren-npm-2018-2021/>

Derzeit macht der hohe Kohlestromanteil E-Autos maximal unökologisch. Der klimaschädlichste aller Energieträger macht noch immer fast zwei Drittel des Strommix beim weltweit größten CO₂-Emittenten China aus. Stark vereinfacht heißt das: Zwei von drei Kilometern, die ein E-Auto derzeit in China fährt, verursacht es massive CO₂-Emissionen. Selbst wenn es China gelänge, die wachsende Flotte von E-Autos ausschließlich mit erneuerbaren Energien aufzuladen, wäre den Klimazielen nicht gedient, wenn dadurch andere Sektoren länger fossile Energien verbrauchen, weil noch nicht genug Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wird.

Die Technokratie gibt sich beim Thema Verkehrswende äußerst konservativ – sie versucht, den Automobilismus einfach fortzusetzen, indem sie vom Verbrenner- auf den E-Antrieb umsteigt und ansonsten die Verkehrskonzepte aus dem letzten Jahrhundert nahezu unverändert beibehält. Ohne eine grundlegende Abkehr vom derzeitigen automobilen Individualverkehr wird die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens unmöglich.

Noch unökologischer wird es, wenn nun drohnenähnliche E-Flugtaxis als vermeintlich ökologische Mobilität der Zukunft gepriesen werden, um der zu hohen Verkehrsdichte am Boden zu entkommen. Es ist unstrittig, dass jegliche Art des Fliegens einen deutlich höheren Energieaufwand bedeutet, als die gleiche Strecke am Boden zurückzulegen. Daher muten die Flugtaxis wie ein Rückfall in die 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts an – selbst optisch haben sich die Fluggeräte nur wenig von den futuristischen Männerfantasien der technokratischen Blütezeit entfernt. Der aktuell aufkeimende Weltraumtourismus muss ebenso als purer *Retro-Futurismus* verstanden werden und ist durch nichts mit einer ernsthaft geführten Klimadebatte in Einklang zu bringen.

RENAISSANCE DER ATOMKRAFT

Im frischen Wind der Dekarbonisierung erlebt eine grün-gewaschene Atomenergie jüngst neuen Zuspruch. Im aktuellen französischen Wahlkampf überbieten sich die Kandidaten und Kandidatinnen in ihren Plänen für die Atomkraft. Die rechtspopulistische Marine Le Pen will sechs neue AKW bauen und im Gegenzug Windräder demonstrieren. Der aufstrebende rechtsextreme Eric Zemmour will gleich zehn neue Meiler errichten. Auch der französische Präsident Macron kündigte im Oktober zur Unterstützung der ökologischen Wende die Förderung kleiner modularer Atomreaktoren SMR (*Small Modular Reactor* mit einer Leistung zwischen 25-500 Megawatt) an: „Ohne Atomkraft kann Europa seine Klimaziele nicht erreichen“¹⁷. Bis 2030 will er eine Milliarde Euro in die Technik der Mini-AKW investieren. Benötigt werden diese Reaktoren seiner Meinung nach für eine dekarbonisierte Wasserstoffherzeugung. Bei der Erzeugung von Wasserstoff als Energieträger gehen 2/3 der ursprünglich aufgewendeten Energie verloren. Nur 1/3 kann am Ende z.B. in Wasserstoff betriebenen Motoren genutzt werden. Im Schnitt benötigt ein Brennstoffzellenfahrzeug die 2,5-fache Menge an Strom, um die gleiche Strecke zurückzulegen, wie ein Batterie-betriebenes Fahrzeug.

In einem Aufruf, der parallel in mehreren europäischen Zeitungen erschien, verlangten der französische Wirtschafts- und Finanzminister LeMaire und weitere Minister aus Rumänien, Tschechien, Finnland, der Slowakei, Kroatien, Slowenien, Bulgarien, Polen und Ungarn ein klares Bekenntnis der EU: „Kernenergie muss wie alle anderen kohlenstoffarmen Energiequellen behandelt werden.“ Das Gütesiegel „Do No Significant Harm“ (kurz: DNSH) sollen Technologien erhalten, die eine starke Verminderung der Treibhausgase

ermöglichen *und* zugleich keine signifikanten neuen Umweltschäden anrichten. Ob die Kernkraft das DNSH-Kriterium erfüllt, darüber wird aktuell gestritten. Die EU-Kommission hat die DNSH-Frage zunächst an ihren wissenschaftlichen Dienst, das Joint Research Centre, weitergereicht. Dessen Gutachten fiel im Juli dieses Jahres zugunsten der Kernenergie aus.¹⁸

Auch die Britische Regierung hat im Oktober den Bau neuer Atomkraftwerke angekündigt um CO₂ einzusparen. Selbst in Deutschland, wo nach dem Super-GAU in Fukushima 2011 der »endgültige Ausstieg« aus der Atomkraft besiegelt wurde, mehrten sich rechtskonservative Stimmen, die ‚klima-bewusst‘ eine Revival der Atomenergie fordern. 2022 sollen die letzten Meiler abgeschaltet werden. Jetzt – im Zuge eines (halbherzigen) »Kohleausstiegs« bis 2038 – wollen einige den atomaren Rückwärtsgang einlegen. Ein CDU-Positionspapier des Bundesausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern¹⁹ erwägt die Rückkehr zur Kernkraft. Das ist Wasser auf die Mühlen des konservativen Parteiflügels: Man wolle »Technologie-offen« bleiben. Auf der Liste der Unterstützer*innen dieser Idee steht unter anderem die eingangs erwähnte internationale Energieagentur IEA, die Subventionen für die nukleare Energieerzeugung fordert. In ihren Analysen wird die Atomenergie in einem Zug mit erneuerbaren Energien als klimafreundliche Energiequelle genannt.

Das ist nachweisbar unsinnig. Nur wer den Blick auf den reinen Reaktorbetrieb einschränkt, kann ein AKW klimagasfrei nennen: Wenn die gesamte Kette Bergbau, Aufbereitung, Anreicherung, Transport, Kernspaltung berücksichtigt wird, entspricht der Klimagasausstoß eines AKW dem eines Gaskraftwerks – das ungelöste Entsorgungsproblem noch nicht mal eingerechnet.

17 <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2021/10/12/presentation-du-plan-france-2030>

18 <https://www.heise.de/downloads/18/3/1/8/3/2/5/5/elysee-module-18543-fr.pdf>

19 »Sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung der Zukunft« (Ausschuss-Beschluss vom 27. Januar 2020), https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/200127_sichere_bezahlbare_und_nachhaltige_energieversorgung_der_zukunft.pdf?file=1



- Um Kohle, Öl und Gas zu ersetzen, müssten hunderte AKW gebaut werden. Beim derzeitigen Verbrauch von Uran beträgt die Kapazität nur einige Jahrzehnte. Kommen hunderte neuer Anlagen dazu entsprechend weniger. AKW werden für Laufzeiten von etwa 40 Jahren kalkuliert – wenn viele neue Anlagen hinzukommen, geht diese Rechnung nicht mehr auf.
- Der sogenannte ›energy cliff‹ beschreibt den Moment, bei dem zur Herstellung eines Brennstoffes genauso viel Energie investiert wird, wie dieser dann freisetzen kann. Beim Uran ist die kritische Stelle der Abbau. Ab einer Konzentration von 0,04% Uran im Erz ist der cliff erreicht: Bei niedrigerer Konzentration ist es wirtschaftlicher, die Energie, die in den Abbau gesteckt wird, direkt zu nutzen und das Uran in der Erde zu lassen. Aktuelle Minen bauen bereits Erz mit weniger als 1% Urangehalt ab – der cliff ist nicht mehr weit. Ergo: Atomenergie als Lösung des Klimawandels zu propagieren ist Augenwischerei.

Eine politisch geförderte Rückkehr des Dinosauriers der Atomenergie als sogenannte ‚Brückentechnologie‘ wäre ein GAU für die Klimabewegung. Diese muss nun neben dem intensiven Widerstand gegen eine verlängerte Kohleverstromung ebenfalls deutlich machen, dass jede nukleare Option an ihrem heftigen und breiten Widerstand scheitern wird.

KLIMA-NUDGING: ÖKOLOGISCHE VERHALTENSLENKUNG

Die Glaubwürdigkeit der Technokrat*innen, die versprechen, das Klimaproblem rein technologisch in den Griff zu kriegen, schwindet zusehends – nicht nur in der Klimabewegung. Selbst in einer durch Ingenieur*innen geprägten Gesellschaft wie der französischen, die

zudem nicht gerade auf ein besonders ausgeprägtes Umweltbewusstsein zurückgreifen kann, nimmt seit den beiden unerträglich heißen bzw. extrem trockenen Sommern 2018 und 2019 der Glaube der Bevölkerung an die Fähigkeiten der Technokratie ab. Die ehemals randständigen »Kollapsolog*innen« sind in der öffentlichen Debatte seither stärker vertreten. Die »Kollapsologie« als interdisziplinärer Wissenschaftsansatz – weit über die engen Grenzen der Umweltwissenschaften hinaus – gibt es seit dem 2015 von Pablo Servigne und Raphaël Stevens erschienenen Essay »Wie alles zusammenbrechen kann – Kleines Kollapsologie-Handbuch für gegenwärtige Generationen«²⁰. Darin gehen die Autoren von einer höchst wahrscheinlichen Unfähigkeit des Kapitalismus aus, den ökologischen Zusammenbruch zu verhindern.

Angesichts eines angeschlagenen Vertrauens in den technologischen ›Fortschritt‹ versucht der Kapitalismus ›Nachhaltigkeit‹ auf andere Weise herzustellen und gleichzeitig die Ressource Mensch besser in Werte umzusetzen. Smarte (algorithmische) Verhaltenslenkung, basierend auf einer eher rückschrittlichen Auslegung des »Behaviorismus«, steht (nicht nur in China) hoch im Kurs. Die Zukunftsvision des *Nudgings*²¹ vieler Tech-Giganten einer paternalistisch geführten Welt fußt auf der Idee dieses Behaviorismus. Googles Forschungsabteilung, Google X, arbeitet an einem persönlichen Journal »sämtlicher Handlungen, Entscheidungen, Vorlieben, Aufenthaltsorte und Beziehungen«²², welches die Grundlage sein soll für ein System digitaler Assistenz, das KI-basiert auf jede*n Einzelne*n zugeschnittene »Handlungsempfehlungen« ausspricht. Angesichts »zu komplexer Lebensverhältnisse« gehen z.B. die Visionäre von Google von einer

notwendigen Verhaltenssteuerung andernfalls nicht-rational handelnder Individuen aus – ein paternalistisches und rückschrittliches Menschenbild. Mehr Retrotopie als technologie-affine Utopie. Realisiert sehen wir die teilweise nahezu »totalitär« anmutende Verhaltenskorrekturen derzeit in einigen Smart-City Ansätzen – vorgeblich zugunsten einer vermeintlich besseren und ökologischeren Lebensweise:

- In einem Pilotprojekt in der als ökologische Vorzeigestadt in der Wüste Abu Dhabis konzipierte Retorten-Stadt *Masdar City* unter der Leitung von Professor Scott Kennedy (Masdar Institute) wurden bereits vor mehr als zehn Jahren der individuelle Energie- und Wasserverbrauch überwacht und verschiedene Anreizmechanismen zum Einsparen getestet. Grundvoraussetzung für das System war, dass in jeder Wohnung der Verbrauch von Strom sowie kaltem und warmem Wasser minutengenau gemessen wird. Heute sind wir mit der Einführung der Smart Meter und zeitvariabler Stromtarife diesem Prototyp der ökologischen Verhaltenslenkung sehr nah.
- Die »grüne Stadt« *Songdo* in Südkorea findet in ihrem »technologisch deterministischen Ansatz« als geschlossen gedachtes System keine Antworten auf die »komplexen Herausforderungen« urbanen Lebens. Mit ihren rigide formalisierten Steuerungsparametern wird der grüne Smart City-Ansatz den unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Bevölkerungsschichten beim Zugang zu städtischen Dienstleistungen nicht gerecht. »Die Stadt wurde derart vorrangig als technologisches System gedacht, dass soziale Dimensionen in Songdo's Smart-City-Vokabular gar nicht erst vorkamen«, konstatierte Paul D. Mullins.²³

Auch in Deutschland schätzen Technokrat*innen die Möglichkeit einer versteckten top-down-Bevormundung zu

20 Pablo Servigne, »Comment tout peut s'effondrer« – Petit manuel de collapsologie à l'usage des générations présentes«, *Seuil*, April 2015, ISBN 978-20-212-2331-6. (englischsprachige Übersetzung durch Andrew Brown: How Everything Can Collapse: A Manual for Our Times, Polity, 2020, ISBN 978-15-095-4139-3.)

21 Nudge (Anstupsen) beschreibt psychologische Methoden der Verhaltenslenkung durch Anreizsysteme

22 Im Mai 2018 sickerte ein internes Firmenvideo der Forschungsabteilung Google X in die Öffentlichkeit. Unter dem Titel »The selfish ledger« beschreibt Google seine Zukunftsvision einer paternalistisch geführten Welt. <https://vimeo.com/270713969> [zuletzt abgerufen am 16.02.2021].

23 Paul D. Mullins, 2017, »The Ubiquitous-Eco-City of Songdo: An Urban Systems Perspective on South Korea's Green City Approach«, *Urban Planning* (ISSN: 2183-7635) 2017, Volume 2, Issue 2.

umweltbewussterem Verhalten. So schreibt das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung in einer Bestandsaufnahme unterschiedlicher Smart-City-Ansätze: »Um den Nutzer der städtischen Infrastrukturen zu bestimmten, zum Beispiel ökologisch wertvollen Verhaltensweisen zu motivieren, (...) testen die Städte verschiedene Anreiz- und Aktivierungsmodelle. Hier werden mithin neue Formen des städtischen Regierens in Form einer gewollten Steuerung von Verhaltensformen erprobt.«²⁴

Die Grünen haben ebenfalls eine hohe Affinität zu einem klimapolitischen, digitalen Bevölkerungsmanagement. Statt der unsinnigen Förderung von hybriden Dienstwagen eine generelle Absage zu erteilen, können sie sich eine Förderung nach elektrisch gefahrenen Kilometern vorstellen, die per Zugriff auf den Bordcomputer des Fahrzeugs vermessen werden soll.

Es droht eine ökologisch begründete Algorithmisierung unseres Alltags – schleichend ohne wahrnehmbaren Expert*innenstreit und ohne gesellschaftlich ausgehandelte, transparente Rahmung. Der nicht einsehbare Code weniger Tech-Unternehmen zur *Smartifizierung* urbanen Lebens arbeitet im Hintergrund und ist damit schwer angreifbar. Die Dringlichkeit eines irreversiblen Klimawandels könnte so zum Akzeptanzbeschaffer des bevormundenden *Nudgings* werden.

Verhaltenswissenschaftlich hilfreich wäre hingegen ein *Boosting*. Darunter verstehen Psycholog*innen Strategien, die nicht direkten Einfluss auf die Entscheidungen der Einzelnen nehmen, sondern auf die Entscheidungskompetenz – um so das Individuum zu befähigen, solche Entscheidungen eigenständig zu treffen und mit Tatkraft umzusetzen. Früher hat mensch von der Stärkung zur Autonomie gesprochen, aber das klingt bereits angestaubt.

Guido Arnold ist promovierter Physiker und arbeitet im DISS zum Thema Entsolidarisierung durch digitale Transformation des Gesundheitssystems.



Das deutsche Fernsehen und der Fall ›Rassismus‹
Mediale Inszenierungen von Sinti und Roma im Tatort und in politischen Talkshows

ISBN 978-3-89771-775-6

Unrast-Verlag, 2021

Seiten: 164

Reihe: Edition DISS Band: 46

Ausstattung: Softcover

Das vermeintliche Wissen, das über Sinti*ze und Rom*nija kurziert, ist geprägt von negativen Stereotypen bei kaum vorhandenen Kontakterfahrungen mit Angehörigen der Minderheit. Die dominierenden Bilder werden durch die Medien verbreitet und als Wahrheiten ausgegeben und rezipiert. Sie beschränken sich außerdem nicht auf Mitglieder der Minderheit, sondern werden ohne Widerspruch auf Menschen aus Bulgarien und Rumänien übertragen. Neben der emanzipatorischen Arbeit einer zunehmenden Zahl an Selbstorganisationen, ist es ein Anliegen dieser Arbeit, die medialen Inszenierungen, deren Schauplätze und Akteur*innen, sowie die dahintersteckenden Wirkmechanismen und Strukturen aufzudecken.

Katharina Peters untersucht am Beispiel der medialen Inszenierung von ›Sinti und Roma‹ im deutschen Fernsehen, wie Rassismen adaptiert und verbreitet werden. Die mit dem Augsburger Wissenschaftspreis für interkulturelle Studien ausgezeichnete Analyse entlarvt die als Realitäten ausgegebenen Bilder in ihrer Konstruiertheit und schafft so Raum für andere Wirklichkeitsentwürfe, die ein vielfältigeres Bild zulassen und Stereotype negieren. Der diskurs- und medienwissenschaftliche Ansatz leistet einen Beitrag, Erscheinungsformen des Rassismus in Zeiten eines weltweit erstarkenden Nationalismus am Beispiel von Antiziganismus im deutschen Fernsehen detailliert zu beschreiben. Mit dem Ziel, die Sensibilität für eine diskriminierungsfreie mediale Darstellung zu schärfen und das Bewusstsein für die Realität Deutschlands als eine Einwanderungsgesellschaft zu stärken.



Der Reset der Großen Transformation

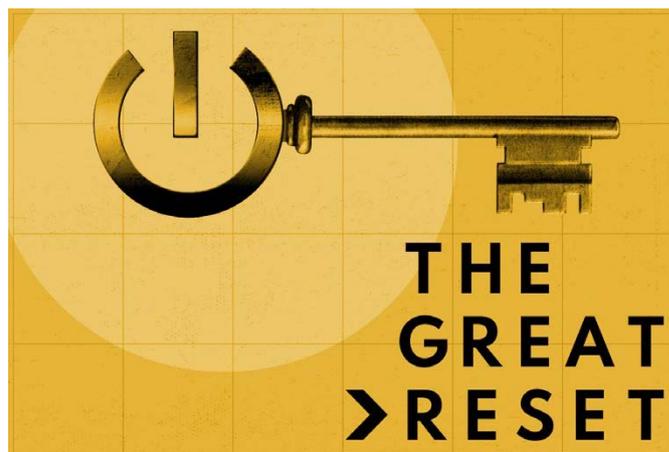
Von Andrea Becker

„Das Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen faktisch auf null zu senken, führt zu einem radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft („Die Große Transformation“/„The Great Reset“) und bedroht unsere Freiheit in einem immer beängstigenderen Ausmaß“ (AfD-Alternative für Deutschland 2021, S. 172).

Große Transformation und Reset, die beiden Wendungen in der eingeschobenen Klammer des obigen Zitates sind nicht zufällig im AfD-Wahlprogramm gelandet, sie markieren jeweils für sich die Rezeption einer Verschwörungserzählung und deren zeitgeistige Aktualisierung. Bei der AfD taucht sie 2016 im Grundsatzzprogramm zum ersten Mal auf, die „Große Transformation“ als feststehender Ausdruck mit großem „G“: die deutsche Regierung „missbraucht die steigende CO₂-Konzentration zur ‚Großen Transformation‘ der Gesellschaft“ ist dort zu lesen (GP, 79). Damit wolle man Schluss machen. Die Wendung nimmt einen Diskurs auf, der sich in Deutschland auf das im Jahr 2011 veröffentlichte Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) mit dem Titel „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ bezieht (WBGU 2011). Zur besseren Einordnung der diskursiven Aneignung des WBGU-Gutachtens von rechts werden nachfolgend zunächst dessen wesentliche Inhalte referiert.

Das Gutachten des WBGU beschreibt zunächst den Forschungsstand zu Klimawandel, Umweltveränderungen und umweltbezogenem Wertewandel und entwickelt hieraus das heuristische Konzept einer „Großen Transformation“ als Zeitdiagnose und zugleich Zukunftsperspektive. Es folgt eine Analyse der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit unterschiedlicher Entwicklungspfade zum CO₂-neutralen Umbau der Energiesysteme, gefolgt von Analysen zu politischen Gestaltungsinstrumenten und zu Erkenntnissen der Innovationsforschung. Das Gutachten entwickelt hieraus politische Handlungsempfehlungen, aufgeteilt in 10 strategische Maßnahmenbündel²⁵, für die jeweils politische Handlungsoptionen mit unterschiedlichem Ambitionsniveau ausdifferenziert werden. Es schließt mit Empfehlungen für Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Zu den Grundannahmen des Gutachtens gehört die Überlegung, dass die Welt sich in einem Umbruch befindet, bei dem



der Strukturwandel weg vom fossil-atomaren Wirtschaftssystem unabdingbar innerhalb der planetarischen Grenzen der Nachhaltigkeit verlaufen muss. Vordringlich seien drei Basisstrukturen der Weltwirtschaft zu dekarbonisieren: die Energiesysteme, die Landnutzungssysteme und die urbanen Räume. Dabei geht der WBGU davon aus, dass „(d)as kohlenstoffbasierte Weltwirtschaftsmodell (...) auch ein normativ unhaltbarer Zustand [ist], denn es gefährdet die Stabilität des Klimasystems und damit die Existenzgrundlagen künftiger Generationen“²⁶ (WBGU 2011, S. 1). Basis des zukünftig zu entwickelnden neuen Gesellschaftsvertrags sei die Orientierung an ökologischer, demokratischer und Zukunftsverantwortung. „Ein zentrales Element in einem solchen Gesellschaftsvertrag ist der ‚gestaltende Staat‘, der für die Transformation aktiv Prioritäten setzt, gleichzeitig erweiterte Partizipationsmöglichkeiten für seine Bürger bietet und der Wirtschaft Handlungsoptionen für Nachhaltigkeit eröffnet“ (WBGU 2011, S. 2) und weiter: „Die Idee des gestalten des Staates ist (...) untrennbar verbunden mit der Anerkennung der Zivilgesellschaft und der innovativen Kräfte in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.“ (WBGU 2011, S. 9) Dies müsse zudem einhergehen mit neuen Formen globaler Willensbildung und Kooperation.

25 Als Maßnahmenbündel mit strategischer Hebelwirkung werden ausgearbeitet: 1. Den gestaltenden Staat mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten ausbauen, 2. CO₂-Bepreisung global voranbringen 3. Europäisierung der Energiepolitik ausweiten und vertiefen, 4. Ausbau erneuerbarer Energien durch Einspeisevergütungen international beschleunigen, 5. Nachhaltige Energiedienstleistungen in Entwicklungs- und Schwellenländern fördern, 6. Rasante Urbanisierung nachhaltig gestalten, 7. Klimaverträgliche Landnutzung voranbringen, 8. Investitionen in eine klimaverträgliche Zukunft unterstützen und beschleunigen, 9. Internationale Klima- und Energiepolitik stärken, 10. Internationale Kooperationsrevolution anstreben.

26 Im Jahr 2021 erging ein bahnbrechendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die intergenerationale Verpflichtung der grundgesetzlichen, in Art. 20a kodifizierten, Norm zur Sicherung der Lebensgrundlagen feststellte. Klimaschutz ist demnach nicht nur in abstrakt ethischer Weise normativ geboten, sondern tatsächlich eine Rechtsnorm von Verfassungsrang.

Der kurze Überblick über das umfangreiche Gutachten lässt schon erahnen, an welchen Punkten Widerspruch von konservativen, neoliberalen und rechten Kräften zu erwarten war. Die Vorstellung eines „gestaltenden Staates“, neuer partizipativer Politikinstrumente, erweiterter internationaler Kooperation und eine Ahnung von kommenden Veränderungen in vielen Lebensbereichen berührt deren grundlegende Ideologeme und rief umgehend energische Gegnerschaft auf den Plan. Die Auseinandersetzung mit dem WBGU-Gutachten von 2011 in der rechten und konservativen Presse kann man als gezielte Ablenkungskampagne (Derailment) verstehen, die den Blick weg lenkt von den zentralen Inhalten hin zu aufgebauchten und aus dem Zusammenhang gerissenen Nebenschauplätzen. Dieses Derailment führte zur negativen assoziativen Verknüpfung des Ausdrucks „Große Transformation“, der ab 2016 auch bei der AfD auftaucht.

Ein prototypisches und darum hier ausführlich vorgestelltes Dokument des gewollten Missverstehens und Derailments ist ein Essay des bekannten Klimaschutzgegners Fritz Vahrenholt, erschienen im Mai 2011 in der *Welt* (Vahrenholt 2011). In den Wochen zuvor war das Gutachten in der *Welt* bereits als „utopisch“, „im Kern totalitär“ und als „Weg in die Bunte Rätorepublik“ beschrieben worden. Vahrenholt verschärfte den Ton in der Überschrift nochmals zu „Ökodiktatur pur“ und warnte im Untertitel vor „antidemokratischem, jakobinischen Denken“. Im Folgenden paraphrasiert und diskutiert er ausschließlich solche Stellen des Gutachtentextes, die auf die historische und ideengeschichtliche Herleitung des Konzeptes „Gesellschaftsvertrag“ und „Große Transformation“ rekurrieren, sowie Stellen, die sich auf neue demokratische Partizipationsmodelle beziehen. Über die eigentlichen klimapolitischen Inhalte und Empfehlungen erfährt die Leserin des Vahrenholt-Textes nichts. Stattdessen wird der vom WBGU angemahnte „gestaltende Staat“ mit jedem Absatz bedrohlicher, erst zum „starken Staat“, dann zum „starken Ökostaat“. Es werde eine „(...) Opferbereitschaft [verlangt], die die Dimensionen der normalen Lebenswirklichkeit sprengt, darum plädiere der WBGU für eine „Beschränkung der Demokratie“ in Form einer Zukunftskammer, die die Befugnisse des Parlaments begrenze. Dies ist eine grobe Verdrehung, denn das Modell der Zukunftskammer²⁷ erscheint im Originaltext im Rahmen der Diskussion neuer deliberativer Partizipationsmodelle, als ergänzender Konsultationsmechanismus parlamentarischer Verfahren (WBGU 2011, 10; 252) und mit dem Zusatz: „Der WBGU kommt daher zu dem Ergebnis, dass es für die Transformation eher mehr als weniger Demokratie bedarf.“ (WBGU 2011, S. 252). Schließlich stellt Vahrenholt noch eine gedankliche Verbindung her zur Industrialisierung der UdSSR in den 20er- und 30er-Jahren und dem „Großen Sprung nach vorne“ sowie zur chinesischen „Kulturrevolution“ von Maos Tse-tung. Er schließt mit der Falschbehauptung, dass die

Klimaerwärmung zum Stillstand gekommen sei und man vor einer Abkühlungsphase des Klimas stehe.

Dieser Text steht exemplarisch für ein Genre von klimapolitischen Texten, die nicht an der Diskussion der eigentlichen klimapolitischen Analysen, Inhalte und vorgeschlagenen Maßnahmen interessiert sind. Solche Texte finden sich - um nur ein Beispiel zu nennen - auch in der *F.A.Z.*, wo Carl Christian von Weizsäcker eine gedankliche Verbindung zwischen dem WBGU und Lenin suggeriert und mit Hayek und Mises argumentierend für eine ausschließlich marktwirtschaftliche Lösung der Klimakrise über den CO₂-Preis plädiert (Weizsäcker 2011). Diese Textsorte bedient sich mit Bezug auf das WBGU-Gutachten folgender sieben beliebig kombinierbarer Elemente:

1. Es wird empört auf die Passage zum Klimaschutz als normativer Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen verwiesen. Oft wird der Begriff „normativ“ in der Folge nicht wie im WBGU-Text als abstrakte und ideengeschichtlich hergeleitete Norm, sondern als konkrete individuelle Verhaltensnorm missdeutet.
2. Der Begriff des „gestaltenden Staates“ aus dem Gutachten wird stark überzeichnet und als freiheits- und wirtschaftsbedrohender Interventionismus dargestellt.
3. Es folgt ein nicht minder empörter Verweis auf Vorschläge zur Erprobung zusätzlicher deliberativer politischer Verfahren.
4. Die vorgenannten Elemente werden in Zusammenhang mit autoritären und totalitären Regimen gebracht - wahlweise Sozialismus, Kommunismus, Lenin, Trotzki, Stalin, Mao, Nordkorea oder die Roten Khmer. Gerne wird der Ausdruck „Große Transformation“ in assoziative Nähe zum „Großen Sprung nach vorne“, zur maoistischen „Kulturrevolution“ oder ähnlichen im kollektiven Gedächtnis verankerten²⁸ Ausdrücken gerückt.
5. Oft finden sich personalisierte Angriffe auf die Mitglieder des WBGU, insbesondere auf den damaligen Vorsitzenden Joachim Schellnhuber und eine Überhöhung ihres politischen Einflusses als eine Art Geheimregierung. Wahlweise kann dieses Motiv sich bis zu antisemitischen Verschwörungserzählungen steigern
6. Wenn die Leserin überhaupt etwas über die konkreten im Gutachten beschriebenen klimapolitischen Problemlagen erfährt, dann wird oft deren wissenschaftliche Grundlage in Frage gestellt oder der Klimawandel an sich geleugnet.
7. Die Folgen unterschiedlicher Handlungsvorschläge des WBGU werden typischerweise überspitzt dargestellt und dramatisiert.

27 Ein solches Gremium wurde im Jahr 2021 als „Bürgerrat Klima“ erprobt. 120 ausgeloste Bürgerinnen und Bürger berieten mit wissenschaftlicher Begleitung und professioneller Moderation über Empfehlungen für die deutsche Klimapolitik. Informationen zum Projekt finden sich unter <https://buergerrat-klima.de>, seine Empfehlungen sind abzurufen unter: https://buergerrat-klima.de/content/pdfs/BK_210624_Empfehlungen.pdf.

28 Dabei handelt es sich zudem immer um begriffliche Assoziationen, die mit der politischen Linken verbunden werden.



In dieser Art und Weise wurde das Gutachten auch in der *Jungen Freiheit* rezipiert (Hinze 2011). Thorsten Hinze beginnt mit der raunenden rhetorischen Frage nach den „wirklichen Machtstrukturen“, die er wohl im WBGU vermutet und kommt schon im zweiten Absatz auf den Lenin-Trotzki-Stalin-Vergleich, später dann noch auf den Marxismus-Leninismus. Er vermutet faktenfrei, dass der Vorschlag zur Zukunftskammer zur „Selbstermächtigung“ einer „vermeintlichen Einsichts- und Wissenselite“ dienen solle. Die Vereinten Nationen hätten schon 1992 in Rio mit der Agenda 21 ein Aktionsprogramm für eine „Neue Weltordnung“ beschlossen, dessen „Transmissionsriemen“ die „sogenannten NGOs, die Nichtregierungsorganisationen“ bildeten. „Den staatlichen Stellen wird aufgetragen, den Organisationen Daten über Verhaltensweisen und Verbrauchsgewohnheiten der Bürger zur Verfügung zu stellen, damit sie Verstöße gegen die von den Vereinten Nationen beschlossenen Programme kontrollieren können“ (Hinze 2011, S. 7). Hinze stellt dann Überlegungen an, dass NGOs die „Drosselung von Konsum- und Produktionskapazitäten oder die Aufnahme von ‚Klimaflüchtlingsen‘“ erzwingen könnten. Angela Merkel, die an den Beschlüssen von Rio beteiligt gewesen sei, profiliere sich als Agentin der beschriebenen globalen Machtstrukturen. Illustriert ist der Text mit einer Grafik aus dem Gutachten, der von der JF-Redaktion die Überschrift „Zukunftsszenario der Globalisten“ gegeben wurde.

Während Vahrenholt in der *Welt* sich in angedeuteten totalitären Schreckensszenarien ergeht, baut Hinze in der *Jungen Freiheit* eine komplette, antisemitisch anschlussfähige, Verschwörungserzählung um das Motiv der „Großen Transformation“ von im Hintergrund agierenden Strippenziehern, Plänen für eine „Neue Weltordnung“ und deren willigen Vollstreckern in Deutschland auf.

In den Jahren nach 2011 wird es still²⁹ um die *Große Transformation*, nur auf der Internetseite des Anti-Klimaschutzvereins EIKE³⁰ wird der Ausdruck kontinuierlich verwendet³¹. Die Texte auf der EIKE-Seite tragen beispielsweise Überschriften wie „Energiewende: Der dritte Weg zum Sozialismus“ oder „Große Transformation – der Gang in die Knechtschaft“, eine stichprobenhafte Sichtung zeigt die verbreitete Verwendung des oben skizzierten argumentativen Baukastens. Nachdem die AfD - offenbar unter dem Einfluss der EIKE-Protagonisten - die Abwehr der *Großen Transformation* 2016 in ihr Grundsatzprogramm und 2017 in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat, taucht der Ausdruck im Jahr 2017 in der rechten Publizistik wieder auf. Allerdings, um genau zu sein, wird der WBGU-Transforma-

tionsdiskurs nur in der Zeitschrift *Compact* und in der *Jungen Freiheit* sowie – einmalig – in der Zeitschrift eigentlich frei bedient. Weder die NPD-Zeitung *Deutsche Stimme*, noch die Zeitschrift *ZUERST!* oder die *Sezession* nehmen an diesem Diskursstrang teil. Auch in den jüngeren Publikationsorganen wie *Recherche D*, *Die Kehre* oder *Cato* finden sich bis Mitte 2021 keine klimapolitischen Texte, die auf den Begriff der (*Großen*) *Transformation* eingehen.

Der letzte größere Text zum WBGU-Transformations-Diskurs in der *Jungen Freiheit* erschien im Mai 2017 (Keller 2017). Er bezieht sich auf einen Aufsatz des WBGU-Mitglieds Leinfelder zum Konzept des Anthropozäns in der Zeitschrift für Umweltrecht. Vom Lenin-Trotzki-Motiv kommt der Autor zum WBGU, einer „ökologischen Weltregierung“ und paraphrasiert schwerpunktmäßig Überlegungen zur Zukunft der Nahrungsmittelproduktion, in der möglicherweise auch Insekten eine Rolle spielen. Illustriert ist Kellers Text mit einem großformatigen Bild eines gedeckten Tisches mit einer Schüssel gegrillter Heuschrecken und Würmer, so dass im Gesamteindruck die *Große Transformation* mit einem wirkmächtigen ekelerregenden Eindruck verknüpft wird. Ein im November 2017 vom Magazin *Compact* herausgegebenes Sonderheft zum Klimawandel widmet „Schellnhubers Masterplan“ einen dreiseitigen Artikel (Barthel 2017). Darin beschreibt die Autorin drastisch die Folgen eines Umstiegs auf erneuerbare Energien: „Die Einschnitte wären immens und vernichtend, bitterste Armut, Deindustrialisierung und Enttechnologisierung die unvermeidlichen Folgen“ (Barthel 2017, S. 51). Sie fürchtet einen globalen Genozid und die Reduktion der Weltbevölkerung auf weniger als ein Drittel. Es sei ausgehend von Deutschland eine *globale ökofaschistische Bewegung* am Werk, Schellnhuber ein „Menschheitsversklaver“, aber hinter alledem steckten letztlich - und hier deckt sich ihre Gedankenführung mit der von Hinze (2011) - die Vereinten Nationen.

Der WBGU-Transformation-Diskursstrang wird nach 2017 insbesondere von EIKE-Akteuren und von der AfD weitergeführt. Die programmatische „Dresdner Erklärung“ der umweltpolitischen Sprecher aller AfD-Fraktionen vom Juli 2019 widmet ihm unter der Überschrift „‘Große Transformation‘ – Der Sprung in die Ökodiktatur“ einen ganzen Abschnitt (AfD-Fraktion im Bundestag 2019). Im Bundestag sind es zuvörderst die AfD-Abgeordneten Hilde und Kotré, die diesen Diskursstrang in eine breitere Öffentlichkeit tragen. Beide benutzen das Motiv der Gleichsetzung der *Großen Transformation* mit dem „Großen

29 Die Datenbank Wiso Presse, die mehr als 120 deutschsprachige Presseerzeugnisse erschließt, verzeichnet zwischen 2012 und 2020 für die Suche „Große Transformation“ AND „WBGU“ jeweils Trefferanzahlen im einstelligen Bereich pro Jahr (Ausnahme 2013). Die Suchkombination „Große Transformation“ und Klima* erzeugt bis 2017 um die 20 Treffer pro Jahr, danach steigt die Trefferanzahl deutlich an, wobei jeweils immer auch zustimmende Texte enthalten sind.

30 EIKE steht für *Europäisches Institut für Klima und Energie*. Es handelt sich nicht um ein Forschungsinstitut, sondern um einen kleinen eingetragenen Verein in Jena, dessen Finanzierung intransparent ist.

31 Die Suchfunktion der EIKE-Vereinshomepage für „Große Transformation“ ergab im Juni 2021 eine Trefferliste von 31 Seiten mit je fünf Beiträgen seit dem Jahr 2011, also ca. 155 Einzeltexte (= über zehn Jahre lang im Schnitt mehr als ein Artikel pro Monat), die Abfrage „WBGU“ ergibt 29 Trefferseiten á fünf Beiträge. Die Kombination beider Begriffe ergibt 13 Trefferseiten also ca. 65 Texte

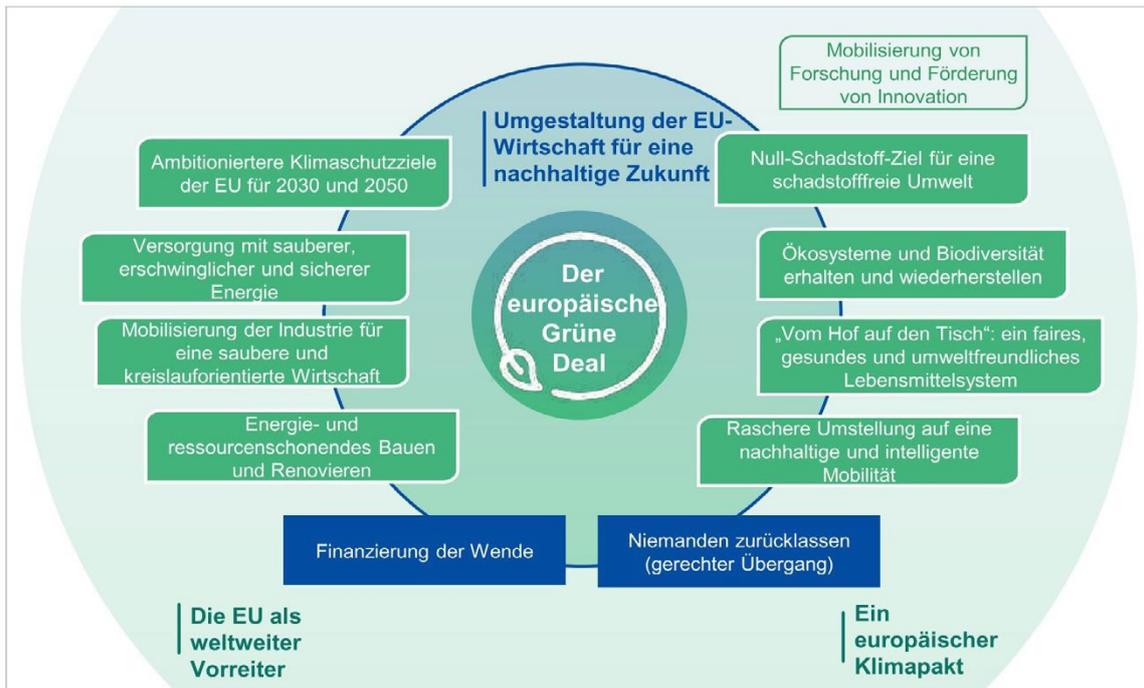


Abbildung 1: Der europäische Grüne Deal (Europäische Kommission 11.12.2019, S. 4)

Sprung nach vorne“ Mao Tse-tungs³² um vor einer vermeintlich heraufziehenden ökosozialistischen Diktatur zu warnen.

Um die Jahreswende 2019/2020 erscheint mit dem von der EU-Kommission zu diesem Zeitpunkt vorgelegten *European Green Deal* (Europäische Kommission 11.12.2019) ein neuer Begriff auf der politischen Tagesordnung, der das Potential für eine Modernisierung des etwas in die Jahre gekommenen WBGU-Transformationsdiskurses hat – bzw. gehabt hätte, wenn seine Rezeption nicht durch die Corona-Pandemie ausgebremst worden wäre. Der *European Green Deal* verschärfte die Klimaziele der EU auf eine Reduktion der CO₂-Emissionen um mind. 50% gegenüber 1990 bis 2030, wozu die Mitgliedsländer ihre jeweiligen Klimagesetze anpassen müssen. Es geht um Veränderungen bei der „Versorgung der gesamten Wirtschaft mit sauberer Energie sowie in den Bereichen Industrie, Produktion und Verbrauch, großräumige Infrastruktur, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft, Bauwesen, Besteuerung und Sozialeleistungen“ (Europäische Kommission 11.12.2019, S. 4), sowie um flankierende Maßnahmen im Finanzsektor, im Regionalausgleich und der EU-Handelspolitik, die mit einem ambitionierten Zeitplan in sektorenspezifische Strategien umgesetzt werden sollen.

Der *European Green Deal* wurde von einer größeren Bandbreite an rechten Publikationen rezipiert als die *Große Transformation*. Dabei halten die Autoren der *Jungen Freiheit* sich mit ideologischen Deutungen auffallend zurück, sie diskutie-

ren in erster Linie die Kosten der Vorhaben und die Wirkung von Klimazöllen (Meyer 2020) sowie die grundsätzliche technologische Machbarkeit (Hämmerling 2020). Für den gewohnten ideologischen Spin sorgt in der JF ein kurzes Interview mit dem AfD-Europaabgeordneten Buchheit (als eingeschobener Kasten bei Hämmerling, 2020). Buchheit kommentiert den *Green Deal* als „ideologisch motivierten Aktionismus“ und „riesiges planwirtschaftliches Spiel“. In der Zeitschrift *Recherche D* führt Buchheit dies weiter aus: im *Green Deal* zeige sich „die ganze Unfähigkeit der arriviert-arroganten und selbsternannten Polit-Elite der EU“. Die Vorhaben seien „unvorstellbar“, „Europas Bevölkerung werde schrittweise entmündigt und enteignet“. Es handle sich um ein „planwirtschaftliches Machwerk“ und um „machtversessene und verantwortungslose Schönfärberei“ (Buchheit 2020). Inhaltlich kritisiert er Eingriffe in die Bauordnungen, die Förderung von E-Mobilität und Windkraftausbau und die Finanzierungsmodalitäten für Investitionen.

Eine Planwirtschaft sieht durch den *Green Deal* auch der EIKE-Beirat Edgar Gärtner³³ in der Zeitschrift *eigentlich frei* bzw. textgleich auf der EIKE-Homepage heraufziehen (Gärtner 2020b). Seine Argumentationsstruktur nähert sich der des WBGU-Transformationsdiskurses an. Er bemüht die Fehlplanungen der Sowjetunion und Chinas mit Millionen von Hungertoten als abschreckende Assoziation und versteigt sich zu der Aussage: „In die Kategorie Pseudowissenschaft gehört sicher auch der Narrativ von der menschengemachten globalen Erwärmung. Er ist nur vergleichbar mit der Rassenideologie des

32 Siehe Plenarprotokoll 19/125 vom 08.11.2019, Plenarprotokoll 19/150 vom 06.03.2020 und Plenarprotokoll 19/176 vom 17.09.2020.

33 Gärtner ist Hydrobiologe und freiberuflicher Autor, er wurde von der AfD-Bundestagsfraktion im Juni 2019 als Sachverständiger zum Thema „Welternährung und Klimawandel“ in den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geladen. Seine schriftliche Stellungnahme in diesem Gremium beginnt mit der Aussage „Es gibt auf der Erde kein physisches System namens Klima“ (Deutscher Bundestag - Öffentliche Anhörung zum Thema „Welternährung und Klimawandel“).



Nationalsozialismus“ (Gärtner 2020b, S. 46). In der Zeitschrift *ZUERST!* befürchtet der Autor Dirk Meyer durch den *Green Deal* insbesondere hohe Belastungen für die Bürger und Verbraucher und Deutschland, Arbeitsplatzabbau und einen erhöhten Migrationsdruck aus Afrika. Meyer weist auf den Ursprung der *Green-Deal*-Konzepte bei NGOs und Grünen hin. Außerdem hat er den Internetblog Tichys Einblick gelesen, auf dem vor einer „*Transformation der Marktwirtschaft*“, der „*fortgesetzten Verzahnung von Kapital und Staat*“ und der Festigung von Macht durch moralische statt demokratischer Legitimation („*Moralpolitik*“) gewarnt werde.

Auch das *Green-Deal*-Motiv ist, wie die vorgestellten rechten Quellentexte zeigen, in Ansätzen zu einer klimapolitischen Verschwörungserzählung von der „*planwirtschaftlichen Umgestaltung der Welt durch eine selbsternannte Polit-Elite auf der Basis pseudowissenschaftlicher Klimathesen*“ umgedeutet worden. Es scheint jedoch durch die kurz darauf einsetzende, alles dominierende Coronakrise keine dynamische Verbreitung gefunden zu haben. Die AfD übernimmt das Motiv insofern in ihr Wahlprogramm von 2021, als sie den *Green Deal* als „*substantielles planwirtschaftliches Projekt*“ ablehnt und versucht auf dieser Folie ihr eigenes Programm als „*Blue-Deal*“-Gegentwurf zu etablieren (vgl. Kellershohn 2021). Zwar konnte sich der *Green Deal* bisher nicht als Verschwörungserzählung für ein größeres Publikum etablieren, das AfD-Programm nimmt aber stattdessen mit dem Ausdruck *Great Reset* auf die dominante Verschwörungsideologie der Coronakrise Bezug. Und es ist vermutlich kein Zufall, dass der Ausdruck im klimapolitischen Programmteil erscheint. Der AfD-Abgeordnete Hilse drückte es im Bundestag so aus: „*die große Transformation – neuerdings ‚Great Reset‘ genannt [...] sieht nichts anderes vor, als den Sozialismus weltweit mittels einer zu errichtenden Ökodiktatur wieder einzuführen*“ (Plenarprotokoll 19/188 vom 04.11.2020; eigene Hervorh.).

The Great Reset ist eine globale Verschwörungsideologie, die in Deutschland durch die „*Querdenker*“-Bewegung verbreitet wurde (vgl. Schmid 2020; Balzer 2020). Sie bezieht sich dem Namen nach auf ein Buch des Gründers des Weltwirtschaftsforums Klaus Schwab und verspinnt dessen Inhalt mit klassischen antisemitischen Motiven über Pläne einer Weltelite zur Errichtung einer globalen Gesundheitsdiktatur und einer „*Neuen Weltordnung*“. Auf der Homepage des EIKE-Vereins³⁴ liest sich das in einem Text des oben schon erwähnten Edgar L. Gärtner folgendermaßen:

„*Es handelt sich um den Versuch, die westlichen Industrieländer ingenieurmäßig dem chinesischen Modell entsprechend umzubauen.* (Gärtner 2020a) (...) „*[D]ie Verfasser [sehen sich] in der Rolle ‚Erleuchteter‘, die den Menschen den Weg zu einer neuen Weltordnung nachhaltiger Fairness*

weisen.“ (Gärtner 2020a) „*[E]ine selbsternannte globale Elite von Konzernlenkern, Milliardären, Berufspolitiker, Spitzenbeamten von Organisationen der UN und Vertretern so genannter Nichtregierungsorganisationen (NGO) [ist] dabei (...), die Coronakrise für die Beschleunigung des Umbaus des Weltsystems im Sinne der von der UN-Vollversammlung beschlossenen Agenda 2030 durch „global governance“ zu nutzen*“ (Gärtner 2020a) „*Winzige Roboter (Nano-Bots) in unseren Blutgefäßen sollen die Heilung von Krankheiten übernehmen. (...). Die Grenzen der menschlichen Intelligenz sollen durch ins Gehirn implantierte Chips überwunden werden. Hinzu kommen weitere Anleihen bei Wunschbildern des Transhumanismus wie vor allem die Hoffnung auf [...] [den] Einsatz [von] Nano-Bots im Immunsystem und der Remote Reprogrammierung von Hirn-Prothesen*“ (Gärtner 2020a).

Hoffnung sei aber glücklicherweise in Sicht, denn:

„*(...) viele Menschen [wollen] in der aktuellen Corona-Epidemie oder bei der scheinbar drohenden Klimakrise nicht den anscheinend vernünftigen Argumenten derer folgen (...), die ihre Seele längst verkauft haben*“ (Gärtner 2020a) „*Es wird sich immer wieder Widerstand gegen die Entwurzelung und Gleichschaltung der Menschen regen. Deshalb müssen alle Versuche, eine auf Gleichschaltung beruhende neue Weltordnung herzustellen, im Chaos enden*“ (Gärtner 2020a)³⁵

In die politische Praxis des Bundestages wurde der *Great Reset* im Mai 2021 durch zwei AfD-Anträge getragen, die die Elemente des verschwörungsideologischen Diskursstrangs reproduzieren. Demnach stehe der *Great Reset* ebenso wie der *Europäische Green Deal* für eine öko-sozialistische Planwirtschaft. Der Antragstext nimmt sogar das aus dem WBGU-Transformationsdiskurs bekannte Motiv auf, die Existenz und Arbeit von Beratungsgremien (hier: Rat für Nachhaltige Entwicklung und Sachverständigenrat für Umweltfragen) zu delegitimieren, zu diskreditieren und als „*schleichende Abkehr vom Parlamentarismus*“ anzugreifen (Bundestagsdrucksache 19/29696).

Mit der Nennung der beiden feststehenden Ausdrücke „*Große Transformation/ Great Reset*“ als gedankliche Einheit im klimapolitischen Teil ihres Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021 verknüpft die AfD diese Verschwörungsideologien im Sinne der dargestellten Traditionslinie. Offenbar können sich die Programmautoren an dieser Stelle noch nicht zu einem kompletten Umstieg auf das neue Motiv durchringen, wollen sich aber die Chance nicht entgehen lassen, ein Signal an den querdenkenden Teil der Wahlbevölkerung zu senden, und zugleich den Widerstand gegen den Klimaschutz mit einer modernisierten ideologischen Rahmung zu versehen.

34 In der Artikelvorschau auf der EIKE-Homepage ist als Autor Edgar Gärtner angegeben, beim Gesamttext erscheint als Autorenangabe „admin“ bzw. „EIKE-Team“; auf seiner Homepage veröffentlicht Gärtner eine verschärfte Fassung unter seinem Namen.

35 In der Textfassung auf Gärtners Homepage lautet der letzte Halbsatz: „(...) im Chaos eines Bürgerkriegs enden“.

Allerdings steht die AfD nicht alleine in dieser Traditionslinie. So wie 2011 in der sich als bürgerlich verstehenden Zeitung *Welt* das WBGU-Gutachten von seinen klimawissenschaftlichen und klimapolitischen Inhalten entkontextualisiert und diskreditiert wurde, so greift im Jahr 2021 der sich ebenfalls als bürgerlich verstehende, als CDU-Bundestagskandidat gescheiterte frühere Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen alle Elemente dieses verschwörungsideologischen Diskursstranges auf. In einem Exklusivinterview mit dem rechtspopulistisch-verschwörungsideologischen Medium *Epoch times* äußerte er sich, nach dem Great Reset gefragt, folgendermaßen: „Ich verstehe unter dem, was Klaus Schwab und auch andere in Davos und auch anderswo diskutieren, eine Transformation und auch Umgestaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Es wird auch von einer großen Transformation gesprochen, darunter ist zu verstehen, dass die Wirtschaft zum Beispiel klimaneutral werden sollte“ um dann im nächsten Absatz auf das Motiv einer abgehobenen Elite und schließlich auch noch auf das Kommunismus- und Totalitarismus-Motiv zu kommen: „Derartige Gedankenspielerien machen mir Sorgen, weil sie mich an kommunistische Gedankenspielerien erinnern, wo kommunistische ‚Pseudowissenschaftler‘ am Tisch saßen und herumfantasierten, wie die Menschen zu leben haben“ (Maaßen und Lilge-Stodieck 2021).

Das Interview von Maaßen zeigt zweierlei: einerseits die Langlebigkeit, andererseits die Anpassungsfähigkeit des Transformations-Diskursstrangs. Maaßen nutzt, wie schon seine Vorläufer in der *Welt* und der *Jungen Freiheit* zehn Jahre zuvor, die strategische Funktion des Topos zum Derailment, zur Ablenkung von den eigentlichen klima-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Inhalten der Ursprungstexte und sät Zweifel an der Legitimation und Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Expertise. Letztlich beteiligt er sich an einem Diskurs, der einer geteilten gesellschaftlichen Realitätswahrnehmung auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse den Boden entzieht.

LITERATURVERZEICHNIS

- AfD-Alternative für Deutschland (Hg.) (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Online verfügbar unter https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/05/2021-05-20-_-AfD-Bundestagswahlprogramm-2021.pdf.
- AfD-Fraktion im Bundestag (Hg.) (2019): Dresdener Erklärung der umweltpolitischen Sprecher der AfD im Bundestag und den Landtagsfraktionen. Online verfügbar unter <https://www.afdbundestag.de/wp-content/uploads/sites/156/2019/07/Dresdener-Erkla%CC%88rung-V7.pdf>.
- Balzer, Erika (2020): Neue Verschwörungserzählung: „The Great Reset“ - Angst vor digitaler Gesundheitsdiktatur. Belltower News. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/neue-verschwörungserzaehlung-the-great-reset-angst-vor-digitaler-gesundheitsdiktatur-108059/>, zuletzt aktualisiert am 13.01.2021.
- Barthel, Josefine (2017): Schellnhubers Masterplan. In: *Compact Spezial* (15), S. 50–52.
- Buchheit, Markus (2020): Der Green Deal und die Bilanzkosmetik der EU. In: *Recherche D* (9), S. 42–43.
- Europäische Kommission (11.12.2019): Der europäische Grüne Deal. Online verfügbar unter https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0021.02/DOC_1&format=PDF.
- Gärtner, Edgar L. (2020a): Der „Great Reset“ und die Utopie des Transhumanismus. Hg. v. EIKE - Europäisches Institut für Klima & Energie. Online verfügbar unter <https://eike-klima-energie.eu/2020/11/26/der-great-reset-und-die-utopie-des-transhumanismus/?print=pdf>.
- Gärtner, Edgar L. (2020b): Die planwirtschaftliche Versuchung. Auf dem Weg zum Europa des „Green Deal“. Frankreich unter Macron. In: *eigentümlich frei* (206), S. 44–47.
- Hämmerling, Josef (2020): Am Ende werden alle nur verlieren. In: *Junge Freiheit*, 06.03.2020 (11/20), S. 12.
- Hinz, Thorsten (2011): Im Dienste der Weltrettung. In: *Junge Freiheit*, 15.07.2011 (29), S. 7.
- Keller, Christoph (2017): Warmlaufen für die Große Transformation. In: *Junge Freiheit*, 18.08.2017 (34/17), S. 22.
- Maaßen, Hans-Georg; Lilge-Stodieck, Renate (2021): Exklusiv-Interview mit H.-G. Maaßen: „Sehr reizvoll für Medien und Politiker, mit Ängsten zu arbeiten“. Online verfügbar unter <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/exklusiv-interview-mit-h-g-maassen-sehr-reizvoll-fuer-medien-und-politiker-mit-aengsten-zu-arbeiten-a3425768.html>, zuletzt aktualisiert am 21.01.2021.
- Meyer, Dirk (2020): Grüne Drohung aus Brüssel. In: *Junge Freiheit*, 31.01.2020 (06/20), S. 10.
- Schmid, Mirko (2020): Neue Verschwörungstheorie über Joe Biden: „Great Reset“ verbindet Mikrochips, Menschenroboter und Sesamstraße. In: *Frankfurter Rundschau*, 27.11.2020. Online verfügbar unter <https://www.fr.de/politik/great-reset-verschwörungstheorie-joe-biden-mikrochips-menschenroboter-sesamstrasse-90114507.html>.
- Vahrenholt, Fritz (2011): Ökodiktatur pur. In: *Die Welt*, 27.05.2011, S. 2.
- WBGU (Hg.) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten. 2., veränd. Aufl. Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen. Berlin. Online verfügbar unter https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf.
- Weizsäcker, Carl Christian (2011): Die Große Transformation: ein Luftballon. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.09.2011, S. 12.

Dr. Andrea Becker ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin, B. sc. (Psychologie) und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) e.V.



Ein- und Ausschließungsmuster in der Bevölkerung

Von Peter Höhmann

0. VORBEMERKUNG

Der Beitrag stellt unterschiedliche Einstellungen in der Gesellschaft dar, die gegenüber der nicht deutschen Bevölkerung eingenommen werden. Ablehnende Haltungen werden hierbei als ein Zuweisungsvorgang verstanden. Dieser ist darauf ausgerichtet, Personen symbolisch und real als Andere auszugrenzen und damit zugleich die Grenzen der eigenen Gruppe bestimmen zu wollen. Dieser Schließungsprozess nimmt verschiedene Formen an und ist regelmäßig und nicht nur in Beziehung zur nationalen Zugehörigkeit umstritten.³⁶

Das Thema steht in vielfältigen Zusammenhängen. Ich konzentriere mich auf drei Schwerpunkte, die für die aktuelle Situation in der Bundesrepublik beschrieben werden: Der erste befasst sich mit der Verbindung zwischen den ungleichen Lebenslagen in der Gesellschaft und entsprechenden Distanzierungsformen. Ein zweiter Gesichtspunkt nimmt die äußere Erkennbarkeit der nationalen Zugehörigkeit in den Blick und stellt damit eine ablehnende Haltung in einen Zusammenhang, in dem sie mit der besonderen Bindung an die eigene Nation legitimiert werden kann. Zum Dritten

gehe ich darauf ein, wie die verschiedenen Einstellungen innerhalb der politischen Parteien integriert sind. Bei diesen Parteibindungen geht es in erster Linie darum, die Pluralität politischer Meinungen darzustellen. Darüber hinaus verweisen sie auch darauf, wie persönliche Einstellungen organisiert verfestigt werden.

Grundlage des Beitrags sind Befragungsdaten aus der Allgemeinen Bevölkerungsstudie der Sozialwissenschaften (ALLBUS). Der Schwerpunkt der Auswertungen bezieht sich auf die bisher letzte Erhebung aus dem Jahr 2018.

1. LEBENSLAGEN, PERSÖNLICHE UNSICHERHEIT UND AUSSCHLIESSUNG

Aktuell ist in der politischen Öffentlichkeit sichtbar, dass sich unter den ungleichen Lebensbedingungen überwiegend Personen mit geringer Handlungsautonomie gegenüber der nicht deutschen Bevölkerung abgrenzen. Entsprechend deutlich zeigen sich Zusammenhänge zwischen Angaben zur Ausbildung, zu den beruflichen Tätigkeiten oder zur Höhe des Haushaltseinkommens.

So variiert etwa die Ausschlussbereitschaft von Personen, die sich selbst nach der Befragung des Jahres 2018 im unteren, mittleren oder oberen Segment der Gesellschaft einstufen, zwischen 57,2%, 38,2% und 17,2% in der jeweiligen Gruppe.³⁷ Die unterschiedlichen Lebenslagen und Handlungsspielräume in den einzelnen Bevölkerungsgruppen sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Mit den ungleich verteilten Chancen werden zugleich divergierende Deutungs- und Dramatisierungsmuster wirksam, die gerade unter den bestehenden ökonomischen Konkurrenzbedingungen als diffuse Bedrohung und als Aufforderung zu aktiven wie passiven Reaktionen aktivierbar sind. Derartige Befürchtungen können politisch instrumentalisiert werden, so wie dies etwa bei der Vorstellung vom Bestehen einer Leitkultur geschieht.³⁸ In diesem Sinne wirken Deutungen als Auslöser, über den ein Ausschluss von Nicht-Zu-

Selbsteinstufung	Unten			Mitte			Oben		
Unsicherheit:	gering	mittel	stark	gering	mittel	stark	gering	mittel	stark
Schließung:									
gering	68,6	44,0	27,2	80,1	57,4	29,6	87,8	78,4	54,5
stark	31,4	56,0	72,8	19,9	42,6	70,4	12,2	21,6	45,5
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
N	194	364	346	829	704	375	238	97	33

Tabelle 1: Stärke sozialer Schließung nach Unsicherheit und Ungleichheit (%)

36 Vgl. zu der Systematik von Ausgrenzungen in der Gegenwartsgesellschaft Max Horkheimer 1991, S. 43. Die unterschiedlichen Ausgrenzungsformen mit den dabei auftretenden Konflikten wurden an vielfältigen Fallbeispielen im Rahmen des so genannten Labeling-Ansatzes ausgearbeitet.

37 Bei der erfragten Selbsteinstufung der Befragten im System sozialer Schichtung wurden die in der Studie dokumentierten Antworten zur Selbsteinstufung als „Unterschicht und Arbeiterschicht“, „Mittelschicht“ sowie „obere Mittelschicht und Oberschicht“ zu drei Gruppen zusammengefasst.

38 Diese Dramatisierung durch die Erfindung besonderer Etikette wurde anhand verschiedener Beispiele beschrieben und ist als Auslöser genereller Distanz im Umgang mit Fremden und Außenseitern besonders sichtbar.

Nationalgefühl	hoch			gering		
Unsicherheit:	gering	mittel	hoch	gering	mittel	hoch
Ausschließung:						
gering	88,1	71,3	43,5	79,8	55,0	26,6
hoch	11,9	28,7	56,5	20,2	45,0	73,4
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
N	481	366	147	796	813	613

Tabelle 2: Soziale Ausschließung nach Unsicherheit und Nationalgefühl (%)

gehörigen erfolgt und legitimiert wird.³⁹ In der Folge ist davon auszugehen, dass unter hoher Unsicherheit, wie sie besonders in benachteiligten Lebenslagen zu erwarten ist, auch eine starke Ausschließung gegenüber der ausländischen Bevölkerung auftritt.

Die Tabelle 1 zeigt hierzu den Zusammenhang zwischen dem Ausmaß sozialer Schließung gegenüber der nicht deutschen Bevölkerung in Abhängigkeit von der Intensität der eigenen Unsicherheit unter ungleichen Lebensbedingungen an.⁴⁰ Sie veranschaulicht dabei zugleich das unterschiedliche Ausmaß, zu dem die persönliche Lage in dieser Situation als unsicher beschrieben wird. Unter den Befragten, die sich in der sozialen Hierarchie eher im unteren Teil einstufen, fühlt sich nur ein Fünftel eher sicher, aber mehr als ein Drittel besonders unsicher. Im oberen Teil geben demgegenüber knapp zwei Drittel bzw. 238 der 368 befragten Personen dieser Gruppe an, dass sie sich eher sicher fühlen.

Die Bereitschaft, nicht deutsche Bevölkerungsteile auszuschließen, ist sowohl bei Befragten, die sich im unteren (72,8%), wie im oberen Teil der ungleichen Gesellschaft einstufen (45,5%), ganz durchgehend und in außerordentlich starkem Maße mit einer unsicheren Lebenssituation der Person verbunden. Die Schließungstendenz ist weniger

ausgeprägt, wenn Konfliktpunkte etwa im Wohnumfeld oder vielen anderen Teilen des Lebensalltags weniger häufig oder intensiv auftreten. Unter den eher sicheren Befragten sinkt darüber der Anteil, der sich gegenüber der nicht deutschen Wohnbevölkerung abschnitten will, von 31,4% auf 12,2%.

2. UNSICHERHEIT UND NATIONALE ZUGEHÖRIGKEIT

Der Ausschluss von Bevölkerungsgruppen wird auf verschiedene Weise gerechtfertigt. Immer geht es dabei darum, gute Gründe für das Herstellen von Differenz vorzubringen und die nicht dazugehörige Position des Anderen zu demonstrieren. Die Schließungsformen reichen von subtilen sprachlichen Zuschreibungen bis hin zu massiven Vertreibungen. In diesem Zusammenhang bildet die nationale Zugehörigkeit zunächst nur einen offenen Rahmen, der unterschiedlich aufgegriffen wird. Er wird nicht nur äußerlich über den Personalausweis repräsentiert, sondern zugleich als persönliches Nationalgefühl exklusiv interpretiert und kann so als soziales Ausschließungskriterium etwa über den Abbruch von Kommunikation, über diskriminierende Parolen bis hin zu Übergriffen soziale Bedeutsamkeit erhalten.⁴¹

Die Analyse bestätigt dazu, dass auch die individuelle Koppelung von Unsicherheit und Nationalgefühl als Abgrenzungsmerkmal instrumentalisiert wird. Bei ausgeprägtem Nationalgefühl steigt daher auch die Schließung nach außen deutlich an.

Besonders deutlich fallen die Differenzen bei Extremgruppen aus, wie die Angaben in der Tabelle 2 zeigen. Bei hoher Unsicherheit und Stolz auf die eigene Nation stehen knapp drei Viertel (73,4%) der Befragten für eine ausschließende Distanz gegenüber der nicht deutschen Bevölkerung. Bei geringer Unsicherheit und geringem Nationalgefühl liegt dieser Wert lediglich bei 11,9%. Insgesamt verstärkt der Bezug auf die Nation durchgängig die Abschließung nach außen, die durch einen als unsicher wahrgenommenen Alltag ausgelöst wird.

Im Hintergrund wird darüber zugleich ein markanter Bruch in der Gesellschaft angezeigt, der sich nach den Erhebungsdaten in den letzten 10 Jahren deutlich ausgeweitet hat und auf eine zunehmende ökonomische wie auch soziale Spaltung im Alltag der einzelnen Bevölkerungsgruppen hinweist.⁴² Personen mit hoher Qualifikation und recht hohem Lebensstandard stehen auf der einen Seite. Ihnen stehen eben jene sicherheitsgenerierenden Teilnahmemöglich-

39 Vgl. hierzu etwa Raymund Murphy 1988, Teil III, The Rationalization of Exclusion and Monopolization.

40 Für die Schließung gegenüber der nicht deutschen Bevölkerung habe ich mich auf die Zustimmung oder Ablehnung der Aussage bezogen, Deutschland sei gefährlich überfremdet. Das Merkmal Unsicherheit verknüpft die Antworten zum Vertrauen in Mitmenschen, zum Desinteresse von Politikern an der persönlichen Situation sowie zur Angabe, die soziale Lage habe sich für einfache Leute verschlechtert.

41 Diese Ausweitung ist jedoch nicht zwingend. So betonte auch Weber in seiner Analyse verschiedener Ausprägungen des Nationalgefühls, „daß die mit dem Sammelnamen ‚national‘ bezeichneten Gemeinschaftsgefühle nichts Eindeutiges sind.“ (Max Weber 1964, S. 316).

42 So ist etwa die Möglichkeit ein Hochschulstudium aufzunehmen im 10-Jahreszeitraum in der einen Gruppe von 42,4% auf 51,0% gestiegen und in der zweiten von 8,7% auf 11,3%. Auch die Angaben über die jeweilige wirtschaftliche Lage belegen den sozialen Bruch zwischen den beiden Gruppen.



keiten zur Verfügung, die anderen verschlossen bleiben.

3. SOZIALE AUSSCHLIESSUNG UND POLITISCHE INTEGRATION

Die gesellschaftliche Bedeutung der Einstellungen gegenüber der nicht deutschen Bevölkerung tritt auch in politischen Präferenzen hervor, über die die unterschiedlichen Einstellungen sozial integriert werden können. Die hier zugrunde gelegte Studie hat dazu nach dem Wahlverhalten sowie nach der Parteipräferenz gefragt. Bei dem zweiten Merkmal fällt zunächst auf, dass sich nur etwa die Hälfte der Befragten und damit weniger als bei der Frage nach der Wahlentscheidung an eine der Parteien gebunden fühlt. Die bestehenden Präferenzen sind zudem ungleich verteilt. In der Gruppe, die sich für ein ausgeprägtes Nationalgefühl wie auch den Ausschluss der nicht deutschen Bevölkerung einsetzt, benennen lediglich 53,4% der Befragten eine Vorliebe für eine der politischen Parteien. Dieser Personenkreis neigt aber, wie die folgende Auswertung zeigt, eher einer radikalen Partei zu. Im Unterschied dazu geben Personen, die sich weder als nationalbewusst verstehen, dennoch aber Nicht-Deutsche ausschließen wollen, zu 68,5% eine Parteipräferenz an. In der 10 Jahre zuvor durchgeführten Befragung lag dieser Anteil noch bei knapp 60%, was auf eine asymmetrische Politisierung hindeutet, die wohl unter dem Eindruck der Zuwanderungen in diesem Zeitraum erfolgt ist.

Ich will die unterschiedliche Integration in das Parteiensystem wieder an zwei Kontrastgruppen veranschaulichen. Die eine setzt sich aus Personen zusammen, die sich sicher fühlen, kein oder ein geringes Nationalgefühl aufweisen und ein offenes Verhältnis zur nicht deutschen Wohnbevölkerung angeben. Ihr gegenüber steht eine Gruppe, die sich als unsicher einstuft, stolz auf ihre deutsche Nationalität ist und ausgeprägte Barrieren gegenüber der nicht deutschen Bevölkerung aufbaut. Für beide Gruppen zeigt die folgende Tabelle 3 markante

Kontrastgruppen				
Unsicherheit:	gering		hoch	
Nationalgefühl:	gering		hoch	
Ausschließung:	gering		hoch	
Jahr	2008	2018	2008	2018
Parteipräferenz				
CDU/CSU	20,0	18,3	49,0	38,3
SPD	37,6	28,3	33,1	27,2
FDP	6,4	4,0	5,0	4,8
Grüne	30,4	33,0	1,3	1,4
Linke	5,6	15,8	8,4	7,2
AFD		0,3		20,1
NPD/Rep	0,0		2,1	
Andere	0,0	0,3	1,1	1,0
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0
N	125	297	239	209

Tabelle 3: Parteipräferenz nach Ausschließung, Unsicherheit und Nationalgefühl. Zwei Extremgruppen im Vergleich (%)

Unterschiede in der Parteipräferenz. Zugleich verweist sie in der Gegenüberstellung der Daten aus den Jahren 2008 und 2018 auf deutliche Veränderungen im letzten Jahrzehnt.

In der „liberalen“ Gruppe mit den geringen Merkmalsausprägungen besteht nach der Erhebung des Jahres 2018 die größte Nähe zur Partei der Grünen (33,0%). Die Präferenz zu den Linken erreicht mit 15,8% fast das Niveau der CDU/CSU. Diese Partei wird in der Gruppe mit hohen Merkmalsausprägungen hingegen am häufigsten genannt. Ihr Zugang zu den Grünen mit lediglich 1,4% ist hingegen fast bedeutungslos. Besonders auffällig ist mit 20,1% vor allem die Präferenz für die AFD, die in dieser Befragtengruppe in Ostdeutschland mit 33,3% erheblich stärker als im Westen vertreten ist. Im Zeitverlauf konnte die AFD vor allem die Stimmenverluste der CDU/CSU und im Osten auch durch Verluste bei den Linken für sich verbuchen.

Die Unterschiede in der Parteipräferenz veranschaulichen zugleich die oben angesprochene asymmetrische Politisierung. Hierfür spricht auch, dass sich die Zahl der Personen, die der ersten Gruppe zuzuordnen sind, zwischen 2008 und 2018 von 125 auf 297 Personen mehr als verdoppelt hat. In der zweiten Grup-

pe ist die Zahl der Personen hingegen leicht rückläufig.

Einer zunehmenden Integrationsbereitschaft steht eine zunehmende Präferenz für die AFD gegenüber, die nunmehr nicht nur als persönliche Haltung, sondern parteigebunden als Organisation für den wachsenden Ausschluss der nicht deutschen Bevölkerung eintritt. Die Unterstützung dieser Partei ist aber auch deshalb von besonderem Interesse, weil sie auf eine neue und vermutlich nachhaltige Integrationsfähigkeit hinweist. Denn die vergleichsweise hohen Bindungswerte wurden für die ebenfalls zur rechten Szene zählenden Republikaner und NPD weder für das Jahr 2008 noch für weiter zurückliegende Zeitpunkte erreicht, selbst wenn zuvor unter dem Stichwort Protestwahl eine in diesem Punkt vergleichbare Entwicklung, aber eher kurzfristig und auf geringem Niveau beobachtet werden konnte.

4. FAZIT

Der Blick auf die dargestellten Schließungsmuster anhand der Merkmale Unsicherheit, Nationalgefühl und politischer Integration bleibt unvollständig, wenn er Verhältnisse ausblendet, die die Grundlage für diese Ausschließungsformen legen und zunehmend Brüche in der Gesellschaft erzeugen. Hinter den

vorgestellten Daten stehen damit im Besonderen auseinanderdriftende soziale und ökonomische Verhältnisse. Ein nennenswerter Teil der Bevölkerung mit reduzierten Teilhabechancen sieht sich Konkurrenzformen ausgesetzt, in denen er kein Vertrauen darin hat sich in seiner Lebenslage zu behaupten. In dieser Situation bietet die kulturelle Schließung über die Betonung der eigenen Nationalität einen Artikulationsraum und darüber scheinbar die Möglichkeit, die eigene Autonomie zu wahren.⁴³ Bemerkenswert, wenn auch unter den aktuellen Marktbedingungen nicht überraschend, ist die Koppelung, über das persönliche Nationalgefühl auf die für den Anderen gerade nicht gegebene gemeinschaftliche Verankerung zu verweisen. Diese Koppelung ist nicht allein Grundlage persönlicher Distanzierung.⁴⁴ Sie ist zugleich die Voraussetzung dafür, Ausschließungen gegenüber dem „Fremden“ als Partei zu organisieren.

Etwas mehr Diversität im Bundestag

ABER DER FLÜCHTLING TAREQ ALAOWS MUSS SEINE KANDIDATUR ZURÜCKZIEHEN

Im Frühjahr 2021, genauer am 02.02., verkündete das Bündnis 90/die Grünen Oberhausen und Dinslaken die Bundestagsdirektkandidatur von Tareq Alaows. Exakt neun Wochen später ließ diese Parteistelle per Pressemitteilung verlauten, dass er seine Kandidatur zurückzieht. Der Grund dafür war eine Bedrohungslage für ihn, seine Familie in Syrien und sein unmittelbares Umfeld, die sich auch durch rassistische Anfeindungen in nur neun Wochen Kandidatur entwickelt hat. Daraufhin erfolgte eine große Welle der Solidarität auf Twitter unter dem Hashtag *#SolidaritätMitTareq*, der zeitweise auf Platz eins der deutschen Twitter Trends lag. Doch auch vor dem Rückzug war das Interesse an seiner Person und Kandidatur groß. Nicht selten wurde getitelt, dass Alaows der erste syrische Flüchtling im deutschen Bundestag werden könnte.

Sechs Monate später fand die Bundestagswahl 2021 statt. Im Vergleich zu der Legislaturperiode 2017–2021 ist der Altersdurchschnitt der Bundestagsabgeordneten leicht gesunken und die Anteile der Frauen und der Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind leicht gestiegen. Sie liegen aber immer noch deutlich unter denen in der Gesamtbevölkerung. Deutlich überrepräsentiert sind hingegen beispielsweise Akademiker*innen. Wünschenswert wäre ein Bundestag, in dem sich alle gesellschaftlichen Gruppen angemessen repräsentieren könnten.

Wünschenswert wäre ein Bundestag, in dem sich alle gesellschaftlichen Gruppen angemessen repräsentieren könnten.

LITERATUR

- Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt 1987.
- Max Horkheimer, *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*, in: Max Horkheimer, *Gesammelte Schriften*, Band 6, Frankfurt 1991.
- Raymond Murphy, *Social Closure. The Theory of Monopolization and Exclusion*, Oxford 1988.
- Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1964.

Dr. Peter Höhmann, Oberkirchenrat i.R., ist Mitglied im AK Kritische Gesellschaftstheorie im DISS.

Alaows bewarb sich aus diesem Grund auf ein Mandat für den deutschen Bundestag. Er wollte eine Stimme für hunderttausende Geflüchtete sein und durch seine eigenen Erfahrungen einen neuen Blickwinkel in den Bundestag bringen. Alaows, der 2015 über die Balkanroute aus Syrien nach Deutschland floh, studierte in Syrien Jura und war dort beim roten Halbmond aktiv, um humanitäre Hilfe zu leisten und Menschenrechtsverletzungen dokumentieren zu können. Nach seiner Ankunft in Deutschland und während seines Aufenthaltes in den Flüchtlingsunterkünften lernte er eigenständig deutsch und wurde auch hier politisch aktiv. Er organisierte mit und für die Bewohner*innen der Unterkünfte Demos für bessere Bedingungen und war später Teil des Bündnis Seebrücke. Arbeit fand er in Deutschland als Berater für Asyl- und Aufenthaltsrecht. Der Partei Bündnis/90 die Grünen schloss er sich an, weil sein politischer Schwerpunkt auf Migrations- und Klimapolitik und deren Wechselwirkungen lag. Durch dieses Engagement war sein Antrag auf Ermessenseinbürgerung erfolgversprechend. Das war von großer Bedeutung für ihn, weil Geflüchtete sonst in Deutschland frühestens nach sechs Jahren eine Chance auf Einbürgerung haben.

Für rechtspopulistische Strategien extremer Rechter, die sich an der Vorstellung eines Geflüchteten im deutschen Bundestag störten und dies verhindern wollten, lag hier bereits nach Ankündigung seiner Kandidatur der erste Angriffspunkt. Sie

43 Die Bedeutung kultureller Selbstdarstellungs- und Schließungsformen in der Konkurrenz und als Mechanismus, Autonomie aufrechtzuerhalten, wird vor allem bei Pierre Bourdieu besonders hervorgehoben. Vgl. dazu etwa Pierre Bourdieu 1987, Abschnitt 2, *Der Sozialraum und seine Transformationen*.

44 Das angesprochene Muster als Grundlage für einen markanten Bruch in der Gesellschaft findet sich in den entwickelten westlichen Gesellschaften in unterschiedlicher Schärfe, wie europäische Studien, wie etwa der European Social Survey 2018 zeigen.



wurde als PR-Aktion der Partei Bündnis 90/Die Grünen betrachtet. Innerhalb dieser Beiträge fehlte der Hinweis auf die aussichtsreiche Ermessenseinbürgerung, die seine Kandidatur legitimiert hätte. Sie ließen die Aussicht auf die Ermessenseinbürgerung außer Acht, wahrscheinlich um der Kandidatur die dadurch erteilte Legitimation im Diskurs zu entziehen. Nach Alaows Rückzug und dem Bekanntwerden der rassistischen Anfeindungen, wurde der Abbruch seiner Kandidatur mit derselben Argumentation normalisiert. Sinngemäß wäre die Kandidatur ohne Staatsbürgerschaft ohnehin nicht gültig, weswegen die Beendigung seiner Kandidatur nur gerechtfertigt wäre.

Damit findet eine Opfer-Verschiebung statt: Nicht Migrant*innen wie Alaows werden als Hauptopfer von Rassismus gesehen, sondern Deutsche beziehungsweise „unsere“ deutsche Demokratie.

Andere politische Akteur*innen zeigten sich hingegen solidarisch mit Alaows. Sie bedauerten den Rückzug und verurteilten die Gründe dafür. Von einigen Einzelpersonen wurde darüber hinaus auch Verständnis gezeigt, weil sie selbst bereits rassistische Anfeindungen innerhalb ihrer politischen Karriere erlebt hätten und nachvollziehen könnten, wie diese auf Betroffene wirkten.

In meiner Strukturanalyse der Berichterstattungen wird deutlich, dass nicht allein Politiker*innen mit Migrationshintergrund solche Anfeindungen erlebt haben, sondern auch nicht-migrantische Personen. Dazu kommt, dass Personen des öffentlichen Lebens, die für eine humane Asylpolitik einstehen, oftmals zusätzlich bedroht oder angegriffen werden. In der Berichterstattung über Alaows werden als Beleg der Gefahren für diese Fälle wie unter Anderen der NSU 2.0, Initiative Heimatschutz Kinzigtal⁴⁵ oder der Mord an Walther Lübcke genannt. Die Täter der meistens anonymisierten Drohungen bis hin zum Mord werden in den untersuchten Medien als Rechtsextreme, rechte Terrororganisationen, rechtes Spektrum, Neonazis, Gegner der Demokratie und Antidemokraten bezeichnet. Insbesondere die letzten beiden Bezeichnungen haben in dem Fall Tareq Alaows eine besondere Bedeutung, weil in den untersuchten Beiträgen die deutsche Demokratie als das Hauptopfer des Falles herausgestellt wird. Oft wird von einer Schande für die deutsche Demokratie geschrieben oder, dass die Gründe für Alaows Rückzug erbärmlich für unsere Demokratie seien.

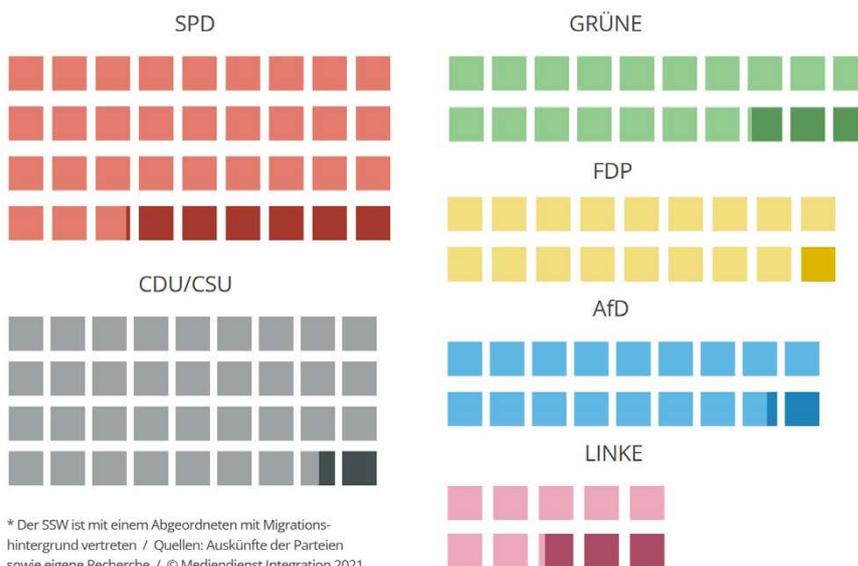
Damit findet eine Opfer-Verschiebung statt: Nicht Migrant*innen wie Alaows werden als Hauptopfer von Rassismus gesehen, sondern Deutsche beziehungsweise „unsere“ deutsche Demokratie. Dadurch verschiebt sich auch die Wahrnehmung der Täter*innen: Rassismus wird auf die extreme Rechte reduziert und so verdrängt,

obwohl er eigentlich ein Phänomen der ganzen Gesellschaft ist. In der Politik aber auch in der Gesamtgesellschaft verhindern solche rassistischen und diskriminierenden Anfeindungen die Teilhabe von Personen, die – wie im Fall der Politik – häufig genug unterrepräsentiert sind.

Zwar wird in den untersuchten Beiträgen eine Entwicklung in dem Diskursstrang der politischen und sozialen Teilhabe festgestellt, die besagt, dass es immer mehr Gruppen möglich wird sich im öffentlichen Leben oder der Politik darzustellen und ihre Belange präsentieren zu können. Allerdings steigt das Diskussionspotenzial durch die Zunahme an neuen Gruppierungen, die sich vertreten wollen, weil nun vielmehr Aushandlungsbedarf besteht. Die Gegenrichtung dieser an sich positiven Entwicklung ist, dass eine Zunahme von diskriminierenden Verhaltensweisen und Gewaltandrohungen zu verzeichnen ist.

Alaows politisches Aufstreben sahen einige Personen wohl als Grund nicht die Wahl entscheiden zu lassen, sondern dafür seine Kandidatur durch Drohungen und Anfeindungen zu einem Ende zu bringen. Dadurch wurde einem Politiker mit einem im Bundestag noch nicht vorhandenen Blickwinkel auf die Migrations- und Asylpolitik die Chance verwehrt seine politischen Ideen einzubringen und zeitgleich stellvertretend für hunderte tausende Geflüchtete in Deutschland zu kandidieren.

Marvin Mosters studiert Soziologie an der Universität Duisburg-Essen und hat als Praktikant im DISS die Medienberichterstattung über den Rückzug von Alaows in einer Kritischen Diskursanalyse untersucht.



Bundestag: Abgeordnete mit Migrationshintergrund (2021)

Quelle: Mediendienst Integration (2021).

<https://mediendienst-integration.de/integration/politik.html#c2050> (Abruf 5.11.2021)

45 Hier erhielt der damalige Präsident des hessischen Landkreises im Jahr 2015 auf Grund seines Einsatzes für Geflüchtete und der Bereitstellung von Erstaufnahmeeinrichtungen Morddrohungen von der sogenannten „Initiative Heimatschutz Kinzigtal“

Stolpersteine für schwule Männer

AUCH IN DUISBURG NICHT LÄNGER VERSCHWIEGEN

Von Jürgen Wenke

Das Kunst- und NS-Erinnerungsprojekt „Stolpersteine“ stellt die Erinnerung und Würdigung konkreter Personen in den Mittelpunkt – und weist doch nach inzwischen mehr als 80000 Stolpersteinen in Europa über diese Einzelpersonen hinaus.

Oftmals werden in der Aufzählung, welche Personengruppen mit Stolpersteinen gewürdigt werden können, homosexuelle Männer zwar genannt – aber vor Ort, d.h. in vielen Gemeinden und Städten ist dann festzustellen: Es gibt keine Stolpersteine für verfolgte Homosexuelle, weil es keine Initiative dazu gibt. Auch andere Gruppen sind oftmals „vergessen“, z.B. Euthanasie-Opfer.

Die staatliche Verfolgung homosexueller Männer in Deutschland ist Teil deutscher Geschichte. Von 1871 (Reichsgründung) bis zur Beendigung der staatlichen Repression im Jahr 1994 durch Streichung des §175 aus dem Strafgesetzbuch vergingen fast 124 Jahre. Sprachlich zugespitzt könnte man sagen: Deutschland ist Weltmeister in der Verfolgung homosexueller Männer. Und Weltmeister im Ermorden homosexueller Männer (während der NS-Zeit). Ein beschämendes Faktum. In den zwölf Jahren von 1933-1945 wurden mehrere Tausend Männer in Konzentrationslagern ermordet, in diesem Zeitraum wurden insgesamt ca. 50.000 Männer mittels §175 verurteilt. Verbo-

te von Vereinen, Lokalen, Zeitschriften, Anlegen von Rosa Listen, Folterungen, Kastrationen, Zuchthaus- und Gefängnisstrafen waren Teil der NS-Repressionen. Und nach 1945? Es ging so weiter. Ein Hamburger Forscher brachte es auf den Punkt: Nach 1945 gab es alles, was es auch zur Nazizeit gab – bis auf Konzentrationslager. Der Staat der Bundesrepublik Deutschland (von den Unterschieden zur DDR sei hier nicht die Rede) verfolgte bis 1969 unverändert weiter mittels des im Jahr 1935 verschärften §175/(175a) aus der NS-Zeit. Nach 1945 wurden nochmals etwa 50.000 Männer verurteilt und viele ihrer Lebens- und Zukunftschancen, ihrer Gesundheit und Freiheit beraubt.

Abbild dieses schändlichen deutschen Umganges mit homosexuellen Männern ist auch die geringe Sichtbarkeit von staatlicher Erinnerung – von Kultur zu sprechen verbietet sich angesichts der Marginalität. Erst im Jahr 2018 hat sich Bundespräsident Steinmeier für die Fehler des Staates entschuldigt. Gleichzeitig verweigert bis heute der (noch) amtierende Bundestagspräsident Schäuble, dass im Bundestag eine Gedenkstunde die Verfolgung homosexueller Männer am jährlich wiederkehrenden 27. Januar (Auschwitz-Befreiungstag) in den Mittelpunkt stellt. Mehrjährige Initiativen dazu wurden abgeschmettert.

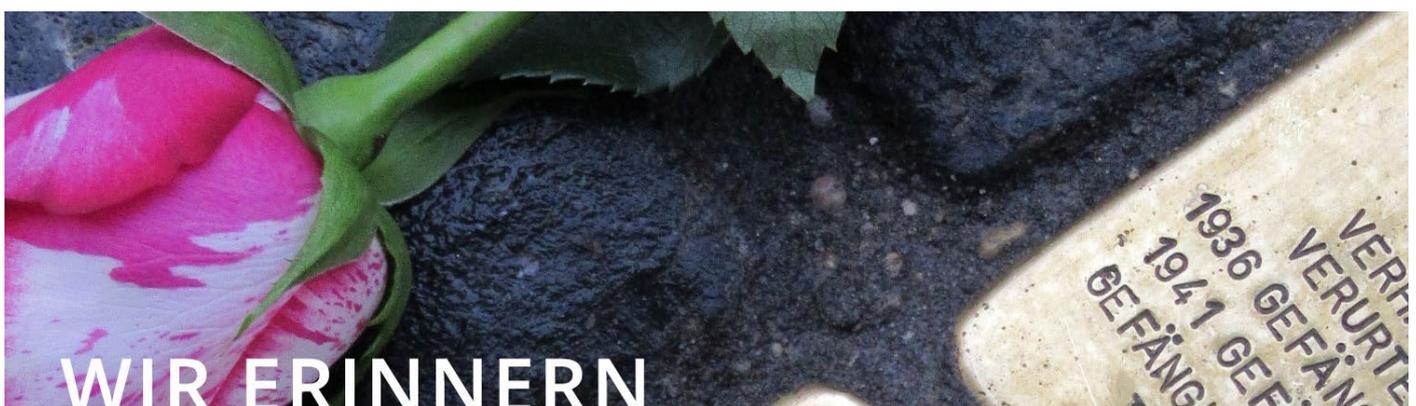
Die Widersprüchlichkeit im Verhalten zwischen dem ersten und dem zweiten

Repräsentanten der BRD in Bezug auf die Anerkennung und Würdigung der Verfolgten und Ermordeten wird deutlich.

Demgegenüber steht die nicht-staatliche Erinnerungskultur an Opfer z.B. durch das dingliche, wohnortbezogene Kunstprojekt „Stolpersteine“ - und in der Summe damit die Würdigung von ganzen Opfergruppen durch Stolpersteine in Deutschland und anderswo. Ein Projekt, an dem sich jede Person durch Initiative beteiligen kann. Es setzt einen starken Kontrapunkt – auch gegen die staatliche Widersprüchlichkeit im Umgang mit der Würdigung von schwulen Opfern. Auch und gerade die Freiheit keine „Erlaubnis“ zu benötigen macht das Projekt für viele Menschen „attraktiv“. Verantwortung übernehmen gegen Verantwortungslosigkeit staatlicher Bedenkenträger.

Mein Beitrag zum Stolpersteinprojekt: Erforschung von Lebens- und Verfolgungswegen homosexueller Männer – seit 2006/7 konnte ich dazu beitragen, dass mehr als 40 schwule Männer nicht vergessen sind: mittels eines Forschungsberichtes und der Initiative zur Verlegung eines Stolpersteines am jeweiligen Wohnort (Schwerpunkt im Ruhrgebiet, aber auch in anderen Regionen Deutschlands).

In Duisburg sind es derzeit (Stand Sommer 2021) sechs Männer, die mit einem





Stolperstein in Erinnerung bleiben. Ihre Namen:⁴⁶

Werner Bangert (der erste Stolperstein in Duisburg (2012) für einen verfolgten Homosexuellen), es folgten am 12. Sept. 2018 Stolpersteine für Alfred Ledermann, August Zgorzelski, Walter Braumann und Paul Friederich. Der sechste Stein würdigt Willi Kühlen, der kleine Betonwürfel mit der Messinginschrift und Angaben zu dem Kriegsvermissten ist zwar schon produziert, wartet aber noch auf die Verlegung am Flachsmarkt.

Mehrere Opfer hatte eine nachweisbare Verfolgung und Verurteilung zu erleiden in Verbindung mit anderen Männern. So wurde Alfred Ledermann zusammen mit Wilhelm Zitschka aus Düsseldorf verurteilt. Für Zitschka ist die Verlegung eines Stolpersteines dort in Planung. August Zgorzelski wurde gemeinsam mit Willi Kühlen in Duisburg vom Landgericht verurteilt, außer-

dem wurde Z. in einem weiteren Duisburger Gerichtsverfahren zusammen mit Heinrich Kamps aus Viersen mit Haft bestraft. In Viersen liegt seit 2021 dessen Stolperstein zur Erinnerung. Zgorzelski und Kamps wurden im KZ Buchenwald ermordet.

Es wird also deutlich: Eine (Stadt-) Grenzen überschreitende Betrachtung macht inhaltlich Sinn. Im Ballungsraum Ruhrgebiet insbesondere. Und auch eine Abgrenzung der unterschiedlichen Verfolgtenkategorien macht in vielen Fällen wenig Sinn: Es gab Verfolgte, die mehrfach stigmatisiert waren, z.B. als Juden und Homosexuelle und Sozialdemokraten.

Weitere Infos zu den Personen und Orten, Fotos, Lagepläne, Originaldokumente usw. finden sich auf:

www.stolpersteine-homosexuelle.de

Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa



Isolde Aigner | Jobst Paul | Regina Wamper (Hg.)

Isolde Aigner, Jobst Paul, Regina Wamper

Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa

ISBN 978-3-89771-769-5

Unrast-Verlag, 2019

Seiten: 220

Reihe: Edition DISS Band: 40

Ausstattung: Softcover

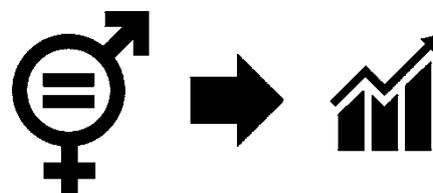
Gleichstellung oder Ökonomie

DIVERSITÄTSKONZEPTE INTERNATIONALER UNTERNEHMEN IM VERGLEICH

Von Sarah Bungard

Um das Sagbarkeitsfeld über Gleichstellung in Unternehmen zu untersuchen, wurden die Diversitätskonzepte und Verhaltensgrundsätze der Unternehmen Thyssenkrupp, RWE, Daimler AG, WMF, EON, Volkswagen AG, Coca-Cola Company und Henkel AG & Co einer Strukturanalyse unterzogen.

Im Vergleich zeigt sich, dass vorwiegend Lösungen dargestellt werden, Probleme jedoch nicht behandelt werden. Dies kann man unter anderem daran erkennen, dass Diskriminierung abgelehnt wird, ohne den Kontext oder die Art der Diskriminierung zu erläutern. Die Definition von Diversität ist in ihren Kern-



punkten gleich: Alter, Geschlecht, Herkunft und sexuelle Orientierung sind in jedem Konzept zu finden. Besonders hervorgehoben wird die Dimension Geschlecht, indem auf die Förderung von Frauen und Frauen in Führungspositionen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spezifisch eingegangen wird. Dahingehend werden Statistiken aufgeführt, wie zum Beispiel der erfolgreich

Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas haben extrem rechte Parteien und Bewegungen in den letzten Jahren massiv an Zuspruch gewonnen – nicht nur auf der Straße, sondern auch bei Wahlen. Hintergrund dieses Rechtsrucks sind vor allem die verstärkten Fluchtbewegungen nach Europa, die damit zusammenhängende administrative Krise und die islamistischen Anschläge in mehreren europäischen Städten. Doch kenntnis- und aufschlussreich wie gewohnt zeigt das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) in dieser Publikation, dass es ist nicht zuletzt die global durchgesetzte Liberalisierung des Marktes ist, auf die der Rechtsruck aufsetzt und die ihn letztlich weitertreibt.

⁴⁶ In der Online-Broschüre des DISS Dreihundert Stolpersteine in Duisburg finden Sie die Genannten unter: Werner Bangert (167), Alfred Ledermann (299), August Zgorzelski (169), Walter Braumann (188) und Paul Friederich (294) <http://www.diss-duisburg.de/online-bibliothek/bucher-im-volltext/broschuere-ueber-die-duisburger-stolpersteine/>

erreichte Prozentsatz von Frauen in Führungspositionen bei Thyssenkrupp und Daimler. Im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden in nahezu jedem betrachteten Unternehmen konkrete Möglichkeiten zur Umsetzung dargestellt, beispielsweise Kinderbetreuung oder Pflegeunterstützung.

Vereinzelt wurden auch andere Gruppen wie mit HIV infizierte Personen bei Thyssenkrupp, RWE und Daimler und Transpersonen bei RWE und Coca-Cola aufgeführt. Auffällig ist, dass in keinem der untersuchten Konzepte Rassismus behandelt wird, sondern lediglich im Flucht- und Migrationsdiskurs impli-

ziert wird, wenn über den geflüchteten Auszubildenden als Positivbeispiel der Integration berichtet wird. Diskriminierung

Auffällig ist, dass in keinem der untersuchten Konzepte Rassismus behandelt wird.

wird nur bei Thyssenkrupp, RWE und Daimler aufgeführt, allerdings nur in Verbindung mit anderen Themen wie HIV, anstatt es als eigenständiges Problem zu thematisieren.

Probleme wie Rassismus oder allgemein Diskriminierung werden also kaum angesprochen und die Konzepte vermitteln

den Eindruck eines vorbildlichen Verhaltens der Unternehmen und gleichzeitig einen ökonomischen Nutzen von Diversität, indem die Dimensionen auf Märkte und Innovationen bezogen werden. Konkrete Umsetzungsmöglichkeiten werden meist nur auf Geschlecht und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bezogen, während andere Dimensionen wie Herkunft vernachlässigt werden. Dazu könnten Qualifikationsmöglichkeiten oder Sprachkurse angeboten werden.

Sarah Bungard studiert Soziologie an der Universität Duisburg-Essen und hat im Herbst dieses Jahres ein Praktikum im DISS absolviert.

Tragische Einzelfälle?

WIE MEDIEN ÜBER GEWALT GEGEN FRAUEN BERICHTEN.

Rezension von Louisa Brand



Christine E. Meltzer: *Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten.* Frankfurt a.M.: Otto Brenner Stiftung, 2021.

Online verfügbar:

https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publicationen/AP47_Tragedie_Einzelfaelle.pdf

Die Kommunikationswissenschaftlerin Christine E. Meltzer hat sich für die Otto Brenner Stiftung systematisch damit beschäftigt, wie die Medien über Gewalt an Frauen berichten und dafür die Berichterstattung von Januar 2015 bis Juni 2019 ausgewertet. Mit einer quantitativen Inhaltsanalyse hat sie sich auf insgesamt 3.489 Artikel aus den Printmedien bezogen. Einen breiten Querschnitt boten drei Boulevardzeitschriften sowie zehn regionale und vier überregionale Zeitungen. Um Muster in der Berichterstattung aufzuzeigen, bezog sie sich bei der Analyse auf Kernelemente wie die Art des Verbrechens, Attribute von Opfern und Tätern, deren Nationalität und den Fokus der Berichterstattung. Ihr Hauptaugenmerk galt physischer Gewalt, deren Androhung und Nötigung sowie Stalking von Frauen und Mädchen in Deutschland. Um herauszufinden, ob sich die Berichterstattung mit der Realität deckt, betrachtete Meltzer auch die Daten der jährlichen Kriminalstatistik.

Meltzer geht davon aus, dass Gewalt an Frauen immer noch ein großes Tabuthema ist und die Menschen deshalb deutlich mehr dafür sensibilisiert werden

sollten, insbesondere wenn es um sexualisierte Gewalt gehe und um solche, die sich innerhalb einer (Ex-) Partnerschaft ereigne. Wie mit Gewalt an Frauen umgegangen werde, hänge von der gesellschaftlichen Einstellung ab. Medien könnten Einfluss auf deren Wahrnehmung haben und dazu beitragen, dass Gewalt an Frauen in der Politik thematisiert würde. Problematisch sei nach ihrer Einschätzung, dass die Medien und die Journalisten scheinbar verkennen, dass sie mit ihrer Arbeit eine Wirkung erzielen und sie die Wahrnehmung der Gesellschaft beeinflussen könnten. Deshalb stünde die Frage im Raum, ob die Medien die Gewalt an Frauen als ein gesellschaftliches Problem oder als Einzelfälle darstellen.

Der Zeitverlauf zeige eine deutliche Sensibilisierung für das Thema. Ließe man die Entwicklung des Strafrechts einmal Revue passieren, könne auch dort festgestellt werden, dass bereits 1993 Gewalt an Frauen als ein menschenrechtliches Problem anerkannt wurde. Bewegungen wie #MeToo hätten dazu beigetragen, dass die Stimmen der Frauen lauter wurden, die Opfer von se-



Zwischen Neoliberalismus und völkischem Antikapitalismus

Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten
innerhalb der AfD und der Neuen Rechten



Andrea Becker
Simon Eberhardt
Helmut Kellersohn (Hg.)

EDITION
DISS

ISBN 978-3-89771-772-5, Unrast-Verlag, 2019, Seiten: 272, Reihe: Edition DISS Band: 43, Ausstattung: Softcover

Das Buch ist eine Bestandsaufnahme der sozial- und wirtschaftspolitischen Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten und unterzieht diese einer kritischen Analyse. Die Beiträge berücksichtigen dabei drei Dimensionen: erstens die Ebene der Akteure, also der Kräfte, die die Debatte bestimmen; zweitens geht es um konkrete Themenfelder, in die mit Konzepten, -Thesenpapieren etc. interveniert wird; und drittens geht es um die jeweiligen ideologischen Perspektiven und deren Verortung im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus und völkischem Antikapitalismus, sowohl unter dem Blickwinkel der innerparteilichen Auseinandersetzungen als auch unter dem der Relevanz für die von der AfD angesprochene Wählerkoalition. Darüber hinaus spannt das Buch einen ideengeschichtlichen Bogen zurück zur sogenannten »Konservativen Revolution«, die der Neuen Rechten als eine Art Steinbruch von Ideen und Argumenten dient, die je nach Lage und Intention aktualisiert und angepasst werden.

»Einige Beiträge sind eher für wissenschaftlich Arbeitende von Interesse, die thematische Breite macht das Buch aber für alle Antifaschist_innen lesenswert und rechtfertigt den Preis voll und ganz.« – Bernd Brenner, Lotta

»Alles in allem bietet der Sammelband einen sehr gelungenen und lesenswerten Überblick über die Materie.« – Sascha Schmidt, der rechte rand

»... unverzichtbar für jeden, der sich theoretisch oder praktisch mit der AfD auseinandersetzt.« – Michael Bittner, junge Welt

xualisierter Gewalt geworden sind, und dies solle honoriert werden, indem die Medien und auch die strafrechtliche Verfolgung ihnen entgegenkommen. Begriffe wie Familientragödie oder Ehedrama finden sich laut Meltzer immer noch in Artikeln, jedoch habe dies abgenommen.

Der Begriff Femizid sei in Deutschland deshalb nicht anerkannt, weil er einen zu großen Spielraum für Interpretationen lassen würde. Auch von misogynen Gewalt werde selten gesprochen. Die Medien anderer Länder sprächen das Thema Gewalt gegen Frauen hingegen mit aussagekräftigen Schlagwörtern an und der Gesellschaft sei die Bedeutsamkeit bewusst. Ein Schritt in die richtige Richtung könnte sein, einen geeigneten Begriff in Deutschland zu etablieren. Aber auch in Bezug auf die Ausdrucksweise müssten Journalist*innen weiterhin besser geschult werden, um diesen Spagat zwischen korrekter Aufklärung, Opferschutz und Nutzen der medialen Wirkung besser bewerkstelligen zu können. Auch einer genaueren Differenzierung bei den Gewalttaten gegen Frauen könnte ein bedeutender Effekt zugeschrieben werden. Vor allem, weil sexualisierte Gewalt und (ex-) partnerschaftliche Gewalt inzwischen rechtliche Berücksichtigung gefunden haben, sollten die Leser*innen der Zeitungen besser verstehen können, dass Gewalt gegen Frauen nicht immer gleichbehandelt werden könne und sollte.

Sehr bezeichnend findet Meltzer, dass die meisten Medien viel mehr die männlichen Täter in den Fokus nehmen und den Opfern wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Außerdem vergleicht Meltzer die jährlich erscheinenden Kriminalstatistiken mit den untersuchten Printmedien, wodurch eine Verzerrung der Wirklichkeit deutlich werde, die Stereotype erzeugen kann. Bestimmte Indikatoren könnten dazu führen, dass über eine Tat mehr berichtet werde, genauso auch sogenannte Schlüsselereignisse. Obwohl bei weniger als einem Prozent der Gewalttaten das Opfer am Ende stirbt, werde hauptsächlich über solche Fälle berichtet. Natürlich müsse

ein Ereignis, über das die Medien berichten, von einem gewissen öffentlichen Interesse sein. Diese Art der Berichterstattung, in der die Gewalt gegen Frauen als ein Ereignis dargestellt werde, verkenne jedoch den oftmals langen Leidensweg. Die Gewaltspirale innerhalb einer Beziehung oder einer vergangenen Beziehung sowie der Blick auf die Vorgeschichte und Alltagsgewalt werde von dem Endpunkt der Gewalt, über den berichtet werde, verdeckt. Wenn die Medien weiterhin ihr Hauptaugenmerk auf die Täter legten, komme es nicht zu einem wachsenden Opferschutz. Es sei jedoch wichtig, den Opfern das Schamgefühl zu nehmen und ihnen zu signalisieren, dass sie nicht selbst Schuld an dem haben, was sie erleben mussten.

Ein falsches Bild würden die Medien oft auch in Bezug auf die Tat vermitteln. Wenn von besonders spektakulären oder brutalen Fällen berichtet werde, mache dies den Anschein, dass es sich um Affekttaten handle. Bei sexualisierter Gewalt, vor allem in einer (Ex-) Partnerschaft, sei dem eskalierenden Gewaltakt aber meistens ein sehr langer Leidensweg vorangegangen. Ähnlich problematisch sei die Berichterstattung über nichtdeutsche Täter. Es werde eher vereinzelt von Taten berichtet, die von einem Deutschen begangen wurden. Taten, die von Nichtdeutschen begangen werden, würden als ein viel größeres Problem dargestellt. Die Medien würden somit den Eindruck vermitteln, dass es sich bei sexualisierten Gewalttaten, begangen von Deutschen, um Einzelfälle handle. Sobald es sich um Täter mit Migrationshintergrund oder ausländische Täter handle würde jedoch der Eindruck vermittelt, dass sexualisierte Gewalt ein gesellschaftliches und strukturelles Problem sei, wodurch eine Ethnisierung von Sexismus nahegelegt werde.

Viel zu selten gehe es um die Strukturen hinter den Taten, Hilfsangebote und politische Forderungen. Meltzer kritisiert ebenfalls, dass Taten gegenüber Frauen mit Behinderung oder Fluchterfahrung, sowie gegenüber älteren Frauen kaum thematisiert würden, obwohl sie

einem höheren Risiko ausgesetzt seien. Es herrsche ein starkes Ungleichgewicht zwischen realer und berichteter Gewalt. Eine repräsentative Studie habe ermittelt, dass jede vierte bis dritte Frau mit Behinderung schon einmal sexualisierte Gewalt erfahren habe. Solche Informationen würden in der Presse oftmals ausgelassen. Meltzer kritisiert die deutschen Medien, die nicht ausreichend und nicht ausgewogen über dieses wichtige Thema zu berichten scheinen, wodurch das Ausmaß der Gewalt, wie wir es heutzutage vorfinden, nicht deutlich würde.

Aus diskurstheoretischer Sicht ist gegenüber der Studie von Meltzer anzumer-

ken, dass ihre Annahme einer verzerrten Wahrnehmung der Medien leicht als intentionale Manipulation missverstanden werden kann. Geht man hingegen von Effekten des Mediendiskurses aus, könnte dies für die weitere Forschung über sexualisierte Gewalt an Frauen insofern bedeutsam sein, weil damit ihr Stellenwert in den herrschenden Diskursen herausgearbeitet werden kann.

Insgesamt deutet die Studie von Meltzer in meinen Augen an, dass wir noch lange nicht an dem Punkt sind an dem ein angemessener Umgang mit der Thematik möglich ist. Geprägt von zu viel Scham und Angst werden sowohl Opfer als auch Angehörige

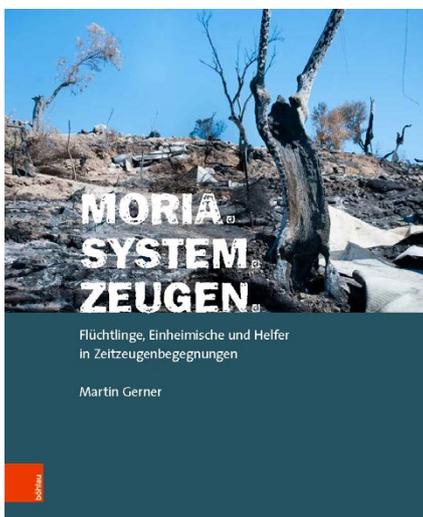
mit einer zu großen Last allein gelassen. Insofern sind die Erkenntnisse der Studie von Meltzer ein Muss für jede Frauenrechtlerin und eigentlich ein Muss für jede*n. Die Ergebnisse bieten Anlass für weitere Forschungen und zeigen Stellen auf, an denen für einen besseren Umgang mit der Thematik angesetzt werden kann.

Louisa Brand studiert Soziologie an der Universität Duisburg-Essen und hat sich während ihres Praktikums im DISS mit den Studienergebnissen von Christine E. Meltzer beschäftigt.

Moria. System. Zeugen.

EIN BILDBAND ÜBER DAS FLÜCHTLINGSLAGER MORIA

Rezension von Benno Nothardt



Martin Gerner: Moria. System. Zeugen.
Flüchtlinge, Einheimische und Helfer in
Zeitzeugenbegegnungen,
Köln: Böhlau, 2021, 168 Seiten,
89 Fotos; 25 Euro.
ISBN: 978-3-412-52389-3

Refugees

The EU is a virus.
It enters the life of a refugee.
Scans his future.
Transfers him to deportation,
which is equal to death.
Edits his mind and deletes his smile.
So please stay away from the EU.
Stay at your own home and accept death.
Send me the address of the EU.
I am a professional antiviral, full
version registered 2016.

Shamshaid Jutt, Moria 2016
 (Moria. System. Zeugen. S. 57)

Wenn Flüchtlinge im hegemonialen Fluchtdiskurs überhaupt zu Wort kommen, dann als Zeug*innen ihres Leids, nicht jedoch als vollwertige Subjekte, deren Kritik und Forderungen Platz eingeräumt wird.⁴⁷ In seinem Bildband über das 2020 abgebrannte Flüchtlings-

lager Moria macht Martin Gerner das Gegenteil: Er unterhält sich mit Flüchtlingen, die mit einem Gaskocher Essen kochen, interviewt Raheed al Obaid von der Selbsthilfeorganisation Moria White Helmets und besucht die Wave of Hope School von Flüchtlingen für Flüchtlinge. Außerdem zitiert er Gedichte und einen offenen Brief an die Europäer*innen: „Wir bitten nicht um weitere Spenden oder Geld [...]. Wir haben es in der Vergangenheit bewiesen, dass die meiste Arbeit hier entweder von Flüchtlingen, die ehrenamtlich für NGOs arbeiten oder von Selbsthilfeorganisationen der Flüchtlinge geleistet wird.“ (76)⁴⁸ Das Buch zeigt die Leistungen von Menschen unter Extrembedingungen, aber auch Gewalt und Alkoholmissbrauch im Lager.

Gerner spricht auch mit Helfer*innen und Einheimischen auf Lesbos. So kommt die freiwillige Helferin Frederi-

47 vgl. DISS-Journal Nr. 41, 39–41.

48 Der Brief ist auch online verfügbar: www.medico.de/moria-brief



ke Drössler zu Wort, die trotz Illegalisierung Essen ins Lager schmuggelt und Handyfotos an einen Arzt schickt, um Medizin besorgen zu können. Auf der anderen Seite wird Nicolas Perrenoud interviewt, der kritisiert, dass die NGOs staatliche Aufgaben wie die Verteilung von Hilfsgütern und Zelten übernehmen und Thomas von der Osten-Sacken sagt: „Hier mieten NGOs Flüchtlingslager“ (79).

Im Fluchtdiskurs wird häufig Vulnerabilität (Verletzbarkeit) zum Kriterium für die Aufnahme von Flüchtlingen gemacht, während deren Rechte missachtet werden. Gerner spricht mit der Rechtsanwältin Elli Kriona Saranti aus Lesbos. Sie kritisiert das „Narrativ der Vulnerabilität“ als Versuch, „einem fragwürdigen System ein wenig Humanität hinzuzufügen und sich ein Alibi zu verschaffen“ (100).

Gerner bietet seinen Leser*innen viele Puzzleteile, aus denen sie anschaulich rekonstruieren können, wie Moria funktioniert. Ergänzend druckt Gerner eine Studie in Auszügen ab, die Maximilian Pichl für medico international angefertigt hat.⁴⁹ Pichl zeigt, wie das „Narrativ einer ‚humanitären Katastrophe‘“ einen „rechtebasierten Ansatz“ verdrängt und



Seltener Tagesausflug: Unbegleitete Minderjährige beim Tanz (S. 48–49).

darüber hinwegtäuscht, dass die „Verhältnisse in den EU-Hotspots politisch verursacht sind“ (146).

Das Buch ist aber auch ein Bildband mit 89 großformatigen Bildern auf hochwertigem Papier. Gerner gelingt es auch mit Fotos und Zeichnungen, die Widersprüche von Moria zwischen Schrecken und Hoffnung, Alltag und Zerstörung sowie Flüchtlingen, Helfer*innen und Inselbewohner*innen darzustellen. Manche Bilder sind hochsymbolisch

und eindrucksvoll, andere wirken fast zufällig oder privat.

Das Buch eignet sich bestens als Weihnachtsgeschenk. Probelesen: www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com/moria.system.zeugen

Benno Nothardt ist Mitarbeiter im DISS und war durch Korrekturlesen am hier rezensierten Buch beteiligt.

Von „America First“ zu „America Second?“

DIE USA, CHINA UND DER WELTMARKT

Rezension von Wolfgang Kastrup

Scherrer, Christoph 2021: *America Second? Die USA, China und der Weltmarkt*, Berlin, 132 Seiten, Verlag Bertz + Fischer, 8,00 Euro, ISBN 978-3-86505-767-9

Christoph Scherrer, Professor für Globalisierung und Politik an der Universität Kassel, hat mit *America Second? Die USA, China und der Weltmarkt* ein „Büchlein“, so seine Formulierung, geschrieben, dass aktuell im Bertz + Fi-

scher Verlag erschienen ist. Thema ist die Außenwirtschaftspolitik vor dem Hintergrund des Konflikts, der die Weltpolitik in den kommenden Jahren wie kein anderer prägen wird, nämlich „die ökonomische und strategische Rivalität zwischen den USA und der Volksrepublik China.“ (7) Von der verlängerten Werkbank insbesondere für US-Unternehmen hat sich China in den letzten zehn Jahren durch eine wirkungsvolle Industrie- und Technologiepolitik zu einem entscheidenden wirtschaftlichen



America Second?
Die USA, China und der Weltmarkt



49 Die Studie ist auch online verfügbar: www.medico.de/moria



und militärischen Konkurrenten der USA entwickelt. Dabei geht es um den hegemonialen Anspruch. Dazu gehört auch die geopolitische Herausforderung von China gegenüber den USA um die Kontrolle wichtiger Seestraßen, die die USA seit dem zweiten Weltkrieg kontrollieren (Straße von Malakka oder Bab el Mandeb am Horn von Afrika). (8)

„VERSCHRÄNKTE HEGEMONIE“

Die These der doppelten Hegemonie, die Scherrer 2001 formulierte, greift er auf und ergänzt diese mit dem Begriff der „verschränkten Hegemonie“. „Darunter verstehe ich die Verschränkung der Hegemonie des US-amerikanischen Nationalstaates mit der Hegemonie einer entstehenden internationalen Bourgeoisie.“ (10) Mit dem Begriff der Hegemonie bezieht er sich auf Antonio Gramsci, der mit diesem Begriff die weitgehende Universalisierung partikularer Interessen verstand, verbunden mit staatlicher Gewalt. Mit der Formulierung ‚weitgehend‘ ist gemeint, dass nicht alle Menschen dieser Herrschaft zustimmen müssen. Scherrer bezieht sich hier auf Robert Cox, der die Entwicklung zur Hegemonie nicht nur auf den innergesellschaftlichen Prozess bezieht, sondern betont, dass „die Hegemonie eines Staates gegenüber anderen Staaten auf der Hegemonie einer gesellschaftlichen Klasse innerhalb dieses Staates beruht.“ (11f.) Bezüglich der USA ist dies die Bourgeoisie, die die Geldvermögenbesitzer und die Eigentümer und Manager von Unternehmen umfasst, wobei hier die international orientierten Kapitalfraktionen die Führung innehaben. „Es ist nun meine These, dass es im Zuge der Verallgemeinerung neoliberaler Ideen und Praktiken zu einer Verschränkung der Interessen der hegemonialen Bourgeoisie in den USA, und damit entsprechend den Projekten des US-amerikanischen Staates, mit den Interessen internationalisierter Kapitalgruppen in anderen Ländern kam.“ (12) Scherrer schränkt jedoch ein, dass der Bezug auf die Ressourcen des jeweiligen Staates in der Konkurrenz zu anderen Kapitalfraktionen in Form von Subventionen

für Forschung und Entwicklung weiterhin Bedeutung hat. So ist die Drehtür (revolving door) zwischen Privatkapital und Staat in den USA besonders intensiv vorhanden, und zwar als wechselseitiges Verhältnis. (14) Die neoliberale Form des Kapitalismus hat die transnationalen Konzerne zu Profiteuren dieser Ordnung gemacht. Ihre Macht bezieht sie aus der Verschränkung des US-Staates mit der internationalisierten Kapitalisten- bzw. Managerklasse. (18) Scherrer bezieht sich diesbezüglich positiv auf den Begriff des „internationalisierten Staats“ von Ulrich Brand. Die bestehende Konkurrenz unter den Kapitalunternehmen „führt sowohl zu grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten als auch zu Grenzziehungen“ (19), wobei bei letzteren Einfuhrverboten, Zölle und die Festlegung auf nationale technische Standards gemeint sind.

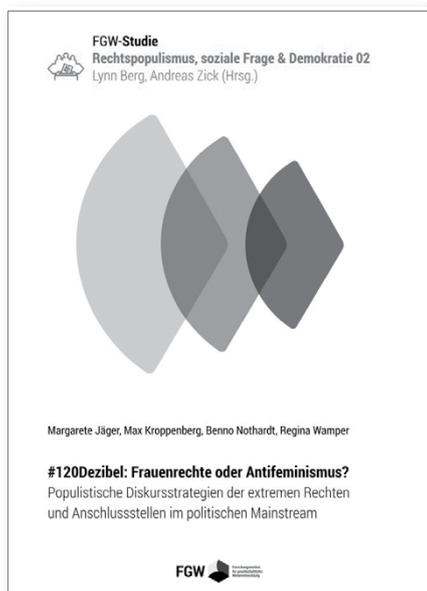
CHIMERICA, OBAMAS TPP-UMZINGELUNG UND TRUMPS DIREKTE KONFRONTATION

Im Laufe der „wirtschaftlichen Symbiose“ zwischen den USA und China der 1990er Jahre entwickelte sich China als „verlängerte Werkbank“ der USA. Deshalb auch der damals populäre Begriff „Chimerica“. Die Wertschöpfung kam im Wesentlichen US-Konzernen zugute und auch die Konsumenten*innen in den USA profitierten durch niedrige Preise und niedrige Zinsen, „da die chinesischen Handelsbilanzüberschüsse vornehmlich in US-Staatsanleihen investiert wurden.“ (48) Die Bedeutung von „Chimerica“ erklärt sich daraus, dass die USA China den Status der Meistbegünstigung erstmals 1980 gewährten, der beinhaltete, dass die Zölle auf importierte chinesische Waren gesenkt wurden. Dieser Status musste jährlich erneuert werden. Das bilaterale Handelsdefizit mit China stieg von 1993 bis 1997 von 22,8 Mrd. auf 49,7 Mrd. Dollar. Weshalb das unter der Präsidentschaft von Bill Clinton weitgehend unbeachtet blieb, hängt Scherrer zufolge damit zusammen, dass „die Produkte aus chinesischen Fabriken nur zu einem

geringen Teil in direkter Konkurrenz zu in den USA gefertigten Waren standen.“ (49) Zudem profitierten viele US-Unternehmen der Technologiebranche von den chinesischen Zulieferketten, da sie dadurch wettbewerbsfähiger waren gegenüber der japanischen Konkurrenz. Nach dem Beitritt Chinas zur WTO 2001, eingeleitet durch ein Gesetz in den USA im Jahr 2000, dass normale Handelsbeziehungen mit China zulasse, stieg Chinas Handel mit der Welt sprunghaft an.

Die von der US-Regierung unter Barack Obama (2009-2016) gewählte Strategie der Umzingelung Chinas beinhaltete eine Transpazifische Partnerschaft (TPP, Trans-Pacific Partnership) mit elf Anrainerstaaten des Pazifiks, um geistiges Eigentum zu stärken, Daten- und Finanzfluss ungehindert zu erlauben und die Subventionen von Staatskonzernen einzuschränken. Mit der EU sollte dann eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) gegründet werden mit dem Ziel, dem beträchtlichen Teil des weltweiten Handels einen rechtlichen Rahmen zu geben und Chinas Exporten einen Konkurrenznachteil zu verschaffen. Doch der TPP-Plan ging nicht auf, da er am US-Kongress und an Donald Trump scheiterte. (52)

Unter Präsident Trump vollzog sich dann, Scherrer zufolge, ein „Paradigmenwechsel“, indem er die US-Außenwirtschaftspolitik protektionistisch ausrichtete. Hohe Strafzölle auf Importe von Waren aus Mexiko und Kanada und später in noch größerem Maße gegen China verdeutlichen dies. Zudem verhinderte er mit seiner Politik, dass chinesische Investoren US-Technologiekonzerne übernehmen konnten. (53) Für die Reallohnverluste der Personen mit unteren Einkommen bzw. der Lohnstagnation der mittleren Einkommensbezieher*innen hatte er im Wahlkampf 2016 drei Schuldige genannt: „nicht-weiße Immigrant*innen, die Arbeitsplätze wegnehmen, Umweltschützer*innen, die wirtschaftliches Wachstum verhindern, und ausländische Regierungen sowie Konzerne, die von den vorherigen Präsidenten



Margarete Jäger, Max Kroppenberg, Benno Nothardt und Regina Wamper

#120Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream.

Forschungsgesellschaft für gesellschaftliche Weiterentwicklung, 2019. 86 Seiten, online verfügbar, ISSN 2699-1446. Lynn Berg, Andreas Zick (Hg.): FGW-Studie Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 02.

[<http://www.disskursiv.de/2020/01/12/3005/>]

Das Verhältnis der extremen Rechten in Deutschland zum Feminismus ist durch einen ausgeprägten völkischen Antifeminismus bestimmt. Das zeigt sich deutlich in deren Rezeption der #MeToo-Kampagne.

Durch die Kampagne #120Dezibel der Identitären Bewegung wird keine spezifische Form des rechten Antisexismus hervorgebracht, auch wenn man vordergründig auf Frauenrechte rekurriert. Der völkische Antifeminismus in der extremen Rechten ist weiter vorherrschend. Bei der Kampagne und ihrer Rezeption in der extremen Rechten handelt es sich um eine populistische Diskursstrategie.

In der Debatte um ein Tötungsdelikt in Kandel im Jahr 2017 wurden in deutschen Leitmedien Ethnisierungen von Sexismus und von Femiziden vorgenommen. Dies bot Anschlussstellen für rechtspopulistische Interventionen in den Diskurs, wie sie die Kampagne #120Dezibel darstellt. Gleichzeitig grenzen sich deutsche Leitmedien aber von Ethnisierungen ab, wenn diese von der extremen Rechten hervorgebracht werden.

schlecht ausgehandelte Handelsverträge voll zu Lasten der Beschäftigung in den USA ausnutzen.“ (55) Die Handelsbilanzdefizite der USA wurden von ihm als Skandal beschrieben, obwohl diese von 6 % im Jahr 2006 auf 2,4 % im Jahr 2017 im Verhältnis zum BSP deutlich gesunken waren. (Ebd.) Es folgten z.B. Strafzölle von mehr als 45 % auf chinesische Importe von Aluminium mit der Begründung, US-Unternehmen würden ansonsten geschädigt. Zu Trumps politischer Eskalationsstrategie kamen seine Beleidigungen gegenüber der chinesischen Regierung hinzu, sodass diese mit heftigem Widerstand antwortete. Es zeichnete sich Ende 2019 ab, dass China diesen Handelskrieg besser als erwartet durchstehen konnte. (64)

Heftiger Unmut machte sich zudem in den USA Luft, da die landwirtschaftlichen Betriebe deutliche Exportrückgänge zu verzeichnen hatten und mit hohen Subventionen (2019 ca. 14,5 Mrd. US-Dollar, 2020 ca. 46 Mrd. US-Dollar) befriedet werden mussten. Auch andere US-Unternehmungen beklagten viel zu hohe Importpreise von Waren für die Weiterverarbeitung, ferner Importbeschränkungen und höhere Kosten, um ihre Zulieferketten neu zu strukturieren. China weigerte sich der US-Forderung nachzukommen, eine Beschränkung von staatlichen Subventionen vorzunehmen. Auch die im „sogenannten Phase-Eins-Abkommen“ von Anfang 2020 erklärte Bereitschaft, zusätzliche US-Waren im Wert von 200 Mrd. Dollar zu importieren, erreichten bis zum Ende der Amtszeit von Trump nur 59 %. (66) Erschwerend hinzu kam, dass der Handelskrieg mit China bis Mitte 2019 „einen Nettoverlust von 175.000 Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe der USA verursacht [...] und das Bruttosozialprodukt um 0,5 % gesenkt hat [...]“. (67) Scherrer kommt zu dem Schluss, dass Trumps Strategie der direkten Konfrontation gegenüber China, sein Verzicht auf Verbündete und seine maßlose Rhetorik Ursachen des Scheiterns waren. Erfolgreich war nur seine aggressive Strategie gegenüber den schwächeren Nachbarn Kanada und Mexiko. (88) „Zwar dürfte sein

fahrlässiges Management der Corona Pandemie für seine Wahlniederlage ausschlaggebend gewesen sein, doch die Belastungen durch den nicht erfolgreichen Handelskrieg trugen sicherlich auch dazu bei.“ (89)

BIDENS AUSSENWIRTSCHAFTS-POLITIK: CAPITALISM FIRST

Es besteht, so Scherrer, ein breiter Konsens der früheren US-Präsidenten und des jetzigen Joseph Biden, der die Sicherstellung der Profitmöglichkeiten des US-Kapitals wie der Ausweitung kapitalistischer Strukturen Priorität einräumt. (93) Nun ist das m.E. sicherlich keine neue Erkenntnis, betrifft sie doch die Aufgabe kapitalistischer Staaten wie kapitalistischer Verhältnisse schlechthin. Dies gilt natürlich auch für andere westliche kapitalistische Industriegesellschaften, wenn auch, was die außenwirtschaftliche Stärke anbetrifft, mit unterschiedlicher Wirkung und Dominanz. Unterschiede innerhalb der USA gibt es sicherlich, und da ist Scherrer zuzustimmen, dass die Interessen der USA bezüglich ihrer Außenwirtschaftspolitik hinsichtlich der unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Fraktionen nicht immer konform gehen. (Ebd.)

Der Ansicht von Scherrer folgend ist die Außenwirtschaftspolitik von Biden eine Mischung der Politik der Präsidenten von Obama und Trump. Anders als die Obama-Strategie soll China nicht nur umzingelt werden, „sondern auch direkt mit Liberalisierungsforderungen konfrontiert werden.“ (104) Der neue amerikanische Präsident hat die von der Vorgängerregierung verhängten Maßnahmen bisher nicht zurückgenommen (Stand September 2021). Dass Biden die Zollpolitik zu Nutzen weiß, zeigt seine Anweisung, gegenüber den Vereinigten Arabischen Emiraten, Aluminiumimporte mit 10 % Zoll zu belegen, eine Maßnahme, die Trump kurz vor seinem Ausscheiden aufgehoben hatte. (105) Der neue 2,25 Billionen US-Dollar star-

ke Infrastrukturplan hat nicht nur das Ziel inneramerikanische Verhältnisse zu verbessern, sondern soll auch nach außen als Zeichen der Stärke, speziell gegenüber China, gesehen werden. Allein 180 Mrd. Dollar sollen davon in das größte Forschungs- und Entwicklungsprogramm gehen. (107) Ob Biden zur Finanzierung dieser Ausgaben Erhöhungen der Körperschaftssteuer von 21 % auf 28 % und eine Mindeststeuer von 21 % auf globale Unternehmungsgewinne politisch durchsetzen kann, bleibt abzuwarten. Auch die Erhöhung des Mindestlohns im Zusammenhang mit dem Corona-Hilfspaket musste, so die Vermutung von Scherrer, auf Druck von Großspendern an die Demokratische Partei zurückgenommen werden. (96)

„Sollte es letztlich zu einem gemeinsamen Vorgehen gegenüber China kommen – womöglich mit Nachhaltigkeitsrhetorik – dann wohl kaum unter Aufgabe von ‚America First‘ und ‚Festung Europa‘. Eine solche Politik läuft hinaus auf ‚Capitalism First‘ – nichts Neues also, nur schöner verpackt.“ (113)

Christoph Scherrer gelingt es, den Konflikt zwischen den USA und China als den Dominanten der nächsten Jahre zu analysieren. Seine Erläuterungen dazu sind sachgemäß, präzise und nachvollziehbar. Dabei geht es nicht nur um eine wirtschaftliche und militärische Vormachtstellung im pazifischen Raum. Dieser Kampf um Hegemonie wird sicherlich das beherrschende Thema der kommenden Jahre werden. Anhand der Außenwirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte, und damit auch der Politik-Strategien der letzten US-Präsidenten, werden die internen US-amerikanischen Konflikte nachgezeichnet, die starken Einflussmöglichkeiten des

US-Kapitals auf die Regierungspolitik deutlich und die Bedeutung herausgestellt, die Scherrer der „verschränkten Hegemonie“ zwischen der nationalen Bourgeoisie, den Projekten des US-Staates und den Interessen internationaler Kapitalgruppen konstatiert. Die Aktualität und Bedeutung des Buches zeigt sich auch darin, dass unter der Biden-Administration, Stand Oktober 2021, der Konflikt weitergeht, da neue und höhere Zölle seitens der USA gegenüber China geprüft werden. Der Vorwurf lautet, dass China weiterhin nicht bereit sei, sich an internationale Handelsnormen zu halten. Außerdem subventioniere und fördere China ausgewählte Industrien zum Nachteil der USA. Hier geht es z.B. um die Stahlindustrie, die Photovoltaikindustrie und die Herstellung von Mikrochips. (Vgl. FAZ v. 05.10.2021) Zusätzlich hält sich China nach US-Angaben weiterhin nicht an den noch unter Trump ausgehandelten Pakt, Waren im Wert von 200 Mrd. Dollar zusätzlich zu importieren. In diesem Jahr besteht nach Berechnungen von US-China-Experten eine Kluft von 30 %. Deshalb prüft die US-Regierung, wie erwähnt, eine Aufstockung der Zölle, wobei zurzeit 66 % aller chinesischen Einfuhren in die USA mit Zöllen belegt sind, was einem Handelsvolumen von ca. 350 Mrd. Dollar entspricht. China wiederum erhebt Zölle auf US-Einfuhren von ca. 60 %. (Ebd.) Zu diesem Konflikt kommen Chinas wiederholte und aktuell sich verschärfende Versuche, Taiwan, das 1949 sich als unabhängiger Staat erklärte, wieder mit dem „Mutterland“ zu verbinden.

Neben nationalistischen und geostrategischen Motiven kann das auch als Bestrebung Chinas gewertet werden, sich einen Zugriff auf die Mikrochip-Industrie des Landes zu sichern. Durch den Aufbau einer überlegenden Fertigungstechnik sind taiwanische Konzerne Weltmarktführer in der Chipproduktion. (Ebd.) Hinzu kommt das Mitte September verkündete Sicherheitsbündnis „Aukus“ (der Name steht für die Länderkürzel der drei beteiligten Staaten) zwischen den USA, Großbritannien und Australien, das unter anderem die Lieferung nuklearer Antriebstechnik für australische U-Boote vorsieht, womit die australische Marine auch im umstrittenen Südchinesischen Meer für längere Zeit unentdeckt unterwegs sein kann. Dieses militärische Bündnis ist sicherlich als Warnung gegenüber China zu verstehen und verschärft somit diesen Konflikt.

Dass Christoph Scherrer auf den Staatsbegriff (Staat als ideeller Gesamtkapitalist) und auf die Diskussion um die Inhalte der neoliberalen Variante des Kapitalismus nicht eingeht, ist wohl dem knappen Umfang des Buches geschuldet.

Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion und im AK Kritische Gesellschaftstheorie



Arbeiter*innen und ihre Sympathien für die radikale Rechte „IN DER WARTESCHLANGE“

Rezension von Wolfgang Kastrup

Weshalb haben Arbeiter*innen Sympathien für die radikale Rechte? Dieser Frage geht Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in seinem Buch *In der Warteschlange*, erschienen 2020, nach. Dafür präsentiert er Ergebnisse, die aus mehr als drei Jahrzehnten empirischer Forschungen zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen unter Lohnabhängigen hervorgegangen sind. Die Analyse bezieht sich im Wesentlichen auf „Industrie- und Produktionsarbeiter aus dem verarbeitenden Gewerbe“, aber auch andere „Fraktionen lohnabhängiger Klassen“ geraten in den Blickwinkel. (13) Die Texte dokumentieren eine „allmähliche Radikalisierung einer Tiefengeschichte, die, jedenfalls in meinen Forschungen, im gewerkschaftsnahen Arbeitermilieu der alten Bundesrepublik beginnt und mit dem Aufstieg der AfD zur stärksten Oppositionspartei im Bundestag einen eigenständigen parteipolitischen Ausdruck erhalten hat.“ (Ebd.) Dies ist auch die These des Buches. Der Autor betont, dass er trotz Kritik an den Gewerkschaften eine „anteilmehrend[e] Grundhaltung“ zu ihnen hat.

Den Begriff „Tiefengeschichte“ („deep story“) hat Klaus Dörre von der US-Soziologin Arlie Hochschild übernommen. Noch vor dem Wahlsieg von Donald Trump 2016 veröffentlichte sie die Ergebnisse einer Feldforschung zu Lohnarbeiter*innen einer Kleinstadt Lake Charles im US Bundesstaat Louisiana, einer Hochburg der rechtspopulistischen Tea-Party-Bewegung. (Auf Deutsch: „Fremd in ihrem Land – Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten“) Diese Menschen waren in der petrochemischen Industrie beschäftigt, nicht die Ärmsten der Gesellschaft, hatten allerdings seit zwei Jahrzehnten keine Lohnerhöhung erhalten, zudem sehr wenig Urlaub und litten unter der Naturzerstörung durch die Großkonzerne. Weshalb delegieren sie ihre Interessen ausgerechnet an rechtspopulistische und neoliberal bis libertär eingestellte politische Führer, die doch an diesen Verhältnissen Mitverantwortung tragen? „In der rechten Tiefengeschichte, die Hochschild rekonstruiert, stehen Menschen wie bei einer Pilgerfahrt in einer langen Schlange am Fuße eines Berges, der für sie den amerikanischen Traum symbolisiert. Ihre Füße sind müde, es geht nicht vorwärts. Doch in ihren Augen haben sie den amerikanischen Traum verdient.“ (18) Für diese Menschen, so jedenfalls ihre Wahrnehmung, werden migrantische Minderheiten bevorzugt, die aber wesentlich weniger als sie bisher geleistet hätten. Für Dörre hat sich an solchen Arbeiterschicksalen bisher wenig geändert. Da nach seiner Meinung Angebote der politischen Linken fehlen, suchen die in der Schlange Stehenden „Zuflucht beim Trumpismus“. „Klasseninteressen werden an einen Leader delegiert, der einfachen Leuten viel verspricht, ohne wirklich etwas mit ihnen gemeinsam zu haben. Es sind latente, verzerrte Klas-

WESTFÄLISCHES DAMPBOOT

In der Warteschlange
Klaus Dörre

**Arbeiter*innen
und die
radikale
Rechte**



Dörre, Klaus 2020: *In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte*, Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot, 355 Seiten, ISBN 978-3-89691-048-6, 30,00 Euro.

seninteressen, die zur Wahl Trumps motivieren.“ (18) Auch für Dörre trägt die politische Linke durch fehlende Angebote eine Mitverantwortung an dem Aufstieg der Rechtspopulisten. Trotz der Unterschiede zu den USA sieht der Autor „eine rechte deep story auch bei bundesdeutschen Lohnabhängigen,“ da auch hier viele Menschen in der Warteschlange stehen, auf Gerechtigkeit und bessere Zeiten warten. Sie empfinden ihre Arbeit und ihre Lebensentwürfe durch die Gesellschaft nicht ausreichend gewürdigt und delegieren ihren Protest an die populistische oder die extreme Rechte. Die Auseinandersetzungen um Statuserhalt bzw. Statusverbesserungen werden dann mit „dem Mittel des Ressentiments ausgetragen“. (19) Meines Erachtens versäumt es Dörre hier, dass solche nationalistischen Ressentiments auch ihre Ursache in der national-staatlichen Unterteilung in In- und Ausländer hat und Nationalisten genau dies aufgreifen. Es sind enttäuschte Nationalisten der AfD und Pegida, die der herrschenden Politik vorwerfen, die Interessen des deutschen Volkes gröblich zu vernachlässigen.

Empirische Befunde zeigen, so Dörre, dass rechtspopulistische Orientierungen in allen Beschäftigungsbereichen zu finden



sind, nicht nur bei prekär Beschäftigten und Facharbeitern, sondern auch bei Hochqualifizierten im Bankenbereich wie in der IT-Industrie. „In ein bipolares Innen-Außen-Schema eingepasst, verwandelte sich alltägliche Sozialkritik in eine Legitimation für die Ausgrenzung Fremder, vermeintlich Leistungs-unwilliger, kulturell angeblich nicht integrierbarer Gruppen. [...] Dieser konservierende Rechtspopulismus entsprach exakt dem, was ich bereits bei jungen Gewerkschaftsmitgliedern der späten 1980er Jahre gefunden hatte.“ (21) Für die rechte deep story verstärkend wirkte, dass mit Milliarden während der Finanzkrise Banken gerettet wurden und ebenfalls Geld im Überfluss vorhanden war, um kriselnde Staatsfinanzen in Südeuropa zu stabilisieren und die über eine Million Geflüchteter in Deutschland zu versorgen. „Seither ist das Schlangengestehen aus der Sicht (nicht nur) rechtsaffiner Arbeiter*innen sinnlos geworden.“ (23)

DEMobilisierte KlasseGesellschaft

Dörre zufolge ist diese Radikalisierung der rechten Tiefengeschichte eine Konsequenz gesellschaftlicher Verhältnisse, „die hier als Tendenz zu einer demobilisierten KlasseGesellschaft“ beschrieben wird. (24) Ungleichheiten zwischen den sozialen Klassen sind stärker geworden, sie werden aber kaum öffentlich thematisiert, da die Gewerkschaften und andere Organisationen in dem Verhältnis von Arbeit und Kapital wegen ihrer diskursiven Schwäche dazu nicht in der Lage sind. Klassen und Klassenpolitik werden im politischen System geradezu systematisch dethematisiert. Daran ändern auch Streiks in Unternehmen nichts, da es nicht zu einer „politischen Verdichtung dieser Konflikte“ kommt und so die „politische Öffentlichkeit“ selten erreicht. Ursächlich dafür ist seiner Ansicht auch, dass die ökologischen Konflikte die sozialen in den Hintergrund gedrängt haben. (Ebd.)

Die Abwertung in der demobilisierten KlasseGesellschaft zeigt sich im besonderen Maße bei Arbeiter*innen im Osten Deutschlands, wo deren lebensgeschichtliche Erfahrung deutlich macht, dass im Unterschied zur ehemaligen DDR heute in der Bundesrepublik zwischen Arbeiterschaft und sozialer Abwertung häufig ein Gleichheitszeichen stehen würde. Dies zeigt sich auch daran, dass Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen immer noch nicht das Westniveau erreicht haben. (25f.)

Globalisierung und Nationalstaat

Dörre sieht zutreffend, dass die grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten auch auf die „veränderte organische Zusammensetzung des Kapitals“ zurückzuführen ist. Da die Aufwendungen für Technologie, Forschung und Entwicklung, für Werk- und Rohstoffe im Verhältnis zu den Lohnkosten ständig steigen, müssen große Unternehmungen immer neue Absatzmärkte außerhalb der eigenen Nationalökonomien suchen. Dabei unterliegen sie einem sich verschärfenden internationalen

Konkurrenzverhältnis. Ziel ist es, „über Auslandsinvestitionen selbst zum Insider in fremden Märkten zu werden.“ (69f.) Dabei ist in den letzten zwanzig Jahren der Neoliberalismus national wie international politisch bestimmend gewesen. Doch der Neoliberalismus ist, Dörre zufolge, zwischen den Polen der Internationalisierung der Wirtschaft und der nationalen Politik in sich widersprüchlich. Das Staatsverständnis dieser Form des Kapitalismus besteht in einer Strategie der Entstaatlichung und der Streichung von Sozialausgaben einerseits und dem der Ordnungsmacht bei inneren und äußeren Angelegenheiten andererseits, was die Schutzfunktion nationaler Wirtschaftsinteressen einschließt. Staatliche Autorität wurde und wird „gezielt zur Liberalisierung und Internationalisierung der Märkte eingesetzt“. (80f.) Die sozialen Konsequenzen einer solchen Politik drohen zu einer stärker werdenden „Aufwertung repressiver Staatsfunktionen“ zu werden. Der Zusammenhang von Wirtschaftsliberalismus und Nationalismus kann leicht durch eine Zuspitzung für rechte Populisten genutzt werden. „Konstruktionen des Nationalen werden dann als ideologisches Bindeglied genutzt, um soziale Frustration in autoritäre, obrigkeitstaatliche Orientierungen zu überführen.“ (81)

„Unternehmerisches Selbst“: Wirkmächtige Fiktion

Dörre kritisiert gängige Subjektivierungsthesen, die seiner Meinung nach „die Historizität und Mehrschichtigkeit individueller Subjektivität“ theoretisch nicht hinreichend erfassen und deshalb Sicherheitsansprüche von Beschäftigten nicht berücksichtigen. Das Leitbild des „Arbeitskraftunternehmers“ (Pongratz/ Voß) oder des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling) von Arbeitslosen wie Beschäftigten gerät seiner Meinung deshalb in Konflikt mit den Lebenssituationen, weil, materiell wie kulturell, die Voraussetzungen, eines Handelns, das sich rational-kalkulierend auszeichnen soll, nicht vorhanden sind. (142f.) Leiderfahrungen der Arbeitswelt werden von den Subjektivierungstheorien ignoriert, sodass dadurch Entstehungsbedingungen für eine rebellische Subjektivität aus dem Blick geraten. „Das ‚unternehmerische Selbst‘ bleibt bei von uns befragten Stammbeschäftigten, Prekarisierten und Erwerbslosen weitgehend äußerlich. Es handelt sich um eine, allerdings wirkmächtige Fiktion.“ (143) Mit „wirkmächtig“ meint der Autor, dass dieses Leitbild eine neue Vorstellung von Kapitalismus beinhaltet, die ein „expansives Wettbewerbsprinzip“ legitimieren soll. Aufgrund leidvoller Erfahrungen bei der Arbeits- und Lebensqualität gehen persönliche Antriebskräfte verloren, die für die subjektive Aktivität Voraussetzung sind. Damit wird das Gegenteil erreicht, was das „aktivierende Arbeitsmarktregime“ an sich erzeugen will. Die strengen Zumutbarkeitsregeln eines expansiven Überwachungsapparates stehen dann im Widerspruch zu einer geforderten Aktivierung. (145) Die strengen Zumutbarkeitsregeln von Hartz IV – über die Definition des angemessenen Wohnraums bis zu Vorschriften für Bedarfsgemeinschaften – schrecken nicht nur Lohnabhängige in fester Anstellung ab, sie sind vor allem ein Disziplinierungsmittel. (152)



AUFSTIEG DER NEUEN RECHTEN

Mit der Bundestagswahl 2017 hat die „populistische Revolte“ mit der AfD eine parlamentarische Vertretung im Bundestag. (163) Aus der Wahl- und Umfragesforschung ist für Dörre zu entnehmen, dass der völkische Nationalismus auch in Deutschland in allen Bevölkerungsgruppen Zuspruch findet. Dabei gilt es jedoch zu bedenken, dass dieser völkische Nationalismus überdurchschnittliche Resonanz bei Arbeitern, Gewerkschaftsmitgliedern und Erwerbslosen findet. 12,6 % der Stimmen hat die AfD 2017 erhalten, wobei 19 % der Arbeiter und 15 % der Gewerkschaftsmitglieder (14 % West, 22 % Ost) dieser Partei ihre Stimmen gaben. Frauen als Wählerinnen sind deutlich unterrepräsentiert, ebenso Akademiker*innen. Besonderen Zulauf fand die AfD in ländlichen und strukturschwachen Gebieten. (164)

Für die empirischen Befunde in sächsischen Regionen 2017/2018, wozu auch als Teilprojekt eine „Tiefenbohrung“ gehört, haben Dörre und sein Forscherteam bewusst rechte Arbeiter gesucht und befragt. Unter „Tiefenbohrung“ wird eine Forschung verstanden, die sich „Schritt für Schritt an ihren Gegenstand herantastet.“ (168) Interviews von Befragten mit Sympathien für Pegida und AfD erwiesen sich, wie Dörre schreibt, als „Herausforderung“. „Wie soll man beispielsweise mit einem Gewerkschafter umgehen, der dafür plädiert, wegen der Fluchtmigration das Lager Buchenwald wieder zu eröffnen? Wir haben uns bemüht, die Fassung zu wahren, das Interview fortgesetzt und uns am Schluss höflich per Handschlag verabschiedet.“ (169)

ETHNISIERUNG SOZIALER VERWERFUNGEN

Erstens, so Dörre, zeigt der Befund eine ernst zu nehmende national-soziale Gefahr. „Der ‚Saatboden für einen neuen Faschismus‘ (Jürgen Habermas) existiert tatsächlich.“ (191) Die von der völkischen Rechten betriebene Ethnisierung von sozialen Verwerfungen gelingt als Mobilisierungsstrategie auch unter aktiven Gewerkschaftern und Betriebsräten.

Zweitens stehen Pegida und AfD für Bewegungen, die anstelle von Ausbeutung Kausalmechanismen wie „Umvolkung“ oder „Einwanderung in die Sozialsysteme“ benutzen. Grundlegend für die Sichtweise der Befragten ist das Empfinden, „am gesellschaftlichen Wohlstand nicht angemessen beteiligt zu sein – materiell wie kulturell.“ (193) Da die Befragten deutlich machten, dass die politische Linke als ernst zu nehmende Kraft in keiner Weise in Betracht gezogen wird und die Gewerkschaften nur begrenzte Durchsetzungskraft hätten, ist der Raum für die völkische Rechte vorhanden, sich als Adressatin für verletztes Gerechtigkeitsempfinden zu empfehlen. (194)

Drittens kann, Dörre zufolge, dem Erfolg der völkischen Rechten Einhalt geboten werden. Das hängt davon ab, inwieweit es gelingt, „die alltagsweltliche Attraktivität des völkischen Ab-

wertungsmechanismus zu erschüttern.“ (195) Soziale Protestmotive von rechts eingestellten Arbeiter*innen sind das Eine, das Andere ist ein Weltbild, das durch Konkurrenz und kollektiver Abwertung geprägt ist. „Arbeiter werten sich selbst auf, indem sie alte und neue, ethnisch geprägte gefährliche Klassen abwerten. [...] ‚Hartz IV‘ hat die Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität nahe an die aktiven lohnabhängigen Klassen herangerückt.“ (196)

Viertens sollte, um die Integrationskraft rechtspopulistischer Blocks zu schwächen, rechten Arbeitern nicht pauschal Gerechtigkeits- und Demokratisierungsmotive abgesprochen werden. Es ist sinnvoll, „dem rationalen Kern populistischer Anschauungen größere Aufmerksamkeit zu widmen.“ (197) Eine kritische Soziologie müsste hierzu die Klassenvergessenheit der öffentlichen Diskurse und damit die Ausbeutung zum Thema machen. Wenn, Dörre zufolge, Gerechtigkeits- und Demokratisierungsmotive den rationalen Kern im Weltbild rechter Arbeiter bilden (eine m.E. schon fragwürdige These) und die Klassenvergessenheit wieder zum Thema gemacht werden soll, wie passt das zu seiner ersten Aussage, dass die von den völkischen Rechten betriebene Ethnisierung sozialer Verwerfungen mit Erfolg verbunden ist? Ein gefestigter oder relativ gefestigter Rassismus und Nationalismus soll zurückgedrängt oder sogar fallen gelassen werden zugunsten der Klassen- und Ausbeutungsverhältnissen? Dies widerspricht m.E. auch der zweiten Aussage.

Fünftens sieht Dörre die Gewerkschaften in einer „Schlüsselrolle“, da nur sie noch in der Lage sind, Arbeiter mit Sympathien für die populistische Rechte“ zu erreichen. (199) Dabei ergeben sich zwei Strategien für eine antipopulistische Politik: Einmal die der „klaren Kante“ mit Ausschlussverfahren, andererseits die Kritik an solchen Ausschlussverfahren, um damit nicht die repräsentierten Belegschaften den Einflüssen durch Pegida und AfD zu überlassen. Zwischen beiden Linien muss für den Autor ein Weg gefunden werden. (Ebd.)

ÖKONOMISCH-ÖKOLOGISCHE ZANGENKRISE

„Die zeitgenössische radikale Rechte inszeniert sich als politische Antwort auf eine zeithistorische Konstellation, die ich als ökonomisch-ökologische Zangenkrise bezeichne.“ (253) Der Begriff ist der ökosozialistischen Diskussion entlehnt und bedeutet bei Dörre, dass Wirtschaftswachstum als grundlegendes Kriterium des Kapitalismus zur Überwindung von Wirtschaftskrisen automatisch verbunden ist mit hohem Emissionsausstoß, fossilem Energieverbrauch und dem unersättlichen Verlangen nach Ressourcen, was zu einer Zerstörung von Lebensgrundlagen und zur Destabilisierung des globalen Ökosystems führt. Da kapitalistische Systeme notwendigerweise akkumulieren müssen, also expandieren müssen, um zu existieren, geraten sie in Widerspruch zu den sozialen und natürlichen Ressourcen, ohne die sie nicht überleben können. Die Reaktion des Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus auf die Zangenkrise ist

rückwärtsgerichtet und stellt eine autoritäre politische Verarbeitungsform dar. „Auf die repulsive Globalisierung antwortet die radikale Rechte mit Nationalismus, auf zunehmende Ungleichheit mit einer Ethnisierung der sozialen Frage, auf die ökologische Krise und den Klimawandel mit Leugnung oder Relativierung der Bedrohungen, auf die Fluchtmigration mit Abschottung und Abschiebung und auf die Ausbreitung liberal-libertärer Werte mit Antifeminismus, Rückbesinnung auf ein sozialdarwinistisch gewendetes Leistungsethos und eine exkludierende Nationalkultur.“ (267) Dieses Zitat von Dörre fasst die autoritäre politische Verarbeitungsform in überzeugender Weise zusammen.

DEMOKRATISCHE KLASSENPOLITIK

Eine demokratische Klassenpolitik muss „populär-demokratisch“ sein, nicht jedoch „populistisch“. Sie verzichtet auf binäre Codes und bipolare Denkmuster und Antagonismen im politischen Raum. Dörre definiert dies folgendermaßen: „Demokratische Klassenpolitik zersetzt hingegen jegliche Vorstellung homogener nationaler Gemeinschaften. Sie fordert zu kollektiver Selbsttätigkeit auf, und sie verbindet die von Löhnen direkt oder indirekt abhängigen Klassen(fractionen), weil sie nur über ethnische, nationale und Geschlechtergrenzen hinweg erfolgreich praktiziert werden kann.“ (292) Es muss seiner Ansicht nach wieder wissenschaftlich und politisch über Ausbeutung und Klassenverhältnisse gesprochen werden, um die Anziehungskraft, insbesondere auf Lohnabhängige, durch den Rechtsblock zu reduzieren. Da Klasse und Ausbeutung analytische Begriffe sind, taugen sie aber nicht für die politische Mobilisierung. Mit „Emotionen und Leidenschaft“ müssen „klassenpolitische[n] Themen“ hegemonial werden und mit ökologischen Nachhaltigkeitszielen verbunden werden. (298) Diese Darstellung des Autors verwundert, denn seine Forderung nach einer wissenschaftlichen wie öffentlichen Debatte über Ausbeutung und Klassen als Gegengewicht zu dem Rechtsblock steht dann aber im Widerspruch zu dem Argument, dass beide Begriffe nicht zur Mobilisierung taugen. Dass beide analytische Begriffe sind, und nicht alleine eine Rolle spielen können ist einsichtig. Klassenpolitische Themen haben aber notwendigerweise immer direkt wie indirekt mit Ausbeutung und Klassenverhältnissen zu tun (Produktions- und Arbeitsverhältnisse, Lohn- und Lohnnebenkosten, Wohnungsbaupolitik und Mietverhältnisse, Gesundheitswesen und Gesundheitspolitik, soziale und ökologische nationale wie globale Naturzerstörung usw.).

Für eine zeitgemäße Klassentheorie ist nach Dörre der analytische Begriff der ‚Klasse‘ absolut notwendig, nicht jedoch, wenn es um die Beschreibung sozialer Ungleichheiten geht. Um vertikale Ungleichheiten genau zu kennzeichnen sind „Schichtmodelle, Habituskonzepte oder Milieustudien wahrscheinlich leistungsfähiger als eine an Marx angelehnte Klassentheorie“. (307) Um den sozialen Wandel zu erklären, ist jedoch eine klassentheoretische Analyse unabdingbar. Auch wenn es den subalternen Klassen an Klassenbewusstsein fehlt, sind dennoch Klassenverhältnisse vorhanden. (Ebd.) Für Dörre kann von einer großen Klasse von Lohnabhängigen, wengleich fragmentiert, in den kapitalistischen Zentren nicht mehr gesprochen werden. Ausbeutungsformen und Ungleichheitsachsen müssen in ihrer Pluralität gesehen werden. Die Lohnabhängigen und ihre Familien, also die große Mehrzahl der Bevölkerung, müssen bezüglich der Teilnahme an Machtressourcen und Sozialeigentum, der Stellung in Unternehmenshierarchien und gesellschaftlicher Arbeitsteilung und der darüber vermittelten Chan-

Entfremdung Identität Utopie



Marvin Chlada, Peter Höhmann,
Wolfgang Kastrop & Helmut Kellersohn (Hg.)

ISBN 978-3-89771-774-9

200 Seiten, Oktober 2020

Reihe: Edition DISS Band: 45

Der Entfremdungsbegriff (bzw. ein verwandter Begriff wie Verdinglichung) hat Konjunktur. Die Debatte reflektiert zum einen das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistische »Welt« durchziehen und nach Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen dem »frühen« Marx und dem Marx der »Kritik der Politischen Ökonomie«, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Zum anderen verweist der Entfremdungsdiskurs auf die individuellen Leidenserfahrungen, die den Alltag der Menschen bestimmen.

Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um die Gestaltung von nichtentfremdeten Lebensverhältnissen. »Identität« (bzw. »kollektive Identität«) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppen formen, denen es um eine Änderung vorherrschender Lebens- und Denkweisen geht, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet haben.

Besondere Beachtung verdienen rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen. Auch sie operieren identitätspolitisch, indem sie das »Deutsch-Sein« (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche Wir zum allein bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen. Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des »Volkhaften«. Auch die Vorstellungen von einer anderen, besseren Welt haben Konjunktur.



cen auf dem Arbeitsmarkt in mindestens drei Klassen aufgeteilt werden. Eine Charakterisierung dieser Unterteilung kann hier nur in Kurzform erfolgen: Eine Großgruppe stellen Arbeiter*innen und kleine Angestellte mit überwiegend mittleren Qualifikationen in „kommandierten Arbeitstätigkeiten“ dar. „Angehörige dieser konventionellen Arbeiterklasse, die häufig das Gefühl haben, in einer dynamischen Gesellschaft festzustecken, tendieren teilweise dazu, Konkurrenzen mit dem Mittel des Ressentiments auszutragen, ohne das dies als naturwüchsiges, unumkehrbares Verhaltensmuster zu interpretieren wäre.“ (309) Eine weitere Klasse der Lohnabhängigen bildet die der akademisch gebildeten Personen. Diese wachsende Klasse hat Positionen am Arbeitsmarkt und im Produktions- und Reproduktionsprozess inne, die von der alltäglichen Sorge um Einkommen und Beschäftigung entlasten. (Ebd.) Davon zu unterscheiden ist eine dritte Klasse, die die Angehörigen der neuen Unterklasse umfasst. Hier sind keine Machtressourcen vorhanden, um kollektive Aktionen durchzuführen. Hierzu zählen prekär und informell Beschäftigte, Langzeitarbeitslose, illegale Migrant*innen, Obdachlose und weitere Außenseiter. Für alle gilt, dass sie sich „in sozialer Nähe zu einem Fürsorgestatus bewegen [...]“. Charakteristisch ist hier die Enteignung von Sozialeigentum, sozialer Ausschluss und systematische Abwertung der sozialen Position und des räumlichen Umfelds. (310) Demokratische Klassenpolitik, so Dörre in seinem Schlussteil, darf sich nicht auf einen Teil der Lohnabhängigen, wie z.B. die Industriearbeiterschaft, stützen, sondern muss sich zur Aufgabe machen, dass „kollektive Selbstbewusstsein aller Lohnabhängigen zu stärken“. Neben den Arbeiter*innen, die aktive Gewerkschaftsarbeit gegen rechte Weltbilder leisten und die immer noch die Mehrheit bilden, geht es um solche Arbeiter*innen, die noch nicht völlig festgelegt sind. Dafür ist es notwendig, die Klassenpolitik mit den „Konfliktachsen Natur, Ethnie/Nationalität und Geschlecht“ zu verbinden. (324)

FAZIT

Empirische Befunde aus drei Jahrzehnten bilden die Zeitachse in dem Buch von Klaus Dörre. Trotz einiger Wiederholungen wird dabei in überzeugender Weise eine „rechte Tiefengeschichte“ von Arbeiter*innen aufgezeigt, die sich im Laufe der Zeit radikalisiert hat. Deshalb sind Sympathien für rechte Weltbilder grundsätzlich kein neues Phänomen. Der Begriff der „Warteschlange“, von der US-Soziologin Arlie Hochschild übernommen, verdeutlicht die Problemlage. Es geht nicht vorwärts am Fuße des Berges der Gerechtigkeit. Da die Politik so wahrgenommen wird, dass sie am Alltag der Arbeiter*innen völlig desinteressiert ist, fühlen sie sich durch die Politik nicht mehr repräsentiert. Großereignisse wie z.B. die Wirtschafts- und Finanzkrise, die große Anzahl von Geflüchteten und die Eurokrise zeigen immer wieder, dass dafür genügend Geld vorhanden ist. Während dessen ziehen andere Menschen an der Warteschlange angeblich vorbei, die bisher nichts geleistet haben; so jedenfalls in dieser Bewusstseins-

lage. Diese Kränkung ist verbunden mit einer Selbstaufwertung und einer kollektiven Abwertung von Migrant*innen und Geflüchteten. Hinzu kommt noch in besonders strukturschwachen Gebieten, und hier sind die AfD und rechte Bewegungen vor allem im Osten besonders stark, die Problematik, dass Geschäfte und Kneipen schließen, Arztpraxen abwandern, Schulen und Kitas fehlen und zusätzlich Buslinien wegfallen. Dörre schildert dies in anschaulicher und nachvollziehbarer Weise. Dies macht das Buch in besonderer Weise lesenswert. Positiv ist ebenfalls zu bewerten, dass Dörre in der Beschreibung rechter Parteien und Bewegungen in ihrer Ablehnung des demokratischen Systems nationalistische und rassistische Inhalte rechter Argumentationen nicht zur Nebensache erklärt. Allerdings hätten die Notlagen der Bevölkerung aufgrund der Verschlechterung der Lebensverhältnisse noch umfassender erklärt werden können, d.h. woher diese Notlagen im Kapitalismus kommen.

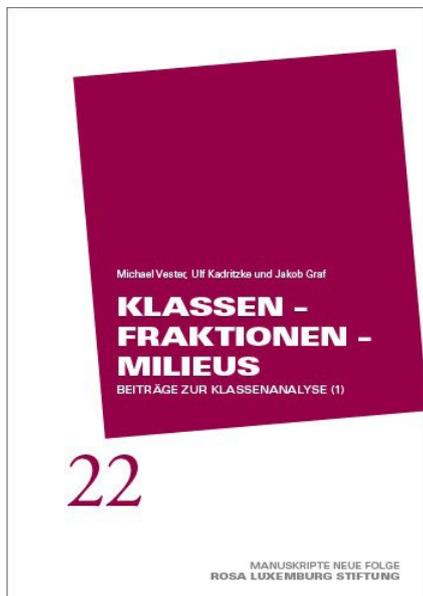
Dass es keinen automatischen Übergang von Arbeitslosigkeit, prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen und der Ablehnung demokratischer Systeme zu rechtspopulistischen und rechtsradikalen Einstellungen und Gewalt gibt, hätte m.E. zudem von dem Autor noch deutlicher herausgestellt werden können. Denn nationalistisch eingestellte Menschen beanspruchen im Beruf, im Verdienst, in der Wohnungssuche und in alltäglichen Angelegenheiten als Deutsche eine Bevorzugung als ihr gutes Recht. Dazu ist ihrer Meinung nach der Staat verpflichtet. Allerdings kommt dieser diesem nationalen Anspruchsdenken in gröblicher Weise nicht nach, woraus dann ein enttäuschter Nationalismus resultiert. Denn der Grund für den Nationalismus und Rassismus ist nicht ihre prekäre Lage, sondern die nationalistische und rassistische Interpretation ihrer sozialen Lage. Dieser Zusammenhang hätte m.E. in dem vorliegenden Buch bei der Analyse der Ethnisierung sozialer Verwerfungen noch stärker herausgestellt werden können.

Trotz dieser kritischen Anmerkungen ist das Buch *In der Warteschlange* von Klaus Dörre bezüglich der Darlegungen zur Radikalisierung einer Tiefengeschichte, der demobilisierten Klassengesellschaft, dem unternehmerischen Selbst als wirkmächtige Fiktion und der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise sehr erhellend und deshalb unbedingt lesenswert.

Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion und im AK Kritische Gesellschaftstheorie

„Mythos Mitte“ und die Klassenfrage

Rezension von Wolfgang Kastrup



Kadritzke, Ulf 2019: *Jenseits von „Mitte und Maß“*. Eine Vergegenwärtigung der Klassenfrage, in: Vester, Michael/ Kadritzke, Ulf/ Graf, Jakob: *Klassen – Fraktionen – Milieus. Beiträge zur Klassenanalyse (1)*, Manuskripte – Neue Folge der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 68-88.

Ulf Kadritzke, in diesem Jahr verstorbener Soziologe, war bis 2008 Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Sein Text *Jenseits von „Mitte und Maß“*. Eine Vergegenwärtigung der Klassenfrage bezeichnet unsere heutige Gesellschaft als Klassengesellschaft und analysiert im Besonderen die Klasse der Lohnabhängigen. Er kritisiert solche Ansätze und politische Ideologien, die den Klassenbegriff und die Analyse von Klassenfraktionen für obsolet halten. „Was tritt an ihre Stelle? Theoretisch die Kategorie der sozialen Schichtung, empirisch eine mehrdimensional quantifizierende Ungleichheitsforschung und politisch die einseitige Sorge um die ‚Mitte der Gesellschaft.‘“ (68) Für ihn ist der Begriff der ‚Ungleichheit‘ eine viel zu oberflächliche Kennzeichnung. Die politische wie sozialwissenschaftliche Beschwörung der gesellschaftlichen Mitte zeigt nicht nur die Ungenauigkeit des Begriffs der Mitte, sondern genau diese Unschärfe fördert, Kadritzke zufolge, die Verbreitung. (69) Die ständi-

gen Wiederholungen in Wissenschaft und Medien von einer breiten gesellschaftlichen Mitte hat mehrere Funktionen: Zum einen soll diese Ideologie belegen, dass soziale Ungleichheit eine motivierende Kraft hat, „weil hier die Erziehung der Marktgefühle geglückt erscheint“, zum anderen soll ein Leitbild verbreitet werden, dass Leistungswillen und selbständiges Handeln voraussetzt. Damit wird Ungleichheit moralisch nicht abgelehnt, sondern in Maßen als Notwendigkeit erachtet. Auch Gerechtigkeit und Gemeinwohl, das allerdings nicht zu teuer werden darf, werden damit moralisch transportiert. (70)

Er stellt heraus, dass die Mittelklassen in verschiedenen wissenschaftlichen Ansätzen der Weimarer Republik trotz aller Differenzierungen in einen Klassenkontext eingeordnet wurden. Nach 1945 ist dies in wissenschaftlichen und politischen Diskursen verdrängt und vergessen worden. Stattdessen sprach man, wie Schelsky 1953, von einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“. Danach wird der Klassengegensatz, bedingt durch gestiegene Konsumchancen und eine Anhebung des Lebensstandards, eben durch Nivellierung, obsolet. Dieser Begriff blendete nach Ansicht des Autors die soziale Realität und die politischen Konflikte zu dieser Zeit aus. In der empirischen Sozialforschung ist dann in der letzten Zeit zwar nicht der Begriff Mittelstandsgesellschaft fallen gelassen worden, wohl aber der Begriff der Nivellierung. Kadritzke zitiert hier den Wirtschafts- und Sozialhistoriker Hans Ulrich Wehler, der über „kosmetische“ Operationen spricht, und kritisiert, dass in Deutschland eine „in Klassen gegliederte Marktgesellschaft“ negiert wird. (75f.) Da Klassen keine homogenen Lebenslagen haben, plädiert der Autor für Differenzierungslinien bezüglich der klassentypischen Haltung. Hinzukommen – hier wird auf Michael Vester verwiesen – noch Überlegungen und Kategorien von Pierre Bourdieu, dass bezüglich der Klasse der abhängig Beschäftigten die soziale Her-

kunft, spezielle Berufe und besondere Qualifikationen sozial und kulturell zu Kapital werden können. „Sie verdichten sich zu typischen, von sozialen wie kulturellen Differenzierungsprozessen geprägten ‚Klassenmilieus‘, die sich im *Habitus* und in typischen *Mentalitäten* niederschlagen.“ (79) Zwar wird durch die gemeinsame ökonomische Lage auch Raum geschaffen für objektive Interessen, die sich allerdings nicht im Alltagsbewusstsein und im politischen Handeln unmittelbar zeigen. Dies erschwert eine kollektive Interessenpolitik. Mit der verschärften Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten wird Raum geschaffen, um lohnabhängige Fraktionen – national wie international – gegeneinander auszuspielen. Vermittelnde Kategorien werden gebraucht, die die historischen, kulturellen, geschlechts- und berufstypischen Besonderheiten einschließlich der spezifischen Milieus im Zusammenhang sehen. (80)

Mit dem Anwachsen des Dienstleistungsgewerbes kommt hinzu, dass diese Arbeit kaum noch gemeinsame Interessenlagen hervorbringt. „Honorarkräfte und Mehrfachjobber, Burger-Braterinnen, Fahrradkurierinnen und ‚freie‘ Grafikdesignerinnen erleben weniger das ‚Kapital‘ als zunächst den ‚Markt‘ und die ‚Kunden‘ als Mächte, die über ihre Einkommenschancen, Arbeitszwänge und Zeitbudgets bestimmen.“ (82) Interessenlagen, Bewusstseinsformen verändern sich und dadurch werden Formen kollektiven politischen Handelns immer schwieriger. Hinzuzufügen ist hier m.E. noch, dass auch für eine gewerkschaftliche Interessenvertretung das deutlich zunehmende Dienstleistungsgewerbe immer komplizierter wird. Kadritzke zufolge zeigt dies, dass eine neue, verbindende Klassenpolitik notwendig ist. „Der Lohn und die Arbeitsplatzsicherheit bestimmen das Maß an Ungleichheit und materieller Ausbeutung, die Länge und Lage der Arbeitszeit das Maß an Ungleichheit und Entfremdung.“ (83) Neben der Arbeit gibt es weitere Bereiche der Klassenbeziehungen, so



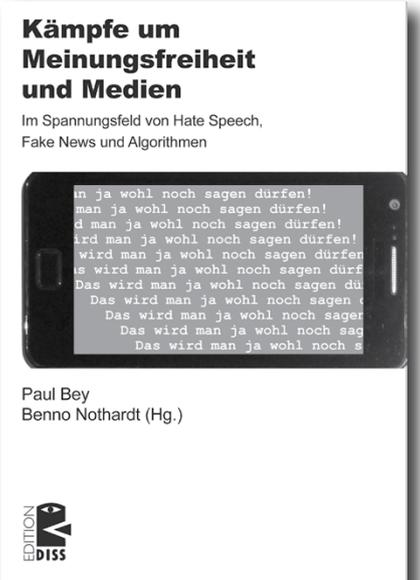
z.B. den Konsum. Dieser ist, der Autor verweist hier auf Baudrillard, eine die gesellschaftlichen Beziehungen durchdringende „Klasseninstitution“. Die Werbung betreibt einen Prozess der „Denivellierung“, da sie auf spezielle Zielgruppen (Schichten, Milieus und Lebensstile) eingeht. Daneben zählen zur Klassenfrage das Wohnen, die Bildung, die Zerstörung der Umwelt, die Geschlechtergerechtigkeit und die vielen Formen der Diskriminierung, die Kadritzke hier nicht näher erläutert.

Eine solche „neue Klassenanalyse“ kann für Kadritzke keine schnellen Antworten liefern. Sie muss aber den Zusammenhang „von kritischer Theorie und eingreifender Praxis“ wahren und weiter gehen. Das Zitat des früheren französischen Umweltministers Hulot: „Die einen fürchten das Ende der Welt, die anderen das Ende jeden Monats“, wenn das Konto überzogen ist, das dieser auf „die umweltbewussten Mittelschichtsakademiker und die abgehängten Gelbwesten“ bezog, nimmt der Autor zum Anlass, „die Gemeinsamkeiten zwischen den besser gesicherten Lohnabhängigen und einem ‚Prekariat‘ aufzuspüren, das mit den Attributen migrantisch und weiblich noch nicht einmal vollständig umrissen ist.“ (85)

Um der nationalistischen Beschwörung der Volksgemeinschaft und der ideologischen Rede von „Mitte und Maß“ durch eine kritische Erklärung der kapitalistischen Verhältnisse entgegenzutreten, ist es erforderlich, so seine Forderung, gesellschaftliche Herrschaftsformen zu durchschauen. „Was hingegen nicht hilft, ist ein bloßes Zurück zur Nation, ein Diskont auf die Menschenrechte oder die Sehnsucht nach der vermeintlich homogenen Arbeiterklasse des Industriezeitalters.“ (86)

Kadritzke gelingt es, den Fokus auf den „Mythos Mitte“ zu legen und eine überzeugende ideologiekritische Analyse dessen vorzulegen. In Wissenschaft und Publizistik, aber auch in Wahlkämpfen wird immer wieder, und dies schon seit geraumer Zeit, die gesellschaftliche Mitte als zentrale gesellschaftliche Kategorie der Stabilität und der Abwesenheit von sozialen Klassen herausgestellt. Ideologiekritisch ist die Fortsetzung der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ von Schelsky. „Mitte und Maß“ ist sozusagen der gesellschaftliche Kitt, um der gesellschaftlichen Ungleichheit zu begegnen. Leider werden aber von Kadritzke ‚Rasse‘ und ‚Geschlecht‘ in seinem Text nur äußerlich einbezogen. Migrant*innen ohne deutschen Pass wurden und werden insofern immer schon ausgegrenzt, da die Unterscheidung in In- und Ausländer als Staatsbürgerschaftskriterium Ausgrenzung grundsätzlich voraussetzt.

Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion und im AK Kritische Gesellschaftstheorie



Paul Bey, Benno Nothardt (Hg.)
Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien
 Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News und Algorithmen
 ISBN 978-3-89771-773-2
 Unrast-Verlag, 2019
 Seiten: 160, Reihe: Edition DISS Band: 44

Die politische Kultur ist aktuell in einen Kampf um Meinungsfreiheit und mediale Wahrheit verwickelt. Während die einen den Medien weiterhin Unabhängigkeit und Objektivität bescheinigen, wird ihnen von der anderen Seite »Lügenpresse«, »Political Correctness« und »Fake News« entgegengeschleudert. Die Autor*innen dieses Bandes untersuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln den umkämpften Begriff im Spannungsfeld von extremer Rechten, Leitmedien und Digitalisierung. Sie zeigen auf, mit welchen Strategien extreme Rechte Diskurse und digitale Algorithmen in sozialen Medien manipulieren, während sie gleichzeitig Meinungsfreiheit als Kampfbegriff nutzen, um Kritik an diskriminierenden Aussagen als vermeintliche Zensur abzuwehren. Gezeigt wird auch, wie sich der umkämpfte Begriff der Politischen Korrektheit verändert hat und Provokationen ein Teil des Erfolgsrezeptes für den Aufstieg der AfD sind.

»In der Tradition des DISS immer sehr präzise und akademisch genau belegt, in der Konsequenz nicht immer gerade einfach zugänglich, aber unbedingt lesenswert.« – Jörn Malik, Lotta

» ... höchst interessant und hilfreich, um sich für die Diskussion um das umstrittene Thema Meinungsfreiheit zu wappnen.« – Nina Rink, der rechte rand

Die politische Theorie des Neoliberalismus

Rezension von Helmut Kellershohn

Über den „Neoliberalismus“ ist bereits viel geschrieben worden. Thomas Biebricher hat mit seiner Habilitationsschrift, die bereits 2018 auf Englisch und nun bei Suhrkamp (2021) auf Deutsch erschienen ist, ein fulminantes Werk hinzugefügt. Der Titel ist auf den ersten Blick insofern missverständlich, als es ihm nicht nur um die ideengeschichtliche Rekonstruktion einer politischen Theorie geht, sondern auch um die Wirkmächtigkeit neoliberaler Ideen im Rahmen realpolitischer Prozesse, konkret im Rahmen der Konstitution und Entwicklung der Europäischen Union. Die Zweiteilung seines Werkes in einen ideengeschichtlichen und realhistorischen (zeitgeschichtlichen) Teil macht dies deutlich.

In der Einleitung kommt Biebricher zunächst auf den merkwürdigen Umstand zu sprechen, dass der Begriff „Neoliberalismus“ bzw. die Thematisierung dessen, was unter „Neoliberalismus“ verstanden werden könnte, vor allem eine Angelegenheit seiner Kritiker („fast ausnahmslos“) zu sein scheint, während es „heute schlicht keine bekennenden Neoliberalen mehr gibt“ (7). Handelt es sich also um einen reinen Kampfbegriff, der von Kritikern „mit antikapitalistischer Schlagseite“ (8) gebraucht bzw. missbraucht wird?

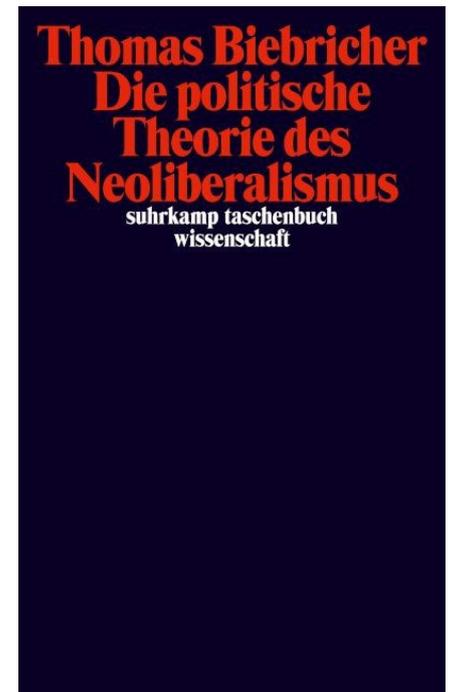
Diesem Eindruck tritt Biebricher entschieden entgegen. Der Neoliberalismus sei in der Tat „mehr als eine chimärische Ausgeburt der übersteigerten Phantasie seiner Kritiker“ (8). Das wirft definitorische Probleme auf, derer sich Biebricher durchaus bewusst ist. Was kann als „Neoliberalismus“ bezeichnet werden, wenn es sich, wie er betont, „nicht um eine geteilte Doktrin“ (8) handelt? Aus dieser Verlegenheit hilft eine Sichtweise, die Biebricher die „neoliberalen Problematik“ nennt, also die Beschreibung einer Problemlage, auf die sich neoliberale Vordenker gemeinsam beziehen, nämlich die Frage,

wie „die Bedingungen der Möglichkeit von funktionierenden Märkten“ (8) bestimmt werden könnten. Die Autoren, die Biebricher diesbezüglich ins Auge fasst, sind einerseits die deutschen Ordoliberalen Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow sowie – aus dem angelsächsischen Raum – die Autoren Friedrich August von Hayek, Milton Friedman und James Buchanan. Deren „Ideen, Entwürfe und Argumente“ (8) werden im ersten Teil des Buches untersucht. Zwei Aspekte hebt B. eingangs hervor:

Erstens richte sich sein Fokus auf die „genuin politische Dimension“ neoliberalen Denkens. Diese sei „integrale[r] Bestandteil der neoliberalen Problematik und keineswegs nur ein zu vernachlässigendes Anhängsel des vielbeschwo- renen Glaubens an selbstregulierende Märkte“ (8). Biebricher warnt geradezu vor einem ökonomistischen Missverständnis, neoliberale Theorie sei vielmehr als „politische Ökonomie“ (18, Hervorh. i. Orig.) ernst zu nehmen.

Zweitens will er neoliberales Denken anhand der Diskurse zu Staat, Demokratie, Wissenschaft und Politik untersuchen. Seine erklärte Absicht ist es, die diesbezüglichen Positionierungen in ihrer Diversität und vor allem auch Widersprüchlichkeit herauszuarbeiten. Es geht ihm um die „Heterogenitäten und Spannungen zwischen den diversen Perspektiven“, die er „in unterschiedliche Variationen neoliberalen Denkens“ (9, Hervorh. i. Orig.) identifizieren will.

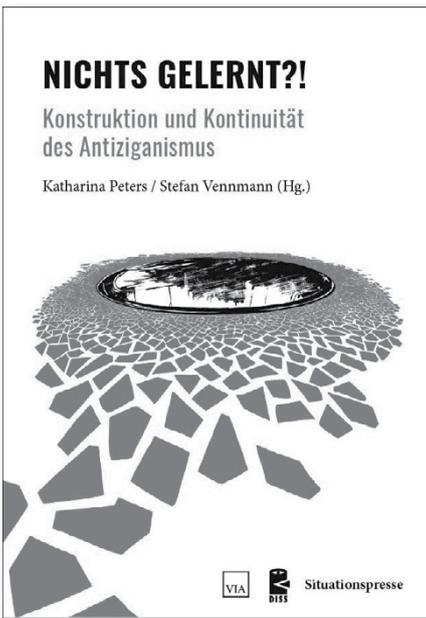
Im zweiten Teil wendet er sich dann, wie oben angedeutet, „der Welt des ‚real existierenden Neoliberalismus‘“ (9), die er am Beispiel der Europäischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion untersuchen will, dem, wie es heißt, „bei weitem avancierteste[n] Labor zur Entwicklung neuer neoliberaler politischer Formen“ (9). Es geht ihm um den Nachweis, „dass die Eurozone in ihrer aktuellen institutionellen Ausgestaltung den politischen Vorstellungen



Thomas Biebricher:
Die politische Theorie des Neoliberalismus,
 Berlin: Suhrkamp 2021,
 345 Seiten, 22 Euro.
 ISBN: 978-3-518-29926-5

des *Ordoliberalismus* als einer spezifischen Variante des Neoliberalismus entspricht“ (10, Hervorh. i. Orig.). Biebricher nennt dies die „Ordoliberalisierung Europas“. Auf die neuere Entwicklung seit Ausbruch der Corona-Pandemie geht er im Epilog des Buches ein.

Aus aktuellen Gründen – auch dies näher im Epilog – bezieht er den Aufstieg des Rechtspopulismus in den letzten Jahren in seine Betrachtung mit ein. Freilich bevorzugt er den (weiteren) Begriff „Autoritarismus“ und betont in diesem Zusammenhang sowohl mit Blick auf die Entwicklung der EU und der Wirtschafts- und Währungsunion, als auch mit Blick auf die „Variationen des neoliberalen Denkens“ (10) die autoritäre Komponente. Autoritarismus und Neoliberalismus (zumindest besagte Variationen) konvergieren durchaus in wichtigen Punkten, realhistorisch im Rahmen europäischer „Governance“, ideenpolitisch in Form mancher neoliberaler Konzepte. Von dorther erteilt



NICHTS GELERNT?!
 Konstruktion und Kontinuität
 des Antiziganismus
 Katharina Peters / Stefan Vennmann (Hg.)
 Situationspresse (Duisburg) 2019
 ISBN 978-3-935673-46-4
 211 Seiten, 18 Euro

Der Sammelband mit Aufsätzen zum Thema Antiziganismus vereint Beiträge aus der Wissenschaft und der Praxis zur in Deutschland leider immer noch am meisten verbreiteten Form des Rassismus. Er wurde vom Arbeitskreis Antiziganismus im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) erstellt – in Kooperation mit dem Verband für interkulturelle Arbeit (VIA).

Antiziganismus hat Tradition. Er ist trauriges Zeugnis einer Kontinuität von ausgrenzenden und menschenverachtenden Verhältnissen. Die spezifische Form von Rassismus wirkt seit Jahrhunderten in Deutschland und Europa in zahlreichen Variationen der immergleichen Stereotype sowie den damit verbundenen Gedankenmustern und Diskriminierungspraktiken. Dabei zeichnet sich Antiziganismus durch eine enorme Anpassungsfähigkeit und eine hohe Widerständigkeit gegen seine Bekämpfung aus. Welche Wirkmechanismen und Strukturen lassen sich identifizieren? Welche Strategien und Lösungsansätze können diesem Ressentiment entgegengesetzt werden?

Erhältlich über den Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) und über den Buchhandel (Verlag Situationspresse, Duisburg)

Biebricher Überlegungen eine Absage, die nach der Finanz- und Eurokrise (und jetzt auch im Kontext der Corona-Krise) von einem „Ende des Neoliberalismus“ (10) sprechen. Im Gegenteil: „Versteht man den Neoliberalismus richtig, nämlich als kapitalistische Märkte, die in autoritäre politische Formen eingebettet sind, dann ist dieser Neoliberalismus keineswegs am Ende – womöglich hat er gerade erst begonnen.“ (10)

Der Untersuchung Biebrichers liegen zwei Entscheidungen, auch in methodischer Hinsicht, zugrunde:

1. Biebricher bezeichnet seinen Ansatz als ein „ideenbasiertes Verständnis des Neoliberalismus“ (17). Er grenzt dieses Verständnis gegen Einwände ab, die aus einer „eher materialistischen Perspektive“ (17) formuliert werden (z.B. David Harvey). Der zufolge sei „die ideationale Dimension des Neoliberalismus in allererster Linie und womöglich ausschließlich von ideologischer Bedeutung“ (17). Man betone die „vermeintliche Kluft zwischen neoliberaler Theorie und Praxis“ und – als Kritik an nicht-materialistischen Ansätzen – die „Einbettung von Ideen in interessebasierten und institutionellen Machtstrukturen, [...] die die Resilienz jener Ideen verbürgten.“ (17)

Unabhängig davon, ob es sich hier nicht eher um eine Verballhornung des Ideologiebegriffs handelt – richtig ist, worauf Biebricher hinauswill, nämlich die „Wirkmächtigkeit“ (18) und Praxisrelevanz neoliberaler Theorie in ihrer Eigenschaft als „politische Ökonomie“ zu demonstrieren. Darüber hinaus sei es politisch relevant, da Neoliberale auf Kritik häufig mit dem Hinweis auf die bislang unzureichende „Implementierung“ (19) ihrer Ideen reagierten, dass man das Problematische der „Ideen selbst“ aufzeigen könne.

2. Es geht Biebricher daher nicht nur um „Rekonstruktion und Analyse“ der neoliberalen Ideenwelt, sondern auch um deren Kritik, die er explizit als eine „immanente Kritik“ begreift. Er will „interne Inkonsistenzen sowie Spannungen innerhalb und zwischen diversen Varia-

tionen des Neoliberalismus“ (19) offenlegen und klären, „inwieweit sie ihren eigenen Ansprüchen und Maßstäben (nicht) genügen“ (19) können. Zudem will er die Aufmerksamkeit darauf richten, „was in neoliberaler Theorie unausgesprochen bleibt, also die Annahmen und Bedingungen, die stillschweigend vorausgesetzt werden, die daraus resultierenden Limitierungen und blinden Flecken sowie die Implikationen und potentiellen Auswirkungen bestimmter Vorstellungen, wenn sie denn realisiert würden“ (19f.).

Mit diesem Anspruch verfolgt Thomas Biebricher ein methodisch und inhaltlich anspruchsvolles Programm. Der Wert seiner Habilitationsschrift für die Rechtsextremismus-Forschung ist erheblich. Sie präsentiert eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten für extrem rechte Argumentationen, die sich sowohl in der wirtschafts- und sozialpolitischen Publizistik (z.B. Junge Freiheit, eigentümlich frei) als auch in der Programmatik beispielsweise der AfD niederschlagen. Man kann geradezu von einer Strukturierung rechter Diskurse nach Maßgabe der Intensität sprechen, in der neoliberale Konzepte unterschiedlichster Art aufgegriffen und mit völkischen Ideologemen gekoppelt werden, im Gegensatz etwa zu den Strömungen, die sich auf eine im weitesten Sinne national-soziale und völkisch - ‚antikapitalistische‘ Programmatik fokussieren. Die Übernahme neoliberaler Argumente signalisiert den strategischen Willen, für die Renationalisierung der Republik und den geforderten Umbau des Staates in einer breiteren bürgerlichen Öffentlichkeit und insbesondere bei dissidenten Eliten in Wirtschaft, Medien und Politik Zustimmung zu generieren.

Liberaler Traditionen und Faschismus

EIN ISRAELISCHER HISTORIKER THEMATISIERT EINEN BRISANTEN ZUSAMMENHANG

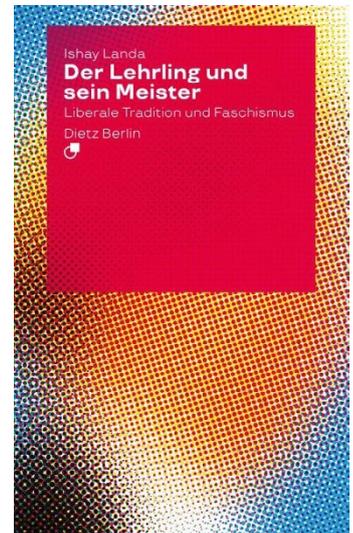
Rezension von Helmut Kellershohn

Als Herbert Marcuse 1934 in der Zeitschrift für Sozialforschung seinen Artikel *Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung* veröffentlichte, legte er seinen Ausführungen drei Überlegungen zugrunde. Erstens ging er von einer „Kontinuitätsthese“ (Heinz Gess) aus, der zufolge „die Wendung vom liberalistischen zum total-autoritären Staat sich auf dem Boden derselben Gesellschaftsordnung“ vollzogen habe und der Faschismus trotz heftigster Kritik am Liberalismus wesentliche Elemente der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bejahe. „Der total autoritäre Staat“ verkörpere nur „die dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus entsprechende Theorie und Organisation der Gesellschaft“. Zweitens beruhe diese ‚Theorie‘ darauf, dass aus dem Weltbild des Liberalismus „entscheidende Momente aufgegriffen und in der von den veränderten ökonomisch-sozialen Verhältnissen geforderten Weise umgedeutet und weiterentwickelt“ würden. Ja, der Liberalismus habe selbst, gewissermaßen in einer Phase der Selbstkritik (vor dem Hintergrund der Krise), autoritäre Ideen aus sich selbst heraus „erzeugt“, so dass also Umdeutung und Selbsttransformation Hand in Hand gingen. Drittens beabsichtigte Marcuse, diesen diskursiven Prozess auf dem Feld des Kulturellen und speziell in der zeitgenössischen Philosophie nachzuvollziehen.

76 Jahre nach Marcuse legte der israelische Historiker Ishay Landa eine bemerkenswerte Studie *The Apprentice's Sorcerer. Liberal Tradition and Fascism* (Leiden/Boston: Koninklijke Brill NV 2010) vor, die an Marcuse anknüpft, ohne diesen zu erwähnen. Das ist bedauerlich, schmälert jedoch nicht das Verdienst der Studie, die jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt (ein Auszug erschien in der *Jungen Welt*), zumal sie ideengeschichtlich weit ausholt, um die Schnittmengen zwischen Liberalismus und Faschismus zu klären.

Motiviert ist die Studie durch den sog. „neuen Konsens“ in der Geschichtswissenschaft, wie er durch die Arbeiten von Zeev Sternhell, Roger Griffin oder Roger Eatwell verkörpert wird und auf der Devise beruht, man müsse „die Faschisten beim Wort nehmen“ und „die faschistische Ideologie in den Mittelpunkt der Debatte stellen“ (9) statt sie funktionalistisch von vornherein „auf ihren vermeintlichen Klassencharakter“ zu reduzieren. Auch für Landa liegt der „Fokus“ der Untersuchung auf der Ideologie (249), wogegen er sich allerdings wendet, könnte man kritisch als Methode der bloßen ‚Verdopplung‘ bezeichnen, während der Historiker vor der schwierigen Entscheidung stünde, „wann genau er sie [die Faschisten] beim Wort nehmen sollte und wann nicht“ (25). Historiker sollten zudem hinterfragen, „was Worte konkret umschreiben und welche politi-

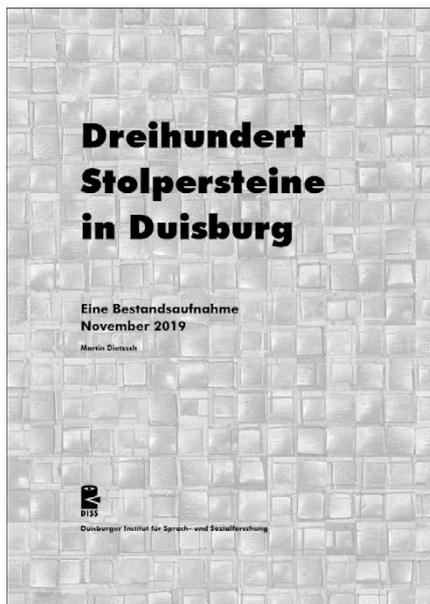
Ishay Landa: *Der Lehrling und sein Meister. Liberaler Tradition und Faschismus*, Berlin: Karl Dietz Verlag, 407 Seiten, 20 Euro. ISBN: 978-3-320-02383-6



schen, sozialen oder wirtschaftlichen Kräfte, Institutionen und Projekte mit bestimmten Worten zurückgedrängt oder gefördert werden sollten“ (15). Landa fordert also die Analyse der Bedeutungen in ihren jeweiligen historischen Kontext. Sein Vorwurf an Sternhell („Weder rechts noch links“) geht dahin, dass er die Anrufung des Sozialismus in der faschistischen Propaganda doch wohl zu wortwörtlich nehmen würde und „fast ausschließlich die sozialistischen Wurzeln des Faschismus“ (13) im Auge habe, „während traditionelle rechte Motive eine unvergleichlich kleinere Rolle spielten“ (13). Landa bemerkt hier eine Nähe zu früheren Mainstream-Interpretationen, die totalitarismustheoretisch die „Wahlverwandtschaft“ (11) von Sozialismus/Kommunismus und Faschismus als gleichermaßen antiliberaler Projekte betonten. Dagegen setzt Landa ganz im Sinne Marcuses auf die „These einer ideologischen, sozialen und historischen Verwandtschaft zwischen dem Liberalismus und dem Faschismus“ (17). Er wolle nachweisen,

„dass viele jener schockierenden und extremistischen Positionen des Faschismus, die gewöhnlich als Angriffe auf den Liberalismus betrachtet werden – die Verachtung der Demokratie, die Diktatur, der Angriff auf den Rationalismus und die wissenschaftliche Objektivität, die Propaganda, der chauvinistische Nationalismus und der imperialistische und rassistische Krieg –, außerhalb des liberalen Settings historisch undenkbar sind. Der Faschismus war das organische Ergebnis von Entwicklungen, die *im Wesentlichen*, also *nicht vollständig*, innerhalb der liberalen Gesellschaft und Ideologie stattfanden. Er war ein extremer Versuch, die Krise des Liberalismus zu lösen, indem man seine inneren Widersprüche durchbricht, und die Bourgeoisie auf diese Weise vor sich selbst zu retten.“ (17)

Mit der Krise des Liberalismus meint Landa die historische Spaltung des Liberalismus in einen wirtschaftsliberalen und



Martin Dietzsch
Dreihundert Stolpersteine in Duisburg
Eine Bestandsaufnahme
November 2019

Kostenlose Online-Broschüre, 338 Seiten, DIN-A4
<http://www.diss-duisburg.de/online-bibliothek/bucher-im-volltext/broschuere-ueber-die-duisburger-stolpersteine/>

Bis November 2019 wurden in Duisburg 300 Stolpersteine verlegt. Die Leserinnen und Leser finden hier erstmals eine ausführliche und vollständige Liste dieser Steine mit Verlegungsort, Fotos des jeweiligen Steines und dessen Umgebung, das Verlegungsdatum, sowie Kurztexte zu den Biografien, die der Literatur und Zeitungsartikeln entnommen sind und Verweise auf weitere Quellen.

politischen Flügel: auf der einen Seite die Apologeten des „Sondereigentums an Produktionsmitteln“ (Ludwig von Mises), die potenzielle oder tatsächliche ‚Übergriffe‘ des Staates im Zeitalter der „Massendemokratie“ befürchteten (z.B. Steuerprogression), ihre ärgsten Feinde in den Parteien der Arbeiterbewegung erblickten und den Faschismus als Nothelfer betrachteten; auf der anderen Seite die Liberalen, die bereit waren, aus welchen Gründen auch immer, die Öffnung der politischen Institutionen für die ‚Massen‘ und ihren Repräsentanten, z.B. durch das allgemeine Wahlrecht, zu akzeptieren. Landa konzentriert sich auf die Ersteren und auf die „tief verwurzelten Determinanten“ (27) des Wirtschaftsliberalismus seit John Locke für autoritäre Lösungen, an die der Faschismus anknüpfen konnte, indem er sich zum Retter der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse aufschwang.

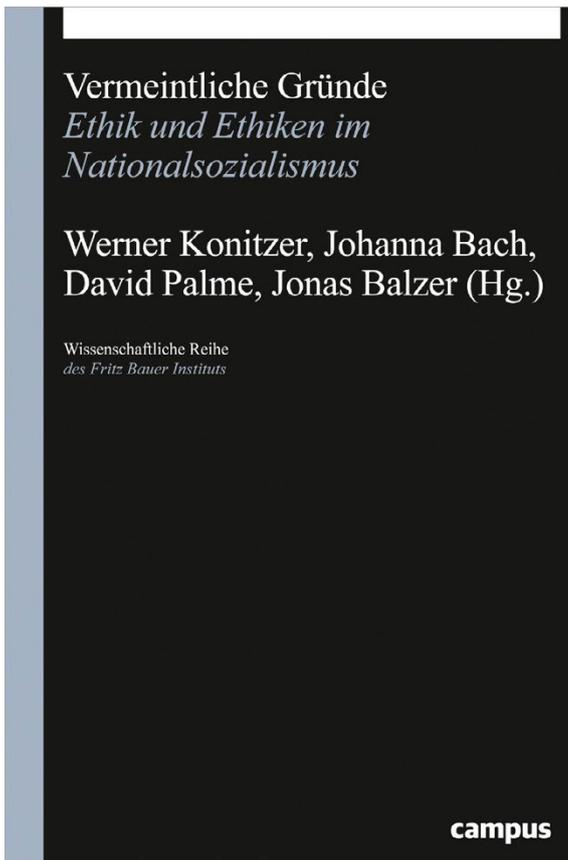
Die Studie Landas gliedert sich grob in zwei Teile. Im ersten Teil erläutert er zunächst die „liberale Spaltung“ und das Programm der Wirtschaftsliberalen, die Wirtschaft von der (demokratischen) Politik zu trennen (Kap. 1); es folgen drei Abschnitte, in denen Landa Konzepte vorstellt, mit denen „Antiliberalen“ unterschiedlicher Couleur (u.a. Spengler, Hitler, Moeller van den Bruck, Schmitt) sich als Verteidiger der bürgerlichen Eigentumsordnung profilieren wollten, auch und gerade dann, wenn sie sich als „Sozialisten“ gerierten. Im zweiten Teil (Kap. 5 und 6) dekonstruiert der Autor einige „Mythen“, die den Gegensatz zwischen Liberalismus und Faschismus überbetonen (z.B. Kosmopolitismus vs. Nationalismus, Individualismus vs. Kollektivismus). Im abschließenden Nachwort wirft Landa einen Blick auf die angebliche Immunität der nordwesteuropäischen Nationen (allen voran England) gegen den Faschismus, die den stabilen liberaldemokratischen Institutionen zu verdanken sei. Auch dieses Narrativ kritisiert Landa und verweist auf die ideologischen Austauschbeziehungen: Eugenik, Rassentheorien etc. sowie die positive Haltung relevanter Gruppierungen der englischen Eliten gegenüber dem Faschismus als einem Bollwerk gegen den Bolschewismus.

Philosophische Aufarbeitung: Ethik und Ethiken im National- sozialismus

Rezension von Stefan Vennmann

Dass die Frage nach einer genuin nationalsozialistischen Moral und Ethik seit einigen Jahren ein umkämpftes Forschungsfeld bietet, zeigte meine im vorigen DISS-Journal erschienene Rezension zu Lothar Fritzes problematischem Buch *Die Moral der Nationalsozialisten*. Gegen die relativierenden Versuche dieses Buches bieten die im Folgenden vorgestellten Untersuchungen zu *Vermeintlichen Gründe. Ethik und Ethiken des Nationalsozialismus* eine andere, völlig abweichende Perspektive.

Die Studie folgt den ebenfalls am Fritz Bauer Institut in Frankfurt/M. entstandenen Bänden zur *Moralisierung des Rechts* (2014) und *‚Arbeit‘, ‚Volk‘, ‚Gemeinschaft‘* (2016). Letzterer trägt mit Ethik und Ethiken des Nationalsozialismus sogar den identischen Untertitel der vorliegenden Studie. Diese



Konitzer, Werner/Bach, Johanna/Palme, David/Balzer, Jonas (Hg.)
2020: *Vermeintliche Gründe. Ethik und Ethiken im Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. und New York: Campus, 488 Seiten, 39,95 Euro., ISBN: 978-3-59351-031-6

ist kein klassischer Sammelband, sondern vereint neben einer umfangreichen, hier im Fokus stehenden Einführung und philosophischen Einordnung der Herausgeber:innen zwanzig Originaltexte nationalsozialistischer Philosophen, Theologen und Pädagogen. Alle waren zwischen 1920 und 1942, teils von Parteilinie und Alltagsideologie abweichend, in den Nationalsozialismus involviert und versuchten Pflichten gegenüber Volk und Führer als Ethik zu begründen (273, 367).

Der Band stößt eine neue philosophische Reflexion über den Charakter der akademischen Philosophie im Nationalsozialismus an. Auch wenn es sich bei den ethischen Begründungszusammenhängen „nur um vermeintliche Gründe handeln“ (8) mag, die keine in der Vernunft begründeten Handlungen rechtfertigen, zeigen sich viele der Originaltexte von philosophischen Klassikern, besonders Kant, Fichte und Hegel, inspiriert, die nicht notwendigerweise unüberzeugend als mit „dem Nationalsozialismus vereinbar“ (62) interpretiert werden. Da-

rüber hinaus folgt der Band auch ein politisch wichtiges Ziel: Er deckt die Verstrickung der akademischen Philosophie in die vermeintlich moralische Begründung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik auf und fordert, „die Rolle der Institution Philosophie systematisch zu erforschen“ (76), um einen Teil zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen zu leisten.⁵⁰

Die umfangreiche Rekonstruktion und Kritik der bisherigen Debatte zur nationalsozialistischen Moral liefert Einblicke, die eher historiographisch und ideologiegeschichtlich als moralphilosophisch vorgehen, und spart nicht an überzeugender Kritik zu Methodik und Quellennutzung der bisherigen Ansätze. Besonders die am *Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung* durchgeführten Forschungen und deren fragwürdige „Nähe zur Sprache der Quellen“ (25) werden als problematisch hervorgehoben. Eine Kritik, die im Kontext des Buches von Lothar Fritze fast zu harmlos scheint. Leider findet John K. Roths instruktives Buch *Ethics during and after the Holocaust. The Shadow of Birkenau* (2005) keinen Eingang in die Diskussion des Forschungsstandes, der sich nicht nur mit einigen der auch hier prominent genannten Forscher:innen auseinandersetzt, sondern ebenso wie die Herausgeber:innen auf „die handlungsanleitende Normativität im Nationalsozialismus“ (34) eingeht und darüber hinaus auch Ansätze einer politischen Aufarbeitung entwickelt, die mit den hier zusammengestellten Texten sicher präzisiert werden könnten.

Die Methodik des Bandes folgt einer kritischen Einordnung der Philosophie im Kontext des Nationalsozialismus und entwickelt sich vor allem anhand der Versäumnisse der bisherigen Debatte, die Probleme der Datenerhebung sowie der normativen Prämissen der Forschenden reflektiert. Es reiche daher nicht aus, den Nationalsozialismus abstrakt als falsch oder moralisch schlecht einzuordnen, sondern die Kritik müsse aus der spezifischen Begründungsstruktur seiner Moral heraus erklärt und kritisiert werden (36). Vor diesem Hintergrund sind auch die Auswahlkriterien der versammelten Texte überzeugend dargelegt, denn an ihnen lässt sich exemplarisch zeigen, dass es sich um Momente von Moralbegründung und nicht um „bloße Ideologie“ handelt (37).

DIE ‚DEUTSCHE PFLICHT‘ ZUR VERNICHTUNG

Die abgedruckten Originaltexte unterscheiden sich dabei inhaltlich und formal sehr stark, gemeinsam ist ihnen aber die moralphilosophische Begründung einer notwendigen Partizipation an einer zukunftssträchtigen Aufgabe, die teils auf christ-

50 Darüber hinaus wird auf eine politisch wie wissenschaftlich interessante Kritik aktueller Philosophie verwiesen: Die blumige Sprache der NS-Metaphorik wird mit der semantischen Schwere postmoderner Autor:innen wie Žižek und Derrida und deren Inspiration durch Heidegger kontrastiert. Argumentiert wird, dass sich aus überkomplexer Lesbarkeit oder Absurdität der rhetorischen Mittel, die für eine Vielzahl der postmodernen Philosophie paradigmatisch sind, nicht automatisch ableiten ließe, es handele sich nicht um akademisch oder politisch relevante Dokumente, mit denen sich die Auseinandersetzung nicht lohne (55). Die Herausgeber:innen appellieren daher an die Berechtigung, die Texte als Teil der Philosophiegeschichte zu handhaben, die nicht durch den Nimbus der nationalsozialistischen Ideologie zum Tabu erklärt werden.



Souveränität statt Komplexität

Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet



Felix Schilk



Felix Schilk

Souveränität statt Komplexität

Wie das Querfront-Magazin »Compact« die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet

ISBN 978-3-89771-768-8

Erscheinungsdatum: März 2017

Seiten: 192

Reihe: Edition DISS Band: 39

Ausstattung: Softcover

Compact, Jürgen Elsässers »Magazin für Souveränität«, liefert dem Umfeld von AfD und Pegida Stichworte, Symbole und Ideologeme. Die monatlich erscheinende Zeitschrift verbindet das Bedürfnis nach Homogenität und rigiden Ordnungsvorstellungen mit einer verschwörungsideologischen Deutung gesellschaftlicher Krisenerscheinungen und bietet Projektionsflächen für Sozialcharaktere, die sich durch einen selektiven und verhärteten Zugriff auf die Wirklichkeit auszeichnen.

lich-theologischen (251, 346, 389, 464), teils auf germanisch-mythologischen Prämissen aufbaut (60). Dieser Bezug auf eine zu erfüllende Aufgabe für die politische Realisierung der nationalsozialistischen Weltanschauung ergibt sich dabei allerdings nicht aus der demagogischen Unterwerfung unter Volk und Führer. Vielmehr generiere die je individuelle Involvierung in die nationalsozialistische Gemeinschaft selbst Handlungsfähigkeit, durch die sich die Volksgemeinschaft verewigen könne.

Diese individuelle Hingabe an die Arbeit für eine vermeintlich ‚harmonische Zukunft‘ (96, 126, 274) wird als Zweck moralischen Handelns inszeniert. Dieser Nachweis in Texten der akademischen Philosophie im Nationalsozialismus knüpft daher ideal an den relativ theorielen, aber auf empirisch breite Dokumentation zurückgreifenden Begriff der völkischen ‚Selbstermächtigung‘ auf.⁵¹ Daher lässt sich auch innerhalb der Philosophie eine Ergänzung historischer und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung über den Nationalsozialismus finden, die sich von der oft noch vorherrschenden Annahme befreit, es handele sich beim Nationalsozialismus um ein völliges Abseits der modernen Ordnung, das auch nicht in moralischen Begriffen zu fassen sei, geschweige denn zu kritisieren sei.⁵² Vielmehr ergibt sich in der Vorstellung einer real zu erreichenden ‚deutschen Zukunft‘ eine Vorstellung subjektiv begründeter Handlungen, bei denen nicht „passive Mitgliedschaft, sondern ein aktives Identisch-Werden mit der Gemeinschaft“ (69) im Zentrum steht.

Oftmals mischt sich in den Texten die Exegese der philosophischen Klassiker nicht nur mit Rassenideologie, Blut- und Boden-Mythos und eugenischen Züchtungsfantasien (422) zur theoretischen Begründung der Volksgemein-

schaft nach innen (303, 344, 390, 412, 463). Auch der praktische Kampf nach außen, gegen die ‚russische Gefahr‘ (346), das Entfernen des „semitische[n] Einschlag[s]“ (460) und der Rechtfertigung des Vernichtungskrieges gegen den ‚jüdischen Bolschewismus‘ sind zentrales Thema der nationalsozialistischen Moral als ethischer Handlungsanleitung.

Die nationalsozialistischen Moralbegründungen distanzieren sich jedoch von Geschichtsinterpretationen, die „den Menschen keine besondere Rolle im Universum zuspreche[n]“ (318). Sie denken die Genese der Volksgemeinschaft zwar auch als vorpolitisches, biologisches Moment, das aufgrund der ‚Volkszugehörigkeit‘ Pflichten gegenüber den ‚Volksgenossen‘ begründet, allerdings reiche zur Erfüllung dieser Pflichten nicht der Befehl des Führers als verbindendes „Glied zwischen Staat, Partei und Volk“⁵³ aus, sondern nur Pflichterfüllung erfordere individuellen Einsatz.

PRAKTISCHE MÖGLICHKEITEN DER PHILOSOPHISCHEN KRITIK

Die Texte geben Aufschluss über eine noch weiter zu führende Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Moralbegründung, in der erkennbar wird, dass es sich bei den Nazis eben nicht um der Moral unzugängliche ‚Barbaren‘ handelt. Ein solcher Ansatz der Auseinandersetzung mit der Moral des Nationalsozialismus verspricht einen kritischen Umgang, der auch für die gegenwärtige, akademische Philosophie als auch für die politische Kritik des Nationalsozialismus wichtig ist. Sie schützt vor der falschen Annahme, die Akteure des Nationalsozialismus als pathologischen Figuren zu beschreiben und „dem Nationalsozialismus

51 Wildt, Michael: Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte, Berlin 2019, 289 sowie Wildt, Michael: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919-1939, Hamburg 2007, 363 und Griffin, Roger: Fascism, Oxford 1995, 4.

52 Für diese Lesart steht jüngst exemplarisch Zimmermann, Rolf: Philosophie nach Auschwitz. Eine Neubestimmung der Moral aus historischer Erfahrung, Freiburg 2020.

53 Neumann, Franz L.: Behemoth, Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1833-1944, Frankfurt/M. 1998, 114.

einfach abzusprechen, auch nur in die Nähe ‚echter‘ Philosophie gekommen zu sein“ (76). Die Bestimmung des Nationalsozialismus als „Unstaat“⁵⁴ oder „neue Ordnung“⁵⁵, die den besonderen Charakter der nationalsozialistischen Gesellschaft hervorhebt, könnte unter Bezug auf seine philosophischen Begründungen ein exakteres Bild der nationalsozialistischen Gesellschaft, Politik und Ideologie vermitteln, wenn es in interdisziplinärer Auseinandersetzung in bestehende Theorieangebote integriert wird. Ein solches interdisziplinäres Projekt und die Reflexion mittels philoso-

phischer Detailstudien zu unterstützen, „ist notwendig, will man verhindern, dass sie [die vermeintlichen Gründe der nationalsozialistischen Weltanschauung – S.V.] wieder an Überzeugungskraft gewinnen“ (76). Zu diesem wissenschaftlichen und politischen Kampf leistet der hier vorgelegte Band ein ideales Rüstzeug, das es zu stärken und zu pflegen gilt.

Stefan Vennmann promoviert an der Universität Duisburg-Essen und ist Mitarbeiter im AK Antiziganismus im DISS.

Neues aus dem Institut

DISKURSWERKSTATT

Die Diskurswerkstatt trifft sich wieder monatlich und beschäftigt sich derzeit mit Impulsen für die Überarbeitung der Einführung in die Kritische Diskursanalyse, Jürgen Links Arbeiten zu Normalismus und Antagonismus und der Vorstellung aktueller diskursanalytischer Projekte. Interessiert? Wir freuen uns auf Dich:

www.diss-duisburg.de/diskurswerkstatt.1

WORKSHOPS

Zum Ende des Jahres 2021 bieten wir wieder Workshops in Präsenz an, einen zu „Antiziganismus in Medien & Politik“ am 13. November und einen zur Einführung in die KDA am 2. + 3. Dezember. Beide Workshops sind schon ausgebucht. Für zukünftige KDA-Workshops siehe:

www.diss-duisburg.de/workshop-kritische-diskursanalyse.

NEWSLETTER

Das DISS verschickt derzeit vier bis sechs Mal pro Jahr einen Newsletter. Wer diesen bestellen oder abbestellen will, maile an info@diss-duisburg.de

BEFREUNDETES

Ausstellung: Das Phantastische in der Natur – FotoGrafiken von Jobst Paul noch bis Mitte Dezember im Haus der Familie, Hinter der Kirche 34, 47058 Duisburg, Mo–Do: 8.30–13 Uhr / 14–16 Uhr, Fr: 8.30–12 Uhr

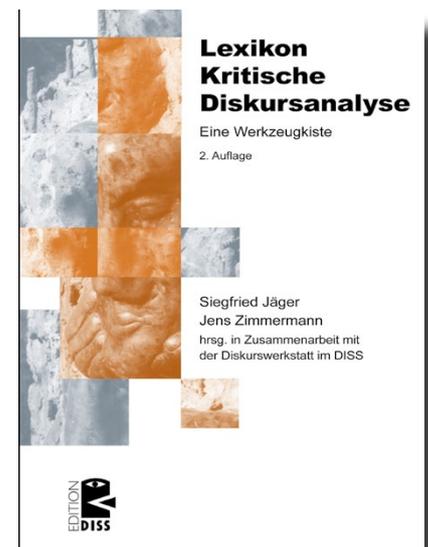
www.ebw-duisburg.de



SYNTOPIA

Der Stadtteil- und Projektladen in Duisburg-Hochfeld öffnet nach langer Corona-Pause wieder.

Programm: www.syntopia.info



Siegfried Jäger, Jens Zimmermann (Hg.)

Lexikon Kritische Diskursanalyse

Eine Werkzeugkiste

ISBN 978-3-89771-755-8

Oktober 2019, 144 Seiten

Reihe: Edition DISS Band: 26

Die Diskurswerkstatt im DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung) hat ein Begriffslexikon zur Kritischen Diskursanalyse erarbeitet. Dieses Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe, die sich letzten Endes auf die Arbeiten von Michel Foucault beziehen. In einer Einleitung wird das zentrale Netz von Diskurstheorie und Diskursanalyse entfaltet, in dem sich diese Begriffe verorten lassen.

Diskursanalyse (-theorie) im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Das Begriffslexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.

Neben einer solchen anwendungs-spezifischen wissenschaftlichen Ausrichtung ist das Lexikon auch dazu geeignet, Studierenden den Zugang zu dem Standardwerk „Kritische Diskursanalyse (KDA) Eine Einführung (7. Aufl. 2015)“ zu erleichtern. Es kann komplementär zu dieser Einführung gelesen werden und so ein tieferes Verständnis der Theoriearchitektur und des methodischen Vorgehens ermöglichen.

54 Ebd., 16.

55 Pollock, Friedrich: Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung, in: Dubiel, Helmut/Söllner, Alfons: Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942, Frankfurt/M. 1984.



DISS-Kolloquium

„DIE CORONA-KRISE – DER WEG IN EINE NEUE NORMALITÄT?“

Samstag, den 11. Dezember 2021

von 10:00 – 17:00 Uhr

Jugendherberge Duisburg Sportpark

Kruppstraße 9, 47055 Duisburg

Die sogenannte Corona-Krise, ausgelöst durch die als Pandemie deklarierte Ausbreitung des Virus Covid-19 hat unser Leben schon jetzt nachhaltig verändert. Die Pandemie kann auch als eine Konsequenz der weltweit zunehmend kapitalistisch geprägten Produktions- und Lebensweisen betrachtet werden. So gesehen stellt sie eine logische Folge menschlichen Handelns dar und wäre eigentlich vorhersehbar gewesen. Tatsächlich aber trifft sie die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme der Welt und damit sehr viele Menschen völlig unvorbereitet.

Durch die Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus wird das soziale, ökonomische und politische Ungleichgewicht in der Gesellschaft deutlicher sichtbar und möglicherweise auch verstärkt. Auch zeichnet sich ab, dass Prozesse beschleunigt werden, mit deren Hilfe sich die ökonomischen und politischen Eliten eine Lösung erhoffen, z.B. die Digitalisierung des Arbeitsmarktes sowie des Bildungs- und Gesundheitswesens.

10:00 – 10:15 Begrüßung und Kaffee

10:15 – 11:45 Jürgen Link: *In welcher „neuen Normalität“ wird die „Corona-Krise“ enden?*

(Vortrag und Diskussion)

11:45 – 13:00 Massimo Perinelli: *Corona und Rassismus.*

Die Krise der Solidarität im nationalen Shutdown

(Vortrag und Diskussion)

13:00 – 14:00 Mittagessen

14:00 – 15:30 Guido Arnold: *(post-)pandemische Ungleichbehandlung - Corona-Solutionismus und Bevölkerungsmanagement: (Vortrag und Diskussion)*

15:30 – 16:00 Kaffee und Kuchen

16:00 – 17:00 Gedenken an Siegfried Jäger, Möglichkeit zur Eintragung in ein Kondolenzbuch; geplant ist auch die Versteigerung einiger Kunstobjekte von Siegfried Jäger zugunsten des DISS

ab 17:00 Gemeinsames Abendessen und Ausklang

IN WELCHER »NEUEN NORMALITÄT« WIRD DIE »CORONA-KRISE« ENDEN?

Jürgen Link

Seit inzwischen fast zwei Jahren dreht sich mehr noch als je zuvor alles um die »Normalität«: um die alte, die durch die Corona-Maßnahmen verloren wurde (wann wieder leben wie früher ohne Maske und Kontrollen?) – mehr noch aber um die »Neue«, das rätselhafte »New normal«. Ab wann gilt »Normalisierung« und was heißt das konkret? Was unterscheidet New von Old normal? Sollen ganze Büros, Unikomplexe oder Fabriken durch Home Office und/oder voll digitalisierte Produktion ersetzt werden?

Aber niemand definiert »Normalität«. Nun wird die Coronakrise oft als »Lupe« bezeichnet, die übersehene Strukturen (wie etwa die der Lieferketten) sichtbar macht – sollte das nicht auch für die Normalität selber gelten? Woran messen die Experten des Virus den Grad von Denormalisierung (Verlust von Normalität) und Normalisierung? An statistikbasierten Kurven wie der Inzidenz. Geht diese Kurve wieder hoch, wächst erneut die Denormalisierung, sinkt sie auf Null, ist die Normalisierung erreicht. Beim näheren Hinschauen erweist sich, dass sämtliche Zyklen der verdateten Gesellschaft in Kurven erfasst werden: vom Konsum bis zum Sex, vom IQ bis zum CO₂. Die Gesamtheit solcher Kurven bildet eine »normalistische Kurvenlandschaft«, die wie ein riesiges Kuppeldach über unserer Gesellschaft hängt und einen Schutzschild für die alltägliche Normalität bilden soll. Zwischen der Kurvenlandschaft und dem Alltag vermitteln die Massenmedien, deren Funktion es ist, die Kurvenlandschaft der Experten »herunterzubrechen« für die Massen mithilfe exemplarischer Bilder und Kollektivsymbole.

Am Leitfaden eines belastbaren Konzepts von Normalität (Normalismustheorie) können die Aussichten eines »new normal« konkret analysiert werden: Welche Notstandsermächtigungen sollen auf Dauer gestellt werden, und für welche erwarteten neuen Denormalisierungen (vor allem ökologische) sollen die »Corona-Dispositive« parat gehalten werden? Kann es eine flexibel-normalistische Notstandsordnung light überhaupt geben, und wenn ja, was kann man dagegen tun? Oder brauchen wir transnormalistische Alternativen?

(Lektüre: J.L., *Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne. Krise, New Normal, Populismus*, Göttingen 2018)



CORONA UND RASSISMUS. DIE KRISE DER SOLIDARITÄT IM NATIONALEN SHUTDOWN

Massimo Perinelli

Ausgehend vom *Sommer der Migration* nach 2015 sowie den bundesweiten Aktivitäten rund um die Organisierung, Aufarbeitung und Erinnerungspolitik von Betroffenen rassistischer Gewalt, erfuhren migrantische Perspektiven und Interventionen einen machtvollen Ausdruck, der zusammen mit der Sichtbarwerdung einer (p)ost-migrantischen Realität in Ostdeutschland seinen Höhepunkt im Sommer 2019 erfuhr. Über Identitäts- und Strömungsgrenzen hinweg erlaubte dieses Momentum bis tief in die Mehrheitsgesellschaft hinein eine Ahnung einer zukünftigen solidarischen Gesellschaft – auch wenn mit dem Aufstieg einer faschistischen Partei in den Parlamenten und dem extremen Anwachsen rassistischer Gewalt die Bedrohung für alle, die als nicht-deutsch gelten, anstieg. Mit dem terroristischen Anschlag auf eine Synagoge und einen türkischen Imbiss in Halle Ende 2019 und schließlich dem rassistischen Massenmord von 19. Februar 2020 in Hanau, der zeitlich mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie zusammenfiel, gerieten die solidarischen Bewegungen in eine Defensive, von der sie sich bis heute nicht erholt haben. Der Lockdown bedeutete nicht nur einen realen wie diskursiven nationalen Shutdown, in dessen Folge nicht nur die Grenzen geschlossen und sich Flüchtlingslager in Gefängnisse verwandelten. Auch das geschärfte Bewusstsein über das Sterben im Mittelmeer, über die Situation in den Lagern von Libyen, Griechenland, dem Balkan oder Marokko, über die Frage der Rechte von Geflüchteten hierzulande oder über die Anstrengungen solidarischer Städte verschwand aus der öffentlichen Wahrnehmung und es bildeten sich weiße Flecken auf den gesellschaftlichen Landkarten der Solidarität.

(POST-)PANDEMISCHE UNGLEICHBEHANDLUNG CORONA-SOLUTIONISMUS UND BEVÖLKERUNGSMANAGEMENT

Guido Arnold

Die Corona-Pandemie entfesselt verhaltensökonomische Ansätze sogenannter Solutionist*innen (technologie-fixierte Problemlöser*innen). Die Coronakrise scheint wie auch die Klimakrise dazu geeignet zu sein, das technokratische Instrumentarium als Standardoption für die ›Lösung‹ existenzieller Probleme festzuschreiben.

Als ›disruptiv‹ gelten digitale Plattformen, die auch die entlegensten Lebensbereiche ökonomisieren und bestehende Märkte ›revolutionieren‹. Zunehmend regelt algorithmische Verhaltensvorhersage auch die Beziehung des Einzelnen zum Staat, – zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, zum Sicherheitsapparat und zur Politik. Auf Grundlage von prognostizierten Verhaltensweisen, Risiken oder Effizienzpotenzialen wird die Bevölkerung automatisiert ungleich behandelt. Eine gesellschaftliche Entsolidarisierung ist dabei nicht nur ein Nebeneffekt, sondern Programm.

Klassische Gerechtigkeitsvorstellungen basieren auf Vergleichbarkeit und suchen Ungleichheiten perspektivisch zu minimieren. Was bedeutet es für eine Gesellschaft, wenn sie es Technokratie und Solutionismus überlässt, Regeln zu entwerfen, die auf Ungleichbehandlung setzen und weder beständig noch vermittelbar, ja, nicht einmal bekannt sind?

**Liebe Leute,
bestellt Bücher in der
Buchhandlung
Weltbühne
und sonst
nirgends!**

Wir besorgen jedes lieferbare Buch.
Wir liefern jedes Buch an jeden Ort.
Katalog im Internet.

Wir suchen für Sie
nach vergriffenen Büchern
& finden sie auch.

Buchhandlung Weltbühne
Buchladen, Versandbuchhandlung,
(Versand-)Antiquariat,
Bücher-Suchdienst

Gneisenaustraße 226
47057 Duisburg
0203-375121

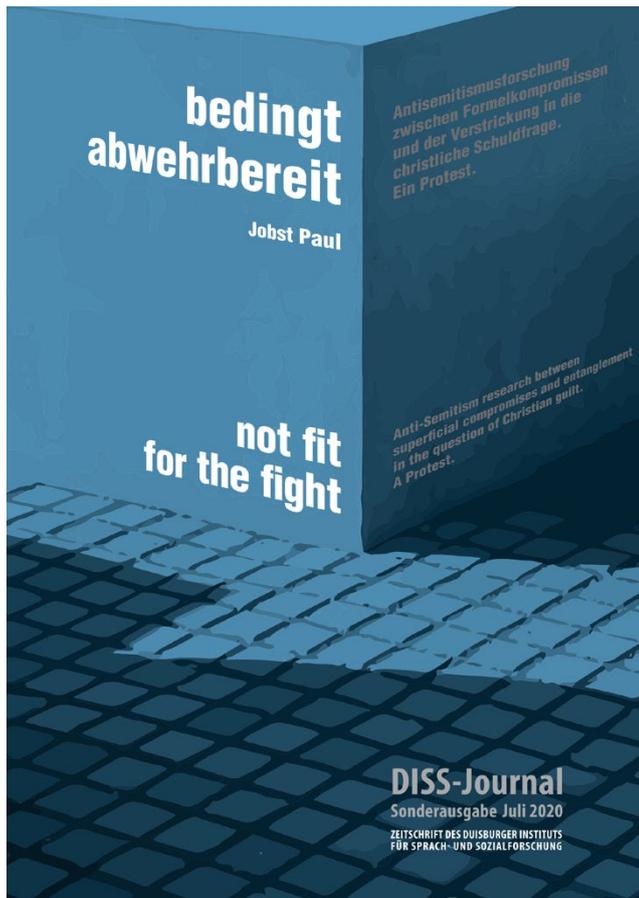
loeven@buchhandlung-weltbuehne.de
www.buchhandlung-weltbuehne.de

Buchhandlung
Weltbühne:

**Eine
gute
Angewohnheit**



Bisherige DISS-Journal Sonderausgaben



In vielen Bereichen der Diskriminierung konnte in den vergangenen Jahren mehr Bewusstsein geschaffen werden, u.a. durch engagierte Forscherinnen und Forscher. Die antisemitische Radikalisierung der vergangenen Jahre wirft daher umgekehrt die Frage nach dem Stellenwert der (deutschen) Antisemitismus-Forschung auf. Der Artikel identifiziert methodische und ideologische Defizite. Zum Beispiel lässt die Fixierung weiter Teile der Forschung auf die Innenschau des Antisemitismus die Betroffenen unsichtbar bleiben. Die Geschichte der christlichen Diskreditierung des Judentums wird zwar oft formal angeführt, aber zugunsten fragwürdiger Rassismus-Thesen ausgeblendet. Da auf diese Weise die Schubkräfte des Antisemitismus unangetastet bleiben, wird ein entschiedener Perspektivwechsel eingefordert. Erst wenn die engagierten Lehrinhalte des Judentums, u.a. zu Gleichheit, zu Gerechtigkeit, zur Nächstensorge und zur Bildung, in den Mittelpunkt gerückt werden, wird das Ausmaß des christlichen Unrechts sichtbar, diese Inhalte aus Machtgründen zu diskreditieren, oder – wie bis heute im Fall der ‚Nächstenliebe‘ – sogar noch für sich zu reklamieren, um sie danach zu verwässern. Der Artikel versteht sich als Protest gegen eine Forschung, die die beschriebenen Schritte noch immer scheut und so letztlich den Antisemitismus lediglich verwaltet.

ZURÜCK VOM ABGRUND

FRAUEN, NEUWÄHLER UND
DIE ‚MINDERHEITEN‘
WÄHLEN TRUMP AB,
ABER DIE RECHTE
WIRD BESTÄTIGT



DISS-Journal
Sonderausgabe Nov 2020

ZEITSCHRIFT DES
DUISBURGER INSTITUTS
FÜR SPRACH- UND
SOZIALFORSCHUNG

Die nachfolgende Dokumentation, die an die frühere Analyse über Truth isn't Truth¹ – Fake News und Real News in der Ära Trump¹ anschließt, zielt selbstverständlich nicht auf Vollständigkeit und versteht sich auch nicht als politologische Studie. In der aktuellen, noch immer völlig offenen Situation geht es vielmehr darum, möglichst viele jener Details festzuhalten, die zusammen ein Portrait der Trump-Präsidentschaft abgeben. Oder umgekehrt: Ohne diese Details droht (nach dem Abtritt Trumps) die Gefahr einer schnellen Normalisierung und Verdrängung des Absurden, des Gewaltvollen und der tief im US-Gesellschaftssystem etablierten Strukturen von Unrecht und Ungerechtigkeit. Sie hat Trump nicht geschaffen, aber sie wurden durch ihn grell beleuchtet und sie verdienen es daher, in dieser Eindrücklichkeit festgehalten zu werden. Der nachfolgende Abriss beleuchtet die Wochen vor den Präsidentschaftswahlen und drei Wochen danach.

1 In: Bey, Paul; Nothardt, Benno (Hg.) 2019: Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien. Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News und Algorithmen. Edition: DISS (Vol. 44) Münster: Unrast Verlag, S. 81-119.



Die vorliegende Recherche untersucht die Positionierung der AfD und der parteinahen Desiderius-Erasmus-Stiftung auf den Gebieten der Entwicklungspolitik und der humanitären Hilfe. Dabei schlägt sie einen Bogen von den programmatischen Grundlagen (Policy) über die parlamentarische Praxis (Politics) und die organisatorische Verfasstheit (Polity) bis zu den handelnden Akteuren (Personal). Diese Ebenen sind inhaltlich nicht deckungsgleich, nicht alles, was programmatisch festgelegt ist, findet einen Niederschlag in der politischen Praxis. Das gilt auch umgekehrt: Gerade auch im Zuge der beständig fortschreitenden Radikalisierung und der parteiinternen Spannungslinien der AfD sind Aktivitäten und Diskurse der handelnden Akteure nicht zwingend aus den niedergeschriebenen Programmatiken ableitbar. Umso wichtiger ist darum die Gesamtbetrachtung aller Ebenen. Zu diesem Zweck wurden eine Vielzahl von themenrelevanten Quellen und Literatur ausgewertet: Parteiprogrammatische Quellen (Teil 1), thematisch einschlägige Anträge aus dem Bundestag (Teil 2), öffentlich verfügbare Informationen zur DES (Teil 3), sowie Internetauftritte, Pressemitteilungen, Facebook-Profilen, YouTube-Kanäle und einschlägige rechtsalternative Medien aber auch Bundestagsreden und -anfragen (Teil 4). Diese Quellenarbeit wurde ergänzt durch die Berücksichtigung diverser investigativer journalistischer Recherchen und weiterführender Sekundärliteratur.



Das hier vorliegende Sonderheft des DISS-Journals widmet sich schwerpunktmäßig, nicht zuletzt aus Gründen der Aktualität, der „Normalisierungs“-Agenda der AfD im Vorfeld der Bundestagswahl (Wahlprogramm, Klimapolitik, Rentenpolitik). Die diesbezüglichen Texte sind im Rahmen eines vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW geförderten und in die Wissenschafts- und Praxiscommunity des Netzwerks CoRE-NRW (Connecting Research on Extremism) eingebundenen Projekts entstanden, das noch bis Juni 2022 läuft („Metapolitik und Weltanschauung. Konzepte und Debatten der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik“). Im Verlauf der Arbeit an diesem Projekt sind auch die Beiträge entstanden, die in diesem Heft einzelnen Facetten der Neuen Rechten nachgehen. Ihr verbindendes Moment ist die Thematisierung wirtschafts- und sozialpolitischer Vorstellungen in Medien der Neuen Rechten. Vier dieser Medien werden zudem porträtiert. Die beiden einleitenden Artikel, darauf sei zuletzt verwiesen, stellen die theoretischen Überlegungen vor, die dem Projekt zugrunde liegen, gefolgt von einem Methodenkapitel, in dem Andrea Becker die Arbeit an der Erstellung eines Textkorpus zur Publizistik anschaulich darstellt.



„Kapital“, sagt der Quarterly Review, „flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren. Beweis: Schmuggel und Sklavenhandel.“

(T.J. Dunning, 1.c.p. 35,36.)

Von Karl Marx zitiert: MEW Bd. 23, Seite 788, Fußnote 250